

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erkhelet täglich außer Montags.

**Die Inserions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsheftige Annoncenzeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (aufgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 16. Februar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

### Die Herren vom Lande.

Als Herr v. Oldenburg aus Jamschau am Montag in später Stunde in den schon fast leeren Raum des Circus Busch mit wutkreischender Stimme hineinstürzte, man dürfe sich nicht scheuen, im Kampfe gegen die rote Rote auch das Reichstags-Wahlgerecht einer Revision zu unterziehen, blieb merkwürdigerweise selbst in dem kleinen Häuflein der Treugebliebenen der tobende Beifallssturm aus, den in dieser politisch reifen Versammlung sonst jedes in erhabener Lage und mit großer Geberde gesprochene Wort mit mathematischer Gewißheit zu erregen pflegt. Es war, als ob über diese beifallsstobenden Leute eine plötzliche Ernüchterung gekommen wäre, ein instinktives Erschrecken vor der letzten Konsequenz, die doch die letzte nicht bleiben konnte.

Schließlich mag auch diese Beobachtung auf einem unwillkürlichen Hineinreden eigener Gedanken in fremde Köpfe beruhen, und die Schwäche des Beifalls bloß auf die verunglückte alufistische Wirkung einer rednerischen Kraftstelle zurückzuführen sein. Denn diese selbe Versammlung wand sich eben erst in Entzündungskämpfen, da der Edel von Oldenburg neue Ausnahmengesetze gegen die Socialdemokratie verlangte, sie glaubte ihm, daß nach dem angeblichen Zeugnisse Wehlers die Socialdemokratie unter dem Socialistengesetze „verzagt“ hätte und durch seine Aufhebung gerettet worden wäre. Diese politisch reife Versammlung schüttelte sich vor Gelächter, da ihr erzählt ward, daß von den drei Millionen socialdemokratischer Wähler nur zehntausend wählten, was der Reichstag sei und daß die andern glaubten, der Reichstag sei ein „Ding zum Essen“. Und als ein anderer Redner, der Rittergutsbesitzer aus dem Winkel, die socialdemokratische gestimmte Arbeiterjugend der Berliner Vororte liebfönd als Rowdies und Gefindel bezeichnete, da schien sich jedermann an den eigenen heimatischen Stall und den dort gewohnten patriarchalischen Ton zu erinnern und des Beifalls war kein Ende.

Doch wenden wir uns von solchen geistigen Höhen der Debatte, über die sich zu enträften wahrlich nicht notwendig ist, zu ihrem guten Durchschnitt hinab! Das Thema, daß der Mittelstand und die Landwirtschaft die besuchenden Schützen des Thrones seien, daß aber auch diese Schweizer ihren Sold haben wollten, lehrt in unzähligen Variationen wieder. Das beste Mittel zur Erhaltung des Mittelstandes und der Landwirtschaft ist natürlich ein möglichst hoher Schutz Zoll. Ueber den Kardozolltarif ist, was man die „Meinungen“ nennt, noch immer geteilt. Als dieser Zolltarif über uns hereinbrach, sagt der sehr gesinnungstüchtige Graf Reventlow, während der Herr aus dem Winkel denselben Zolltarif einen Teller nennt, der recht bald serviert werden sollte, da sein Geruch angenehm in die Nase stiege. Diederich Hahn prophezeit einen großen Kladderadatsch: Abschaffung der Handelsverträge durch die Agrarier und Rechtsstaatsauflösung. Herr v. Oldenburg meint, man würde die Minimalzölle kriegen, schreit aber trotzdem: „An die Wand!“ mit diesem Tarif. So wählt der agrarische Ton für die klassische Wendung: „In den Rufus mit diesem Tarif“ ein kräftigeres aus der Kneipe geholtes Bild, um eigentlich dasselbe zu sagen.

Allgemeine Ueberzeugung ist, daß der Arbeiter am gedeckten Tische der Regierungsgunst sitze, indes der Rittergutsbesitzer darbe. Rittergutsbesitzer Pundt-Wadern erklärt, daß Graf Wilton über die Arbeiterklasse eine Fülle sozialistischer Gesetze ausgeschüttet habe, und warnt ernstlich vor der Arbeitslosen-Versicherung, der Krone der sozialistischen Gesetzgebung, die den Ruin des Vaterlandes bedeute. Denn die Furcht vor der Arbeitslosigkeit sei noch das einzige, was den landwirtschaftlichen Arbeiter vom Uebergang in die Industrie abhalte. Von diesem Konzeptsocialismus sei der demokratische Schritt zur Abschaffung der Monarchie nicht mehr weit. Aufsteigende Zustimmung! Dagegen sind die Meinungen über die Rolle, die die Socialdemokratie bei dieser „sozialistischen Gesetzgebung“ spielt, doch einigermaßen geteilt. Während z. B. Herr v. Oldenburg über die Verführung der Arbeiter durch die socialdemokratischen Deyer seine erschöpften Thränen vergießt, besonders weil sich diese Verführung jetzt gar schon „in Gestalt der Schlange“ an die ländlichen Arbeiter heranwage, findet Herr Kammann-Holzengel, der Arbeiterstand habe der Socialdemokratie manches zu verdanken, und beweist aus diesen Erfolgen die Notwendigkeit der agrarischen Organisation. Katzenlich finden beide den gleichen drohenden Weisfall.

Wangenheim, Köfide, Dertel, Schrembs, Hahn sind die vielbetrauernten Größen des Tages. Diesen Bewesenen, die aus der Wahlkloster nicht mehr zurückkehrten, wendet sich die allgemeine Teilnahme zu. Herr Hahn hat in der unfehligen Abgeschiedenheit seine Sitten verbessert und bebauet die heftigen Worte, die ihm vor Jahresfrist in Beziehung auf den Grafen Wilton „entwöhnt“ waren. Er hatte damals nämlich den Grafen Wilton Caprioli genannt, und man muß bemähe annehmen, daß ihm der Reichstanzler, der doch ein Vis-mard sein möchte, deshalb keine Zeugen geschickt hätte. Herr Dertel predigt über die Gefahren der Großstadt, über den „faulnisregenden Asphalt“ und über das sechste Gebot — jedoch ohne ausdrückliche Beziehung auf die Amorsale, was man ihm leicht übel genommen hätte. Seit Versprechen, den Thron nicht bloß mit seinem Herzen, sondern auch — wenn es nötig sei — mit seinem Leibe schützen zu wollen, wird als feierlicher Manneschwur von der Versammlung begeistert acclamiert.

Sie alle vermeiden es, sich über ihr Schicksal zu beklagen und bemühen sich, den Wahlschicksal recht vergnügt anzusehen, wobei ihnen der „Vormärkte“ als Eideshelfer dienen muß. Nur Herr Schrembs aus Württemberg klagt über sein Los, das er darauf zurückführt, daß ihm ein Minister in den Rücken gefallen sei.

Sonst ist aber der Ton, den man gegenüber den Ministern anschlägt, sehr höflich. Die Zeiten des Herrn v. Dieß scheinen endgültig vorüber zu sein, obwohl man durchaus nicht zugeben will, daß man befriedigt sei und daß die Minister, die uns „sonstwas“ können, „sonstwas“ schon gethan hätten. Der Ton der einstigen Dertelschen Misgaberevolution und das Knaden der „krachenden Throne“ klingt nur ganz leise in den Worten eines späten unbekanntem Redners an, der es nicht versteht, daß die Regierung auf den Langsam und die staatsbehaltende Gesinnung der Bauern so sicher baue. Auch kann man sich dessen nicht enthalten, auf die „Schiffahrtskreise“ hinzuweisen, denen die höchste Gunst viel heller scheint, als der Landwirtschaft, versichert aber, daß man auch „im Schatten treu“ bleiben wolle. Auch empört man sich gelegentlich über die „orientalische Schweifwebele“ vor den Thronen und bringt die „aufrechte deutsche Treue“ in empfehlende Erinnerung.

Alles in allem: die Schwelung wird in diesem Gewirr der Phrasen doch deutlich sichtbar. Man hat das Drohen vorläufig aufgegeben und empfiehlt sich unterthänig als Kammerjäger gegen das socialdemokratische Gezeier. Daß man dabei alle brutalen Ausbeuterinstinkte, die der städtische Arbeitgeber meist doch nur mehr in seinen vier Wänden zu äußern wagt, auf öffentlichem Markt in bestimmungsflofen Schreikämpfen austoben läßt, ist gut, nicht nur weil das den Herren eine angenehme Erleichterung gewährt, sondern weil es auch einiges Licht in die Köpfe der ländlichen Arbeiter zu bringen vermag.

Und immer heißt es wieder: „Seht die Socialdemokratie! Seht diese gewaltig aufsteigende Macht, diese straffe Organisation, diese unerschöpfliche Opferfreudigkeit und tadellose Disciplin.“ Ja, wer das auch könnte!

Daß aber solche äußeren Erscheinungen, die diesen antiolektivistischen Rittergutsbesitzergädeln rüchaltlose Bewunderung abzwängen, nicht möglich sind ohne einen gewaltigen geistigen und sittlichen Kern, ist ihnen durchaus nicht beizubringen. Und so werden sie denn auf umgekehrtem Wege erfahren müssen, daß ohne ihn auch keine starke, im Volke wurzelnde Organisation möglich ist, nicht jene Entfaltung der Massenmacht, die sie anstreben. Sie sagen, daß zwischen ihnen und uns die letzte Entscheidung stehen würde, und wir, die „Rowdies“ und das „Gefindel aus den Vororten der Großstadt“, dürfen es ehrlich bedauern, keine würdigeren Gegner zu haben als diesen tobsüchtigen Schimpfchor.

### Die französischen Socialisten und der ostasiatische Krieg.

Paris, 18. Februar. (Eig. Ber.) Mit Ausnahme der unverantwortlichen nationalistischen Zeitungsschreiber, die nach Kräften kriegerische Leidenschaften zu entfachen suchen, will hier niemand eine französische Einmischung in den russisch-japanischen Krieg. Das hindert aber einen großen Teil der bürgerlichen Presse nicht, die Kriegsergebnisse in russisch-offiziösem Sinne zu behandeln, was allerdings eine gefährlichere Stimmungsmache darstellt als die offene Kriegshay der nationalistischen Presse. Die französischen revolutionären Socialisten empfinden besonders lebhaft die Gefahr der Situation. Und sie geben ihren internationalen Gefühlen offenen und energischen Ausdruck, der mit Rücksicht auf die besonderen französischen Verhältnisse umso verdienstvoller ist.

Genosse Ed. Baillant schreibt im „Socialiste“ unter dem Stichwort: „Lieber der Zustand“:

„Heute zeigt sich offenkundig, daß die monströse Alliance zwischen der französischen Republik und der zarischen Autokratie eine tödliche Gefahr bildet für die Civilisation und für uns. Wir müssen uns daher auf alles gefaßt machen, selbst auf den Wahnsinn und das Verbrechen unserer Regierung und ihres Parlaments. Der Patriotismus, mit dem sie sich brüsten, möchte für sich allein genügen, um uns davor zu bewahren. Wenn aber ihr Verstand und ihr Wille in einem Anfall von Schwäche uns in den Krieg treiben sollten, so wäre es an uns, diese Gefahr zu beschwören. Wir können es, wenn wir es wollen.“

Kerner vertieft Baillant auf die verhängnisvollen Folgen eines europäischen Krieges, welches auch seine Ergebnisse sein mögen, für Frankreich, für die Civilisation und die proletarische Revolution. Wie nun der Gefahr begegnen? Zunächst durch einen „verallgemeinerten Streik“ des französischen und des internationalen Proletariats. Sollte aber der Aufruf zur Generallust-Aktion keinen hinreichenden Anlauf finden, so wäre die Pflicht des Socialismus zur Abwendung der Kriegsgefahr nur noch dringender: „Es giebt kein höheres Gut als den Frieden, den internationalen Frieden. Alles andre ist dem Krieg vorzuziehen. Lieber der Zustand als der Krieg.“

Die „Allgemeine Konföderation der Arbeit“, die socialrevolutionäre Gewerkschaftsorganisation, veröffentlicht einen Aufruf an die Arbeiter und die öffentliche Meinung: „Krieg dem Kriege!“ Die wesentlichen Stellen des Aufrufes lauten:

„Tausend Anzeichen lassen leicht erkennen, daß die Presse in Frankreich durch tendenziöse Nachrichten die öffentliche Meinung zu Gunsten einer durch nichts zu rechtfertigenden Einmischung in den Krieg vorzubereiten sucht. Den Regierenden hat es beliebt, Allianzen zu schließen zur Wahrnehmung der von ihnen vertretenen kapitalistischen Interessen, ohne natürlich die Arbeiter befragt zu haben über Verpflichtungen, welche diese Allianzen nach sich ziehen, ebenso wenig wie über die davon zu erwartenden Vorteile. Und wir Arbeiter, wir Proletarier sollen gezwungen werden, in den Kampf zu treten, um Rußland zu ermöglichen, sich der Mandchurei und Korea zu bemächtigen, wie es sich Polens und Finnlands bemächtigt hat — und so der Anechtung von Menschen zu helfen, deren Recht auf Freiheit unverletzlich ist.“

„Jeden Tag predigt man uns, daß wir souverän sind, aber man hütet sich, nach unserer Meinung zu fragen... Wir sind desto mehr berechtigt, zu sprechen, als es Proletarier sind, die sich schlagen sollen, wie sie es sind, die die Kriegskosten zu tragen haben würden.“

Vor drei Jahren haben die organisierten Arbeiter Frankreichs und Englands in öffentlichen Kundgebungen ihre entschiedene Gegnerschaft gegen einen Krieg zwischen den beiden Ländern zum Ausdruck gebracht. Heute bewahren sie dieselbe Gesinnung.

Der Krieg, wo immer er ausbricht, erscheint ihnen als ein Verbrechen gegen die Menschheit. Sie protestieren auch gegen den gegenwärtigen Konflikt, der russische und japanische Proletarier gegen einander kämpfen läßt und uns in einen allgemeinen Zusammenstoß hineinzuziehen droht.

Sie protestieren, weil der jetzige Krieg durch die Entfaltung chauvinistischer Gefühle den Freiheitsgeist zu erlöchen droht, der seit Jahren die russischen Arbeiter erfaßt hat und das Selbstherrschertum bedroht. Was die Kräfte und die Verbannung nach den Polarländern, nach der Sachalin-Insel nicht zu verhindern vermocht hat, — d. i. das Erwachen des proletarischen Bewußtseins — das hofft nun die russische Regierung durch den Krieg zu erreichen. Sie könnte sich verrechnen! Niemand vermag die inneren Verwickelungen vorauszu sehen, die ein Konflikt zwischen Nationen nach sich ziehen kann.

Sie protestieren auch deshalb, weil der jetzige Krieg die Folge des rabiaten Imperialismus der Japaner ist...

Sie erachten, daß das offizielle Japan und das offizielle Rußland beide in gleicher Weise die Barborei vertreten, kapitalistische Interessen und die Ausbeutung der Menschen verkörpern. Die Arbeiter dürfen nicht zulassen, daß eine französische Einmischung das eine Land zum Nachteil des andern begünstigt.

Zum Schluß werden die Arbeiterorganisationen aufgefordert, eine kräftige Agitation im Sinne des Aufrufes zu entfalten.

Der Aufruf ist gezeichnet von den Sekretären der Konföderation, Victor Griffuelher und G. Jvetot.

### Auch der französische Parteikongreß.

Der am Sonntag in St. Etienne zusammengetreten ist, veranstaltete am Sonnabend in einer Vorerversammlung eine Demonstration gegen ein Zusammengehen Frankreichs mit Rußland. Jaures stellte die Frage: Ist Frankreich gezwungen, Rußland seine Unterstützung zu leisten, falls England zu Gunsten Japans eintritt? Welches sind die Bedingungen der französisch-russischen Alliance? Was das Frankreich der Revolution allen Abenteuer des zarischen Rußland folgen? Es sei notwendig, daß diese Fragen im Parlament erörtert würden. Jedesmal, wenn die Socialisten diese Fragen aufgerollt, habe man sie als unklug und schlechte Patrioten hingestellt. Die Nationalisten bespötteln die internationalen Schiedsgerichte und nennen uns Träumer. Ich antworte: Wenn Frankreich und England zur Zeit so eifersüchtig auf einander wären wie nach Fachoda, so wäre der Krieg zwischen ihnen heute bereits erklärt: So ist er beschränkt auf Japan und Rußland und wenn es gelingt, den Krieg auf diese Länder zu beschränken, ihn nicht auszu dehnen auf Frankreich und England, so ist das eine Folge der Friedenspolitik des internationalen Proletariats. Jaures kam sodann auf die

### gelbe Gefahr

zu sprechen. Man hält uns die „gelbe Gefahr“ entgegen und will damit den asiatischen Rassen das Recht sich zu organisieren und zu civilisieren, wehren; aber das Recht der Humanität, sich zu entwickeln und zu steigern, besteht überall. Auch die ökonomische Gefahr weist Jaures zurück: Wir Socialisten, Freunde des Friedens, sind die einzigen wahren Freunde des Fortschritts; in Europa belämpfen wir den Krieg mit aller Kraft. Auf die Gedächtnis der russisch-französischen Alliance übergehend, sagte der Redner: Ursprünglich hatten sich die Regierungen von Rußland und Frankreich nur verpflichtet, sich gegenseitig zu unterstützen, falls die Integrität ihrer europäischen Territorien verletzt würde. Wären die Verträge in diesen Osten geblieben, so wären wir nicht verpflichtet, im fernem Osten zu intervenieren. Aber der Chauvinismus hat sich der Sache bemächtigt und es ist ein anderer Vertrag zu stande gekommen, in dem es heißt: Im Falle einer Verletzung der Integrität Chinas haben die Regierungen von Rußland und Frankreich zusammen zu beraten, welche Maßnahmen dem gegenüber zu treffen sind. Hier liegt die Gefahr, denn eine Intervention unsererseits wird durch diesen Vertrag möglich. Jaures schloß: Thun wir nichts, was Japan oder England herausfordern könnte und kündigen wir eine Alliance, welche beginnt, und gefährlich zu werden.

### Eine plumpe Sensationsnachricht.

Derzufolge die japanische Transportflotte von russischen Kriegsschiffen in den Grund gebohrt worden wäre, wobei 7000, nach anderer Besart gar 14 000 Japaner ertrunken wären, wird von Petersburg aus verbreitet und von der liberalen deutschen Börsenpresse weiter kolportiert. Die betreffenden Blätter können zwar nicht umhin, sie für unwahrscheinlich zu erklären, allein sie thäten besser, sich plumpe Sensationsmährchen, die wohl nur den weiteren Sturz der russischen Werte aufhalten sollen, wenn nicht überhaupt zu ignorieren, so doch in minder auffälliger Form zu verbreiten!

### Die russischen Verluste bei Tschumulpo.

Kagosaki, 14. Februar. (Telegramm der „New Yorker Associated Press“.) Die Verluste der Russen bei Tschumulpo waren: 1 Offizier und 40 Mann tot, 464 Mann verwundet. Als die beiden russischen Kriegsschiffe in dem Kampfe bei Tschumulpo ihren zweiten Ausfall machten, dampften sie, während ihre Mitschiffen die Nationalhymne spielten, gerade auf die japanische Flotte los. Diese tapfere Haltung angeht die Verwundeten, die ihnen sicher bevorstand, wurde von den auf der See liegenden fremdländischen Schiffen mit lautem Beifall aufgenommen.

### Angeblische Versenkung dreier russischer Kreuzer.

Mehrere Londoner Sonntagblätter verbreiteten heute die Nachricht, daß drei Schiffe des Vladivostoker Geschwaders der Russen von den Japanern zum Sinken gebracht worden seien. Der hiesigen japanischen Gesandtschaft liegt jedoch keine Bestätigung der Meldung vor.

London, 15. Februar. Das „Neuerische Bureau“ meldet aus Tokio vom 12. d. M.: Wie es heißt, kreuzen russische Kriegsschiffe noch immer an der Küste von Jesso. Einem bisher unbestätigten Bericht zufolge sollen sie eine unbefestigte Stadt beschossen haben. Die feindselige Haltung der deutschen Presse gegenüber Japan erregt hier große Befriedigung.

Nach einer dritten Meldung sollen die russischen Kreuzer einer sie verfolgenden japanischen Flotte entkommen sein.

### Japanische Truppenlandungen.

Der Generalquartiermeister des Feldstabes des Statthalters Alexejew, Generalmajor Pflug, meldet aus Port Arthur unter dem heutigen Datum: Privatnachrichten zufolge landeten die Japaner nach dem Kampfe bei Tschemulpo 19 000 Mann. Zwischen Tschemulpo und Tschifu ist von ihnen ein drahtloser Telegraphendienst mit Schiffen als Zwischenstationen eingerichtet worden. In Port Arthur ist alles ruhig. Vom feindlichen Geschwader liegen keine Nachrichten vor. Aus Tatungau zurückgekehrte Kundschafter haben die Nachricht vom 12. d. Mts. über ein Erdbeben von sechs japanischen Panzerschiffen auf der dortigen See nicht bestätigt. Aus Jolau treffen fortgesetzt Meldungen ein, daß bei Nacht auf hoher See und umweit des Nordbahnhofs Lichter gesichtet wurden, woraus auf die Anwesenheit feindlicher Kundschafter geschlossen wird. Die Mobilisierung schreitet mit Erfolg fort.

London, 15. Februar. „Daily Mail“ meldet aus Port Arthur vom 12. d. Mts.: Amtliche Depeschen zufolge haben die Japaner 600 Mann bei Talieman gelandet. Von diesen wurden 410 durch Kaskaden niedergewacht, die übrigen kehrten auf die Schiffe zurück.

Derselben Blatt wird aus Niutschwang vom 11. d. Mts. gemeldet: Amtliche Depeschen aus Port Arthur besagen, daß die Japaner am 10. d. Mts. große Truppenabteilungen bei den Berganagen an der Duffbucht ausgeschifft hätten. Man hätte sie landen lassen, dann angegriffen und sie mit großen Verlusten zurückgeschlagen.

### Angriffe auf die ostchinesische Bahn.

Admiral Alexejew meldet dem Kaiser in einem Telegramm aus Port Arthur vom gestrigen Tage, es seien ihm Nachrichten über Versuche zugegangen, Telegraphenposten an der ostchinesischen Bahn und einen Pfeiler an der Sungari-Brücke zu sprengen; die Versuche seien aber rechtzeitig bemerkt und vereitelt worden. Die Eisenbahn werde stark bewacht.

### Die amerikanische Neutralitätsnote betreffs China.

Die Note über die Neutralität Chinas, welche Staatssekretär Hay den diplomatischen Vertretern Amerikas bei den Mächten übermitteln hat, lautet:

Sie wollen dem Minister des Auswärtigen den lebhaften Wunsch der Vereinigten Staaten zum Ausdruck bringen, daß während der militärischen Operationen zwischen Rußland und Japan die Neutralität Chinas und alle Mittel, seine administrative Einheit durchzuführen, von den beiden kriegführenden Parteien respektiert werden und der Schwauplatz der Feindseligkeiten nach Möglichkeit lokalisiert und beschränkt wird, damit jede Aufregung zu einer schmerzlichen Erhebung vermieden und dem Welthandel und Weltverkehr möglichst wenig Schaden zugefügt werde.

Der französische Botschafter Jufferand teilte dem Staatssekretär Hay mit, daß Frankreich gern seinem Vorschlage betreffend Neutralisierung Chinas zustimme. Man glaubt auch Grund zu der Annahme zu haben, daß Rußland dem Vorschlage zustimme. England hat, wie gemeldet, im Prinzip auch seine Zustimmung gegeben. Von den anderen Mächten wird die baldige Zustimmung erwartet. Dem Vernehmen nach sollen Feindseligkeiten auf chinesischem Gebiete auf die Mandchurie beschränkt werden.

### Beschwerden gegen Maßnahmen Alexejews.

Washington, 15. Februar. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.) Der japanische Gesandte Takahira gedankt sich heute an den Staatssekretär Hay mit dem Ersuchen zu wenden, er möge von der russischen Regierung die Freilassung von etwa hundert in Port Arthur befindlichen japanischen Fischkugeln erwirken und darum nachsuchen, daß dieselben an Bord eines nach Tschifu bestimmten britischen Dampfers weggebracht werden. Der amerikanische Gesandte in Petersburg McGowan soll, wie es heißt, angewiesen werden, eine Anfrage über die Angelegenheit an die russische Regierung zu richten. Hiesige Marinekreise sind der Ansicht, daß die Zurückhaltung der Japaner in Port Arthur eine militärische Notwendigkeit sei, damit den japanischen Befehlshabern nicht durch die Nachrichten über die Befestigungen von Port Arthur zugehen können.

### Die Dardanellenfrage im Unterhand.

London, 15. Februar. Unterhand. Sir John Lubbock richtet die Frage an die Regierung, ob die russische Regierung sich mit dem Ersuchen an die britische Regierung gewandt habe, sie möge ihre Zustimmung erteilen, daß russischen Kriegsschiffen der Weg durch die Dardanellen gestattet werde. Staatssekretär des Innern Alers Douglas erwidert, an die britische Regierung sei ein Ersuchen in dieser Angelegenheit nicht gerichtet worden. Es sei auch keinerlei Grund zu der Annahme vorhanden, daß Rußland einen solchen Schritt beabsichtige, der eine zweifelhafte Verletzung der ihm gegenüber den europäischen Mächten vertragmäßig obliegenden Verpflichtungen in sich schließen würde.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Februar.

### Der Reichstag

führte Montag die Beratung über das Kapitel Reichs-Versicherungsamt zu Ende. Aber mit dem eigentlichen Thema, der Unfall- und Invaliditätsversicherung, beschäftigte sich nur Genosse Robert Schmidt. Berlin. Er wandte sich gegen einige Anregungen zur Aenderung des Unfallversicherungs-Gesetzes, die Dr. Mugdan im Laufe der Debatte gegeben hatte, und erlangte in allen Punkten eine zustimmende Erklärung des Grafen Posadowsky. Es handelte sich um die Aufrechterhaltung der Autorität des Reichs-Versicherungsamtes gegenüber den Lokalinstanzen, um die Zulassung der Arbeitersekretäre zur Vertretung der Verletzten auch vor den Schiedsgerichten, um die Versicherung der in ausländischen Filialen deutscher Fabriken beschäftigten Arbeiter und um die Revision auf Grund unedlicher falscher Zeugenaussagen.

Die übrige Debatte drehte sich um zwei Zwischenfälle, die schon seit Beginn der Beratung über das Reichsamt des Innern das Haus beschäftigten, um die Angriffe Dr. Mugdans gegen die Krankenkassen und die Märsche des national-liberalen Freiherrn v. Heyl über allerhand Einzelheiten aus der Geschichte und Tagesgeschichte unsrer Partei. Freiherr

v. Heyl, mit dem am Sonabend Genosse Stadthagen gründlich abgerechnet hatte, suchte sich heute vergeblich von dem Vorwurf der objektiven Unwahrheit zu reinigen. Er mußte fast alle seine Behauptungen widerrufen und seine thatsächlichen Angaben selbst als falsch bezeichnen. Er mußte zugestehen, daß die Forderung für das Buchergesetz gestimmt hat, daß die vielbesprochene Einkommensteuer-Tabelle nicht vom Genossen Ulrich herrühre und daß sein angebliches Citat aus Müllerand aus willkürlich herausgerissenen, künstlich zusammengestellten und nur „dem Inhalt nach“ übersehten Sätzen bestehe. Für die beschämende Niederlage, die er erlitten hatte, suchte er sich durch wilde Scharfmacherei zu revanchieren. Mit seinen letzten sophistischen Vorbehalten und Ausreden konnte Genosse Stadthagen leicht aufräumen.

Bei der Rede unsres Genossen suchte der Vicepräsident Herr Dr. Paasche eine neue Art parlamentarischer Censur einzuführen. Wenn die Ausführungen eines Redners geschäftsordnungsmäßig nicht zu hindern sind, will er ihn wenigstens zur Kürze zwingen. Genosse Stadthagen wehrte diesen Bevormundungsversuch energig ab und hatte die Vacher auf seiner Seite, als er die Nervosität des Vicepräsidenten Dr. Paasche darauf zurückführte, daß es sich um die Wahrheitsliebe seines Fraktionsgenossen Heyl handelte.

Nicht besser als dem Wormser Großindustriellen erging es dem Berliner Arzt Dr. Mugdan. Genosse Fräßdorf präcisierte nach drei Richtungen hin den Standpunkt unsrer Fraktion zu dem Streit zwischen Ärzten und Krankenkassen. Er zeigte zunächst durch den Hinweis auf das Kölner Kaiser-telegramm und den Minister Ludde, daß es sich um keine socialdemokratische Angelegenheit handele. Andererseits tritt die Fraktion allen unberechtigten Angriffen auf die Selbstverwaltung der Kassen entgegen. Als solche stellen sich die Forderungen der Ärzte nach Entlassung mitleidiger Kassenbeamten dar. Sie kann es auch nur für richtig halten, wenn socialdemokratische Krankenkassen sich einen Vorstand und Beamte socialdemokratischer Ueberzeugung wählen. Für seine Person legte dann Genosse Fräßdorf noch einmal seine Stellung zur freien Arztwahl dar. Die zahlenmäßigen Beweise für die bedeutende Erhöhung der Kassenausgaben aller Art, die die freie Arztwahl mit sich bringt, wird man nicht gut anfechten können. Und auch das muß jeder nur halbwegs Unbefangene zugeben, daß die Kassenmitglieder — entgegen den Behauptungen des Dr. Mugdan und seiner Kollegen — geschlossen hinter den Vorständen stehen.

Genosse Wolfenbuhr, der sich im wesentlichen den Ausführungen Fräßdorfs angeschlossen, konnte sich, das Vergnügen machen, Herrn Dr. Mugdan, der jedes Wort gegen einen Arzt sonst für eine unerhörte Beschimpfung des gesamten Standes erklärte, eine kräftige Beleidigung der Kassenärzte nachzuweisen. Dr. Mugdan leugnete, aber Wolfenbuhr konnte ihn mit Hilfe des Stenogramms überführen.

Sonst rief der ordentliche Etat des Reichsamtes des Innern wesentliche Debatten nicht mehr hervor. Auch ein großer Teil des Extra-Ordinariums wurde ohne Diskussion erledigt. Trotzdem wird Graf Posadowsky noch mindestens einen Tag warten müssen, bis die Finanzen seines Ressorts für das nächste Jahr geordnet sind; denn bei der Rate für die Weltausstellung in St. Louis setzte die Kammer ab, ein, zu der Genosse Südekum bei den Kosten für die Wiederherstellung der Hohlkönigsburg ein Vorpostengefecht geliefert hatte.

### Kunstfragen im Reichstag.

Der seltene Fall, daß sich der Reichstag mit Kunstfragen beschäftigt, ohne durch das Nachwächter-Mörderpaar Heine dazu veranlaßt zu sein, ereignete sich am Montag in später Stunde am Schluß der Reichstags-Sitzung. Die Gelegenheit dazu boten die besprochenen Vorgänge, die dazu geführt haben, daß infolge hiesiger Intervention die führenden deutschen Geister in der Kunst auf der Weltausstellung in St. Louis unvertreten bleiben werden, während die Liebhaber des offiziellen Geschmacks sich umso breiter machen können. In der Kommission schon hatte Genosse Singer auf die Angelegenheit aufmerksam gemacht.

Die An-Sidebatte im Plenum begann mit einer artigen Uebersetzung. Als Verteidiger der „Kunststunde“ und der unter dem irreführenden Sammelnamen „Secession“ vereinigten Künstler, die sich jetzt als Künstlerbund neben der alten allmächtigen Kunstgenossenschaft organisiert haben, trat der Führer des Centrums, Herr Dr. Spahn auf. In drohiger Trockenheit begründete er eine Art wohlwollender Reichsgerichts-Entscheidung zu Gunsten der in der Hofinstanz verurteilten Secessionisten und plaidierte für die Aufhebung des früh-ren Urteils. Herr Spahn las sogar ein kleines kunsthistorisches Kolleg und erzählte unter großer Aufmerksamkeit des freilich geringen Publikums, wie die secessionistische Richtung von Monet herkomme, der zuerst die Kunst aus dem verdunkelten Atelier in die unmittelbare Freiheit von Sonne und Luft geführt habe; das sei ein unvermeidbarer Fortschritt gewesen, dem kein Künstler sich mehr entziehen könne. Herr Spahn nimmt also auch hoffentlich an Manets historisch berühmtesten, revolutionären Bilde keinen Anstoß, an jenem „Frühstück im Grünen“, wo eine gänzlich unbekleidete Frau am hellen hellen Tage mitten unter Männern sich ihrer Schönheit freut. Aber Herr Spahn ging noch weiter. Nicht nur den alten Monet bewunderte er, sondern auch den heutigen Secessionisten versagte er nicht seine Anerkennung. Er lobt ihren Fleiß, ihre Technik, ihre Naturwahrheit, ihren Farbenreichtum und für Liebermanns „Allee“ findet er fast überhöchliches Lob, so weit solches die Trockenheit seines Juristenstils zuließ. Schließlich verlangte Herr Spahn Parität für beide Künstlerorganisationen.

Woher dies herrliche Wunder der Befehung des Centrums zur verpönten Kunststunde? Es ist die alte schlaue Centrumpolitik. Wie das Centrum für die Socialpolitik eine starke Geschäftigkeit zur Schau trägt, um den Socialismus zu überwinden, so spiegelt es jetzt Verständnis und Liebe für die „gesunde“ Secession, für die „echte“ Kunststunde vor, um dann unter Berufung auf diese Sympathien um so rücksichtsloser seiner Heine-Heke freiben zu können. Wer wird nun noch wagen, den herrlichen Kampf gegen den „Simplicissimus“, die Verschönerung der nackten Kunst auf sineses, rückständiges Barbarentum zurückzuführen? Hat man nicht die moderne Kunst sogar dem Verdikt des Hofes gegenüber heldenmütig verteidigt? Nur die „Auswüchse“ will man treffen, nur die „Auswüchse“! Aus dieser Laune erklärt sich das Wunder zwanglos. Hinter der Sympathie-Erklärung für die moderne Kunst in all-gemeinen steckt die Absicht, einen Freibrief für die Verfolgung der besondern Kunst, die nicht centrumsreife ist, zu gewinnen.

Nach Spahns Vortrag wurde die Debatte abgebrochen. Der Dienstag wird vermutlich weitere, unerwartete Bekannnisse zur „Secession“ bringen. Herr v. Kardorff wird sich der Verfolgten annehmen, zu denen auch sein Sohn, ein begabter Secessionist, gehört; dieser junge Kardorff hat seinen Alten hoffentlich inzwischen auch darauf aufmerksam gemacht, daß die socialdemokratische Kritik an der Burgenrehabilitierung in der Montagssitzung des Reichstags durchaus zutreffend und der Verteidigungsversuch von Papa Kardorff durchaus unzulänglich war —

### Bergarbeiterfragen im Abgeordnetenhaus.

Typisch für die Art und Weise, wie das Dreiklassenparlament Arbeiterfragen behandelt, war die Sitzung vom Montag, in der der Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung weiterberaten wurde. Das Haus war nur spärlich besetzt, da die meisten Mitglieder es vorzogen, der Vorstellung im Circus Luch beizuwohnen, aber auch unter den wenigen, die pflichtschuldigst der Sitzung beiwohnten, zeigte sich eine genügend große Summe socialpolitischer Rückständigkeit und Unverständnis, so daß der Geist des Junkerparlaments würdig vertreten war.

Der freisinnige Abgeordnete Dr. Max Hirsch begründete einen Antrag, der die Regierung ersucht, noch in dieser Session dem Hause einen Gesetzentwurf vorzulegen; der die veralteten Bestimmungen des preussischen Berggesetzes über die Knappschaftsvereine mit der Reichsgesetzgebung auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung in Einklang bringt. Im Anschluß daran vertrat der freisinnige Redner einige weitere Forderungen der Bergarbeiter, vor allem die der Sinzuziehung von Arbeiterkontrollen, der Bildung von Arbeiterauswäusen, der Verkürzung der Arbeitszeit und der Abschaffung der Ueberstunden.

Diese bescheidene Rede war für die Vertreter der Interessen der Grubenbarone das Signal zu einem allgemeinen Angriff gegen die durchaus berechtigten Forderungen der Arbeiter. Im Anschluß an den nationalliberalen Bergwerksdirektor Silb, der die Aufwendungen der Bergwerksbesitzer rühmte, die schon weit mehr geleistet hätten, als das Gesetz ihnen auferlegt, ergriff sein Parteifreund, Abgeordneter Dr. Schulz, seines Zeichens Geheimrat und Bergschulddirektor, das Wort zu einer Scharfmacherrede, wie sie selbst in diesem Hause nicht oft gehört wird. Herr Schulz wandte sich gegen die Sinzuziehung von Arbeiterdelegierten, weil dadurch angeblich nur die großpolnische und die socialdemokratische Agitation gefördert werde, und sprach sein Bedauern darüber aus, daß „Zehntausende sonst königstreuer Bergarbeiter bei den letzten Wahlen zur roten Fahne abgewandert seien“. Den Schluß seiner Rede bildete eine Warnung davor, die Beaufsichtigung nicht zu weit zu treiben, damit nicht schließlich hinter jedem Arbeiter ein ihn schützendes und bewachendes Beamter stehe, sowie ein völlig unangebrachter Appell zum Zusammenklüß aller „staatszerstörenden“ Parteien gegen die Socialdemokratie. Noch übertrumpft wurde Herr Schulz durch den gleichfalls der nationalliberalen Partei angehörenden Generalsekretär des ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, des neugewählten Abg. Dr. Polz, der es fertig bekam, eine weitere Ausdehnung der Frauenarbeit im Bergbau sowie eine Ausdehnung der Bestimmungen zu fordern, die es gestatten, junge Leute unter 16 Jahren unter Tage zu beschäftigen. Und dieser Herr, nach dessen Ansicht es den Arbeitern wer weiß wie gut geht, während die Unternehmer Not leiden, ist Mitglied einer Partei, die im Reichstage so thut, als ob sie eine ernste Socialreform erstrebt. Auch Minister Müller griff in die Debatte ein, um sich auch zu der nationalliberalen Nicht-Socialpolitik zu bekennen. Die Reden des Ministers und der nationalliberalen Wortführer, denen sich namens der Konservativen Abg. v. Bodelberg anschloß, beweisen den Bergarbeitern von neuem, daß sie von dieser im Parlament und dieser Regierung nichts zu erwarten haben.

Für die Forderungen der Bergarbeiter traten — teils in noch zäherer Weise als Dr. Hirsch — die Abg. Graf Strachwiz (C.), Dr. Chlapowski (Pole) und Broemel (Fr. Vg.) ein.

Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt. Dann folgt die zweite Lesung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung.

## Deutsches Reich.

### Der kommende Mann im Reichsstatistischen Amt.

Es wird uns geschrieben: Die neue Besetzung der durch den Tod Wilhelmis frei gewordenen Stelle des Direktors des Reichsstatistischen Amtes giebt der bürgerlichen Presse seit Wochen zu allerlei Beeinflussungsvermutungen Anlaß. Der Grund für diese merkwürdige Sorge um den kommenden Mann ist bei den reaktionären Parteien natürlich leicht erklärlich: Ist ihnen das Statistische Amt wegen seiner objektiven Aufgaben überhaupt schon nicht sehr sympathisch, so muß diese Abneigung natürlich noch wachsen, wenn an die Spitze dieses Amtes ein vorurteilvoller Mann gestellt wird, der sich nur von Rücksichten auf die wissenschaftlichen inhaltlichen Aufgaben des Instituts leiten läßt.

Schon nach dem Tode v. Schels ging zunächst das Gerücht, daß als sein Nachfolger ein Mitglied des Statistischen Amtes selber an die Directoratsstelle rücken sollte; es wurde damals der Regierungsrat Jahn genannt, der sich vor allem durch die Bearbeitung der Berufs- und Gewerbebezahlung von 1895 um das Ansehen des Amtes große Verdienste erworben hat. Dieser Mann hat leider einige Fehler, die ihn den Reaktionen wie den Bureaucraten gleich unympathisch machen: erstens weiß er ihnen zu viel, zweitens ist er ein leidlich vorurteilvoller und socialpolitisch fortschrittlicher Geist und schließlich ganz und gar kein Bureaucrat. Dies alles, wenn nicht schon einiges davon allein, genügt, daß er sehr bald aus der Reihe der damals ernsthafter in Frage kommenden Männer ausfiel.

Jetzt nun bringt vor allem die Centrumpresse: die „Germania“, „Aöln. Volkszeitung“, wieder positive Kombinationen, die wiederum Herrn Jahn ganz außer Betracht lassen. Die genannten Blätter glauben versichern zu können, daß die Regierung sich in diesem Falle laum von dem altbewährten Verwaltungsprinzip abzuwenden werde, in die höheren Stellen einen Juristen zu berufen; wie verlaute, werde der neue Präsident des Kaiserlichen Statistischen Amtes aus der Reihe der vortragenden Räte hervorgehen und zwar aus dem Reichsamt des Innern, dem ja auch Wilhelmis zur Zeit seiner Vererbung auf den Directoratsposten angehörte. Als Kandidaten werden von diesen Blättern die Geheimen Oberregierungsräte Sydow und Berner genannt, welche übrigens auf dem Gebiete der Statistik und Socialpolitik bereits hervorragendes geleistet hätten. Was es mit diesen Leistungen in Wirklichkeit auf sich hat, entzieht sich freilich der weiteren Deffentlichkeit, und die Centrumsblätter würden selbst, wenn man von einigen Gesetzescommentaren und Hilfsarbeiten für Regierungsvorlagen absteht, in Verlegenheit geraten, wenn sie diese „hervorragenden Leistungen“ specialisieren sollten.

Es liegt durchaus im Interesse gerade auch der Arbeiterstatistik, der das Amt immer mehr seine Thätigkeit widmen soll, daß die leitende Stelle von einem Manne eingenommen wird, der in jeder Hinsicht nach Wissen, Charakter, Selbständigkeitsgefühl und socialpolitischem Verständnis den modernen berechtigten Ansprüchen hierfür entspricht.

### Der hungrige Hund.

Ein fataler Vergleich entzückt den „Hamburger Nachrichten“. Das Bismarck-Blatt ist wütig entsetzt über den socialistischen Sieg. Es beklagt, daß die Bürgerwerbung so sehr erleichtert worden sei (Bürger kann nur werden, wer durch fünf Jahre mindestens 1200 M. jährliches Einkommen versteuert hat). Weiter wendet es sich zornig gegen die „Socialpolitiker“, die den thörichtesten Versuch machen, die

Arbeiter dadurch von der Socialdemokratie abzulösen, daß sie ihnen Zugeständnisse machen. In diesem Zusammenhange leidet das Scharfmacherblatt diesen famosen „falschen Jungenschlag“: „Was haben diejenigen zu bieten, welche die Arbeiter mit ein paar, nach deren Auffassung gänzlich ungenügenden Reformen und durch Beherrschung der Herrschaft der Socialdemokratie entziehen wollen? Wer letzteres versucht, gleicht jemandem, der es für möglich hält, einen hungrigen Hund von der vollen Fleischschüssel dadurch wegzulassen, daß er ihm einen mageren Knochen vorhält. Zu befreien sind die unteren Massen von der geistigen Herrschaft der Socialdemokratie nur dadurch, daß man — wie können es nicht oft genug wiederholen — den socialistischen Führern, Agitatoren und der gesamten socialistischen Presse das Handwerk legt, die Organisation der Partei in allen Teilen zerstört und die Zugehörigkeit resp. die Unterstützung derselben, durch Gesetz für staatsgefährlich erklärt und mit Strafe belegt.“

Wir lassen dem Bismard-Reptil die lieblichen Wünsche, die es für die Socialdemokratie hat, und die Art, wie es die „unteren Massen“ zu „befreien“ gedenkt. Dies groteske Spiel scharfmacherischer Unzurechnungsfähigkeit fesselt nicht im mindesten mehr, da es sich allzu alltäglich wiederholt. Erhebend aber ist der unfeinliche Vergleich des rosenden Blattes, der nichts weniger zugiebt, als daß die Arbeiterklasse in der heutigen Gesellschaft zur Rolle des hungrigen Hundes verurteilt ist, daß ferner die staatliche und bürgerlich-reformerische Socialpolitik einem mageren Knochen gleicht, daß endlich nur die Socialdemokratie es ist, die der Arbeiterklasse die volle Fleischschüssel giebt. Selten haben die „Hamburger Nachrichten“ sich so wahrheitslich verplaudert.

Der rote Tag von Hamburg. In dem schönen Wahlzuge in Hamburg, den wir bereits feierten, führt unser Hamburger Partei-Organ aus: „Was der 16. Juni v. J. für die deutsche Socialdemokratie, das ist der 12. Februar d. J. für die Hamburger Socialdemokratie geworden, ein roter Sieges- und Ehrentag. Das war ein Leben in den zur Wahl stehenden Bezirken! Unsere Parteigenossen arbeiteten, wie immer, fleißig, opferwillig, gewissenhaft und ihrer unermüdbaren Kleinarbeit ist ein wesentlicher Teil des glänzenden Erfolges zuzuschreiben. Alle Posten waren gut besetzt. Die Plakatträger, die Stimmzettelvertheiler, die Mannschaften für die Hausagitation, die Genossen in den Wahllokalen und in den Agitationsbüros in den einzelnen Bezirken usw., sie alle haben im vollsten Maße ihre Pflicht und Schuldigkeit gethan. Aber auch die Gegner setzten ihre ganze Kraft ein, um sich der Socialdemokraten zu rächen. Die Antisemiten machten frampfhafte Anstrengungen, in Barmbed und Eimsbüttel wenigstens einen Wählungserfolg für ihre bisherigen Bürgergeschäftsmitglieder Jacobson und Raab herbeizuführen. In Eimsbüttel waren im St. Beziel die Hauptmatadore bei der Hausagitation für Raab thätig, aber es nützte nichts, denn Raab wurde von dem Socialdemokraten, Genossen Stubbe, an die dritte Stelle gedrängt. So transit gloria mundi! Nicht besser erging es Herrn Jacobson in Barmbed. Als Kuriosum sei erwähnt, daß der antisemitische Kandidat Westphal im 49. Bezirk (Neustadt), für den den ganzen Tag über mit Plakaten und Stimmzetteln agitiert wurde, auch nicht eine einzige Stimme erhalten hat.“

Als abends die Wahlergebnisse bekannt wurden, herrschte im Lager unserer Gegner eine sehr schmerzliche Stimmung, insbesondere bei den Antisemiten. Dagegen wurden in unsern reich besetzten Agitationslokalen die Schlag auf Schlag eintreffenden Siegesnachrichten mit großem Jubel aufgenommen. Mancher schüttelte ungläubig den Kopf, wenn er die Volkszahl erhielt: „Zwölf gewählt, sechs in Stichwahl!“ So hoch hatte niemand seine Erwartungen gespannt.“

Eine erhebliche Straffaktion muß die „Kölnische Volkszeitung“ den eignen katholischen Glaubensbrüdern erteilen. Da es den Katholiken möglich ist, sich zur Begründung aller möglichen Arbeiterfeindschaften auf die Papstäußerungen zu beziehen, so glaubte eine katholische Firma sogar ihrer Gegnerschaft gegen den Buchdrucker-tarif durch Uebersetzung eines Satzes aus dem Erlass Pius X. über die christliche Demokratie die höhere Weisheit geben zu können. Der Erlass setze fest, daß jeglicher nach seinem Belieben über sein Privateigentum verfügen dürfe, der Tarif schränke das Recht ein, — daher sei er verwerflich und die Firma wolle sich ihm nicht fügen. Die „Kölnische Volkszeitung“ wendet sich gegen diese Auffassung und erregt sich lebhaft über den „Unfug“ solcher Auslegung kirchlicher Kundgebungen, der „in einzelnen katholischen Blättern immer größeren Umfang annähme“. Sie sagt weiter:

„Die Socialdemokratie hat keine wirksamere Agitationsmittel, als die Beweisführungen dieser unberufenen Ausleger von Encykliken, Motuproprios usw. Der Unfug schadet unendlich der Sache des Katholicismus, er lähmt und erschwert die socialpolitische Aktion des Centrums, löst Mißtrauen in den Kreisen auch der treu katholischen Arbeiter. Darum wollten wir einmal in einem krassen Falle „ein Exempel statuieren“.“

Wir haben alles Mitempfunden für die „Kölnische Volkszeitung“, daß sie so große Mühe aufwenden muß, um die blödeste Rückständigkeit katholischer Firmen und Zeitungen in socialpolitischen Fragen zurückzuweisen.

Eine Tragödie der Irrungen. Der in Rattowitz geborene Franz Mittel wurde im Jahre 1886 statt eines in Laurahütte geborenen Franz Mittel zum Militär eingezogen, wegen Entziehung von der Militärpflicht — die nicht er begangen hatte, da er russischer Unterthan ist, sondern sein Doppelgänger — zu 40 Tagen Gefängnis verurteilt und mußte dann als Soldat weiter dienen. Wegen fortwährender Beschimpfung floh er wieder in seine russische Heimat, wurde jetzt beim Schmuggeln in Myslowitz ergriffen und wegen Desertion angeklagt. Der 46 Jahre alte Mann, der nun wieder im Gefängnis sitzt, mußte als Russe freigesprochen werden, er hat aber für einen andren als preussischen Soldat gedient und 40 Tage Gefängnis abgeseessen! —

### Afrika.

Die Boeren gegen die Russen. Das hervorragendste Organ von Transvaal, der „Volksstem“, veröffentlicht einen Protest, gezeichnet von Botha, Burger, Delarey und andren Boerenführern, gegen die geplante Einführung asiatischer Arbeiterkräfte. Nicht bloß die Unterzeichner, so heißt es in dem Protest, sondern die überwältigende Mehrheit der Boerenbevölkerung, sei einzig in der Verurteilung der von der englischen Regierung geplanten Maßnahmen. —

## Parlamentarisches.

Zum Post-Gesetz ist weiter folgende Centrumsvorlesung im Reichstag eingebracht worden: „Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu treffen, daß die Bestimmungen über die Sonntagruhe der Postbeamten im Reichspostgesetz Anwendung finden sollen auch auf diejenigen kirchlichen Feiertage, welche am Ort des Postamtes von der Mehrheit der Bevölkerung gefeiert werden.“

Die Ostafrika-Bahn. Der Gesetzentwurf betreffend die Uebernahme einer Garantie des Reiches in Bezug auf eine Eisenbahn von Pat-es-salam nach Mrogoro ist dem Reichstage soeben zugewandt.

## Partei-Nachrichten.

„Aus Vappe Schmied' ich kein Schwert.“

Variationen und Thema. Gewisse politische Traktat halten noch immer an der komischen liberalen Einbildung fest, daß die Aufrechterhaltung des Dreiklassen-

Wahlrechts lediglich der Herrschaft und dem ungezügeltsten Eigennuß der herrschenden Claque zuzuschreiben sei. Wir, die wir in der Schule großer Meister gelernt haben, auf den Grund der Dinge zu schauen, wir wissen, daß die richtigen Umwälzungen, die sich in der Struktur der Gesellschaft vollzogen haben, die leitenden Klassen um ihrer Selbsterhaltung willen naturgemäß zum Festhalten an Einrichtungen zwingen, ohne welche sie reitungslos der Massenherrschaft überantwortet würden. Sollen wir nun durch unwürdigen Eifersucht auch die letzten besten Freunde vor den Kopf stoßen, auf daß sie aus Angst vor dem Kopsfabriken ins Lager der Ueberreaktion flüchten und deren Macht stärken? Wir würden die wahre Reaktion auf ewig befestigen. . .

Die politischen Phrasenhelden, denen alles Recht nur als rohe Gewalt erscheint, sehen natürlich in jedem den Arbeitern unbequemen Urteil nichts als die Folge der wachsenden Einsichtslosigkeit der Juristen und der immer stärker hervortretenden, dem Eigennuß des Unternehmertums dienenden Klassenjustiz. Diejenigen Parteigenossen jedoch, die gelernt haben, daß auch die Rechtsansichtungen irgendwo herkommen, werden sich überzeugen müssen, daß dieser Rechtsliberalismus, der die tiefsten Grundlagen des Rechts nicht zu erkennen vermag, durch sein blödes Geschrei: gegen die Klassenjustiz! auf dem besten Wege ist, das Recht selber umzustürzen und damit die Anarchie des ewigen Unrechts zu stabilisieren.

Es giebt Leute, die in jedem Unternehmer von vornherein einen Feind der Arbeiter erblicken. Demzufolge, wenn ein Unternehmer nicht jede Forderung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und womöglich mit Dankworten bewilligt, wenn er schließlich gar einmal gegen die Koalitionen der Arbeiter unwillig ist und ihnen Schwierigkeiten macht, schwächen sie über Eigennuß, Unverständnis und ungezügeltste Herrschaft und ver-langen rücksichtslose Niederwerfung der „Herren“. Dieser Eifersucht kann es jedoch nicht verborgen bleiben, daß die Gestaltung unsres Wirtschaftslebens viel zu mannigfaltig ist, um Erscheinungen, die doch nun einmal vorhanden sind und aus sich heraus gewirkt werden müssen, in die Schwablonen eines verächtlichen Obskurantismus pressen zu können. Solcher lästigen Konsequenzmache dürfen wir keine Waffen liefern. Selbst auf die Gefahr hin, einer bestimmten Meinungsäußerung geziehen zu werden, müssen wir diesen Ideologen zurufen: Alles verstehen heißt alles verzeihen! Auch die Koalitionsgegnerschaft der Unternehmer ist nicht in jedem Sinne verwerflich; es kommt immer auf den Standpunkt an.

(Max Schippel. Wortwort zu: Grundzüge der Handels-politik.)

Die politischen Ideologen und Vorkämpfer, für die sich alle einschneidenden handelspolitischen Umgestaltungen seit einem Menschenalter einfach aus der wachsenden Einsichtslosigkeit der Beteiligten und dem immer ungezügelter hervordringenden Eigennuß von gemeinschaftlichen Sonderinteressen erklären, werden in dem Buche keine Unterstützung, am Ende sogar einen Feind sehen. Sei es drum! Um so mehr rechne ich auf Verständnis bei Parteigenossen, die in der Schule unire Meister gelernt haben, große Revolutionen in den materiellen Grundlagen der Weltwirtschaft und des Völkerverkehrs und die daraus naturgemäß entspringenden neuartigen Maßnahmen der internationalen Handelspolitik besser zu würdigen, wie der gewöhnliche ökonomische Liberalismus, der in seiner Unverständlichkeit — vor allem für die wirkliche Entwicklung und Lage der europäischen Landwirtschaft, und gar noch unter dem Feldgeschrei: gegen die Junker! — auf dem besten Wege ist, auch den letzten bäuerlichen und ländlichen Wähler in die Arme des intrasigntesten Agrarierturns zu treiben und so die Herrschaft des Junkertums auf neuer, tragfähigerer, demokratisch breiterer Grundlage wie einen ehernen Felsen zu stabilisieren.“

### Die Chemnitzer „Volksstimme“ schreibt:

„Schippels Rechtfertigung in Chemnitz genügt der Redaktion des „Vorwärts“ nicht, weil sie zur Klärung der „eigentlichen Streitfrage“ nichts beiträgt. Das mag die Redaktion halten wie sie will, jedenfalls kann man aber von ihr verlangen, daß sie die Rechtfertigung des durch ihre Schuld schwer verdächtigten Parteigenossen abdruckt. Das, was sie darüber bringt, ist nicht einmal ein Auszug, sondern eine ganz dürftige Skizze, die keinem Menschen darüber Aufschluß giebt, was Schippel zu seiner Rechtfertigung eigentlich gesagt hat.“

Anstatt diese journalistische und parteigenössische Pflicht des Auditor et altera pars — man höre auch den andren Teil — zu erfüllen, verschleibt die Redaktion des „Vorwärts“ den klaren Tatbestand, daß Schippel in der Angelegenheit des Vortrags im dritten Berliner Wahlkreise geredeterweise kein Wortwort treffen kann, durch die ewige Vitane, daß Schippels Rechtfertigung in Chemnitz die „eigentliche Streitfrage“ nicht löse. Wie Schippel zu den Föllen und zur Grundrente stehe, das will die Redaktion des „Vorwärts“ wissen. Wenn ihr aber die Antwort auf diese Frage wirklich das wichtigste ist, warum hat denn dann die Redaktion des „Vorwärts“ sich nicht gleich in der ersten Sitzung der Fraktion, die den Fall Schippel erörterte, selber darüber durch eine Interpellation an Schippel, beziehentlich durch die kategorische Forderung an ihn, Antwort zu geben, Auskunft geholt? Dort wäre doch die Gelegenheit dazu gewesen.“

Nachdem unire Reichstagsfraktion beschlossen hat, sich durch den Fraktionsvorstand über die ganze Sache unterrichten zu lassen, wollen wir vorläufig von weiterer Erörterung Abstand nehmen, bis die Fraktion ihre Ansicht veröffentlicht hat. Aus Rücksicht auf jenen Beschluß der Fraktion hat übrigens Schippel in Chemnitz auf die detaillierte Darlegung seiner abweichenden Ansichten verzichtet und dies auch in der Versammlung erklärt.

Nur ein Punkt sei von uns noch erwähnt. Der „Vorwärts“ hält es für angebracht, von einer Mitteilung des Harburger Parteiblattes Notiz zu nehmen, worin behauptet ist, Schippel habe vor der Protestbewegung gegen die Posttarifvorlage seiner Zeit auf der Redaktion unsres Blattes erklärt: der Fünfmarkszoll sei kein Bucherzoll, ein höherer agrarischer Zoll sei durchaus berechtigt.“

Wir wissen nicht, ob Schippel sich so ausgedrückt hat, denn wir führen über Gespräche nicht Buch. Jedenfalls nahm und nimmt Schippel zur Zollfrage eine andre Stellung ein als zum Teil auch wir. Aber um das zu erfahren, bedurfte es nicht der Harburger Mitteilung. Das weiß die ganze Partei schon längst.

Auf das, was Schippel denkt oder privat sagt, kommt es aber bei der Bewertung seines Verhaltens als Parteigenosse ebenfalls wenig an, als es in ähnlichen Fällen bei andren Parteigenossen darauf ankommt. Maßgebend ist, was er thut; insbesondere ob er da, wo die Parteipflicht ruft, in Reich und Glied steht oder nicht.

Andernfalls müßte jede Programmänderung und jeder Parteitag-beschluß den Austritt oder Ausschuß all derer zur Folge haben, die nicht damit einverstanden sind. Wo blieb aber dann die Partei? Dann wäre kein Zusammenhalt mehr denkbar.“

Das Jugendschicksal der Chemnitzer „Volksstimme“, daß Schippel in Chemnitz auf eine Darlegung seiner Ansichten verzichtet hat, überhebt uns eigentlich jeder weiteren Rechtfertigung gegenüber dem Vortour, daß wir Schippels „Rechtfertigung“ nicht abgedruckt haben. Was er über die Art des Zustandekommens seines Berliner Vortrags und über die angebliche Unrichtigkeit unsres Berichtes in Chemnitz gesagt hat, war, wie bereits erwähnt, nur eine Wiederholung dessen, was er schon im „Vorwärts“ selber darüber behauptet hatte. Daß die Klagen über Kautschuks polemische Methoden, mit denen Schippel seinen Vortrag in Chemnitz hält, keine Rechtfertigung seiner Ansichten darstellen, darüber herrscht außerhalb Chemnitz in der ganzen Parteipresse nur eine Stimme.

Der „Chemnitzer Volksstimme“ scheint es nichts auszumachen, ob ein Parteigenosse das für Unsinn hält, was er öffentlich thut. Natürlich können wir uns nicht mit den un-ausgesprochenen Gedanken eines Mannes beschäftigen, aber es gilt als selbstverständlich für jeden ehrlichen Politiker, nicht bloß für einen Socialdemokraten, daß sein politisches Denken mit seinem politischen Handeln übereinstimmt und wenn man erfährt — privat oder nicht

privat —, daß dem nicht so sei, dann ist man zu der Frage berechtigt: Wie steht es mit Dir? Und diese Frage sollte offen und ehrlich beantwortet werden.

Ein harmonisches Verhältnis scheint zwischen der Polizei und der Socialdemokratie in Celle zu bestehen. Die dortige Polizeidirektion verlor nämlich — ein in Deutschland wohl noch nicht dagewesener Fall — den socialdemokratischen Verein mit Letzere. Hier der Beweis:

Polizei-Direktion Celle, 9. Februar 04.  
Anbei übersende ich 10 Exemplare der Neben des Herrn Reichs-Kanzlers zur gefälligen Benützung.

J. B.:  
Lange, Polizei-Kommissar.  
An den Vorsitzenden des Socialdem. Wahlvereins z. H. des Arbeiters Herrn E. Köppen hier selbst.  
Die Freude bei unsern dortigen Parteigenossen hätten wir sehen mögen!

## Aus Industrie und Handel.

Die Spekulation an der Berliner Börse. Gegen die Behauptung der liberalen Börsenpresse, daß an der Vörsenpanik der ersten Tage voriger Woche das Börsengesetz die meiste Schuld trage, wendet sich in seiner letzten Nummer auch der „Deutsche Oekonomist“, dem sicherlich niemand Börsenfeindschaft nachsagen kann. In Uebereinstimmung mit den Ausführungen des „Wirtschaftlichen Wochenberichts“ in der vorletzten Nummer des „Vorwärts“ findet auch er die Ursachen der Deroute in der Ausdehnung des Spekulationskreises auf kapitalschwache oder gar nahezu kapitallose Elemente, die auf geringe Einschüsse bei den Banken sich unbedachterweise an der Börse in umfangreichen Spekulationsgeschäften engagieren und dann, wenn infolge irgend welcher Vorgänge ein Kursfall eintritt, sofort sich zur Bornahme von Verkäufen gezwungen sehen, da sie in ihrer Mittellosigkeit die geforderten weiteren Einschüsse auf ihr Konto nicht leisten können.

„Die Presse findet“, so schreibt der „Oekonomist“, „für alles eine Erklärung und so konnte man denn nicht bloß an dieser Stelle lesen: das Börsengesetz ist schuld, es hat die Börse ihrer Widerstandskraft beraubt, so daß sie durch jede Katastrophe in ihren Grundfesten erschüttert wird. Man wird und gewiß den Vortour nicht machen können, daß wir gegenüber den mancherlei Mängeln des Börsengesetzes blind sind; wir haben dieselben oft genug anerkannt und objektiv kritisiert, um so weniger können wir uns aber auch mit der obigen Auffassung identifizieren. Wenn wir die Vorgänge der letzten Woche überhaupt mit dem Börsengesetz in Beziehung bringen wollen, so kann das nur in dem Sinne geschehen, daß das Börsengesetz nicht im stande gewesen ist und auch sein noch so strenges Gesetz niemals im stande sein wird, die Spekulationslust, die Spielleidenschaft im Volke zu ersticken. Diese Leidenschaft, die Sucht nach möglichst mühelosem Gewinn erscheint uns überhaupt unauströfbar, wobei nur beiläufig erwähnt sein mag, daß die Regierung mit dem Börsengesetz wohl dieses Ziel verfolgt hat, daß sie aber auf der andren Seite nahezu daran war, eine Sparkotterie zu sanktionieren, und daß sie glaubt, durch eine Ermäßigung der Totalisatorsteuer den Besuch der Rennplätze und den Rennsport, über dessen Wert wir uns im übrigen kein Urteil erlauben wollen, fördern zu müssen. Doch das nur nebenbei. Die Börse hat keine innere Widerstandskraft, weil die Zahl der leistungsfähigen, schwachen Elemente im Börsengeschäft zu groß ist. Immer wieder haben wir auf das Unsolide hingewiesen, das darin besteht, daß kapitalschwache Elemente auf Grund geringer Einschüsse bei den Banken, sich an der Börse in umfangreichen Spekulationsgeschäften engagieren.“

So lange die Kurse steigen, mag der Bank oder dem Bankier die Dedung genügen, auch wenn sie dann und wann überschritten wird, sobald aber der kleinste Tendenzumschlag eintritt, müssen zur eignen Sicherheit weitere Einschüsse gefordert werden. Der Spekulant liegt aber fest, Mittel zu den geforderten Einschüssen hat er nicht, was bleibt ihm da andres übrig, als die Papiere à tout prix zu verkaufen, um nur los zu kommen. Nur daraus ist es zu erklären, daß es wirklich zu einem so sinnlosen, unmotivierten Kurssturz kommen konnte, wie in der letzten Woche am Montag und Dienstag, daß Papiere davon betroffen wurden, deren innerer Wert über jeden Zweifel erhaben ist, und die mit dem russisch-japanischen Kriege absolut nichts zu thun haben.

Für die Banken selbst sind solche Reinigungsprozesse in der Regel recht einträglich; denn sie erhalten damit Gelegenheit, die auf den Markt getworfenen Effekten zu niedrigen Kursen zu erwerben; ihr Eintreten als Käufer in solchen Perioden muß aber doch auch wieder als segensreich anerkannt werden, weil sonst leicht auch die Kapitalisten, die als seriöse Besitzer von Anlagepapieren anzusehen sind, deren eigne Urteilskraft aber nicht so weit reicht, um die Situation zu erkennen, von Angst befallen, ebenfalls zur Veräußerung ihrer guten Effekten schreiten. Die Kosten des Verkehrs tragen allein die mittellosen Spekulanten, und das mit Recht, auf Teilnahme andrer Kreise dürfen sie keinen Anspruch erheben. Das Spekulieren mit fremdem Gelde ist und bleibt durchaus verwerflich und ein in hohem Grade getoagtes Spiel, weil nicht selten die ganze Existenz des Spekulanten von der jeweiligen Tendenzveränderung abhängig ist; er steht dem drohenden Verhängnis jederzeit mit völlig gebundenen Händen gegenüber.“

Große Berliner Straßenbahn. In der gestrigen Aufsichtsrats-sitzung wurde die von der Direktion für das vergangene Geschäftsjahr vorgelegte Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung genehmigt und nach Festlegung angemessener Abschreibungen und Rücklagen beschlossen, der auf den 12. März d. J. einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 8 Proz. vorzuschlagen.

Zugleich wird der Generalversammlung der Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals um 14 297 400 Mk. zum Zweck der Beschaffung von Betriebsmitteln, Bauausführungen usw. zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Die neuen Aktien sollen den bisherigen Aktionären im Verhältnis einer neuen Aktie von 1200 Mk. zu 7200 Mk. alter Aktien zum Kurse von 103 Proz. zum Bezuge angeboten werden.

Der Beschluß bedeutet nichts andres, als daß die Stadt Berlin auch künftig bei den Wehrerträgen der Gesellschaft leer ausgehen soll. Bekanntlich erhält die Stadt als Entgelt für die Verlängerung der Konzession die Hälfte desjenigen Reingewinntrages, der 12 Proz. des alten Aktienkapitals (22,87 Millionen Mark), sowie der 6 Proz. des neuen Aktienkapitals übersteigt. Durch die jetzige Erhöhung wird aber selbstverständlich die prozentuale Dividende des Kapitals herabgemindert. Die Herren Stadtdirektoren hätten etwas mehr Aufmerksamkeit aufwenden und die Stadt nicht am Dividenden-Ueberfluß, sondern am Brutto-Ueberfluß partizipieren lassen sollen. Bei dem jetzigen Aktienkapital berechnet sich der Prozentfuß der Dividende, bei dem die Gewinnbeteiligung der Stadt Berlin anläßt, auf 7,6 Prozent. Berlin erhält also diesmal einen Anteil von 343 000 Mark.

# Gewerkchaftliches.

Wieder einmal: Kammergericht und Streikposten.

Das Kammergericht hat durch seine Beurteilung des Streikpostenstreiks allmählich eine Jutidatur geschaffen, die geeignet ist, während eines Streiks das unbeteiligte Publikum den etwaigen Unruhen untergeordneter Polizeibeamter auszuweisen, ohne daß andererseits der von unsren Scharfmachern gewünschte Zweck erreicht wird, daß das Streikpostenstreik unmöglich gemacht würde.

Zwei Fälle, über die das Kammergericht jüngst verhandelte, mögen das illustrieren:

Der Vorsitzende Cohen von der Berliner Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hielt sich neben einigen Streikposten vor einer Fabrik auf, wo gestreikt wurde. Er wollte nicht auf Streikposten stehen, sondern sich lediglich über die Ausrichtungen des Streiks in der Eisenmühlstraße von Schulz informieren. Ein Schuttmann wies ihn und die Streikposten weg, weil an andren Tagen Arbeitswille „belästigt“ worden waren. Da Cohen nicht folgte, wurde er in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe auf Grund der Straßenpolizei-Verordnung verurteilt, weil er „einer zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung auf der Straße ergangenen polizeilichen Anordnung“ nicht Folge geleistet habe. — Das Kammergericht als Revisionsinstanz erachtete dies Urteil für „vollkommen seinem Standpunkte entsprechend“ und verwarf die Revision Cohens. —

In einer Streikpostenfache der Metallarbeiter Kullerit und Reichert billigte das Kammergericht die vom Landgericht ausgesprochene Freisprechung, weil in diesem Falle festgestellt sei, daß der sie wegweisende Schuttmann gar nicht die Absicht gehabt habe, die Ruhe und Ordnung zu schützen, sondern von der falschen Ansicht ausgegangen sei, das Streikpostenstreik an sich sei zu verhindern. Das Kammergericht betonte hierbei, daß der Richter die Notwendigkeit der polizeilichen Wegweisung allerdings nicht nachprüfen dürfe.

Der Standpunkt des Kammergerichts, daß das Gericht nicht nachprüfen habe, ob die Anordnung eines Polizeibeamten tatsächlich zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung notwendig sei, muß zu so schlimmen Konsequenzen führen, daß er sich als unhaltbar erweist; er gefährdet geradezu die öffentliche Ruhe und Ordnung insofern, als er dem Publikum jeden Maßstab dafür nimmt, wie es sein Benehmen einzurichten hat. Auf der andren Seite giebt er den einzelnen Polizeibeamten das Recht, eventuell ganze Straßenzüge für den Verkehr zu sperren, wenn er eine solche „Anordnung“ im Interesse der Ruhe und Ordnung für notwendig erachtet. Da das Gericht nach der Kammergerichtlichen Entscheidung die Notwendigkeit einer solchen Anordnung nicht nachprüfen hat, kommen wir auf diesem Wege zu einer Polizeidiktatur, die hoffentlich auch wohlthätig auf die Haltung des Kammergerichts einwirken und es zwingen wird, seinen jetzigen Standpunkt aufzugeben.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aber werden sich in ihrem Verhalten jeder Entscheidung des höchsten Gerichts anpassen müssen. Sie werden nach wie vor demütig sein, ihr Koalitionsrecht streng im Rahmen des Gesetzes auszuüben. Jede ungesetzliche Schlinge aber, in der sich trotzdem ein Streikposten fang, wird von seinen Nachfolgern sorgfältig vermieden werden.

## Berlin und Umgegend.

Ein Einseher-Tarif wird zur Zeit zwischen den Vertretern der Arbeitgeber, dem Zentralverband der Bauischlermeister und den Vertretern der in Berlin bestehenden Einseherorganisationen beraten. Derselbe soll dazu dienen, die zahllosen, das Gewerbe beunruhigenden Werkstattunterschieden dadurch zu beseitigen, daß eine feste Basis für die Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen wird.

Die Fliesenleger-Glaserarbeiter haben einen Tarif ausgearbeitet und ihn den Unternehmern eingereicht. Der Tarif soll bis zum 1. Februar 1906 gelten und, wenn er nicht acht Wochen vor Ablauf gekündigt wird, ein weiteres Jahr in Kraft bleiben. Die Hauptforderung des Tarifs ist ein vom 15. d. M. ab zu zahlender Mindestlohn von 50 Pf. pro Stunde, der sich vom 1. Februar 1906 ab um 5 Pf. erhöht. Die Arbeitszeit soll zehn Stunden betragen. Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden; wenn sie notwendig sind, sollen sie mit 25 Proz. Nacht- und Sonntagsarbeit mit 100 Proz. Zuschlag vergütet werden. Sonntags wird eine Stunde, am Vorabend der großen Feste drei Stunden früher Feierabend gemacht ohne Lohnabzug. Weiter enthält der Tarif Bestimmungen, welche für die Fliesenleger bereits durch Vertrag festgelegt sind. Derselben beziehen sich auf Urlaub von Jahrgeld, Vergütung für auswärtige Arbeiten, Schlichtung von Streitigkeiten usw. — Ein Teil der Glaserarbeiter erhält bereits den geforderten Lohn von 50 Pf., viele werden jedoch geringer entlohnt und zwar mit 47½, 45 Pf. und noch darunter. Die Beseitigung der verschiedenartigen und Einführung einheitlicher Löhne ist der hauptsächlichste Zweck der Bewegung. Der Tarif ist bei 16 Firmen, welche für die Branche in Frage kommen, eingereicht. Einzelne Firmen haben die Forderungen bereits bewilligt, andre haben sie abgelehnt, die meisten haben noch keine entscheidende Antwort gegeben. — Eine Versammlung der Fliesenleger-Glaserarbeiter, die am Montagabend tagte, beschloß, daß die Arbeiter jeder Firma durch einen Vertreter am Dienstag persönlich beim Geschäftsinhaber vorstellig werden. Wo die Forderungen nicht bewilligt werden, da soll am Mittwoch die Arbeit nicht wieder aufgenommen werden. Wer zu den geforderten Bedingungen arbeitet, erhält von der Verbandsleitung eine Arbeitsberechtigungskarte. Die Bauarbeiter der andren Berufe werden ersucht, die beschäftigten Fliesenleger-Glaserarbeiter nach dieser Karte zu fragen.

200 Bauischler, Einseher und Maschinenarbeiter haben gestern Morgen in den Vororten Steglitz, Panitzsch, Friedenau, Schmargendorf und Großlichterfelde die Arbeit niedergelegt. Der Streik ist eingetreten bei allen Bauischlermeistern, die den ihnen am Mittwoch voriger Woche vorgelegten Netto-Tarif nicht anerkannt haben. — Zugang von Angehörigen der obigen Branchen ist fernzuhalten.

## Deutsches Reich.

Das dankbare Crimmitschan! Dem Bürgermeister Bedmann in Crimmitschan wurde eine jährliche Gehaltszulage von 1000 Mark (schreibe tausend Mark!) zugewilligt.

Begründet wurde diese Zulage damit, daß in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse, in denen der Herr Bürgermeister es weder den Arbeitgebern, noch den Arbeitern recht machen konnte, seine Thätigkeit Anerkennung verdiene. —

Dieser Beschluß wurde in geheimer Sitzung gegen die fünf Stimmen der Sozialdemokraten gefaßt.

Schwer bestrafte „Terrorismus“. Der Maurer Rübiger arbeitete mit dem Maurer Bräuner auf einem Umbau in Erfurt. Bräuner versuchte wiederholt den Rübiger, der dem Verbands nicht angehörte, zum Beitritt zu bewegen, indem er diesem die Vorteile vor Augen führte. Da alle seine Bemühungen resultatlos verliefen, geriet er in Zorn und rief dem R. zu: „Du bist ein Lump, Streikbrecher, ein Hund, den man auf die Schiene schmeißen müßte, damit ihm der Schädel abgefahren wird!“ Rübiger machte bei der Polizei Anzeige und gestern erhielt er für seine unüberlegten Worte fünf Wochen Gefängnis. Weil die ruhigen Arbeiter vor Inzulten geschützt werden müssen, beantragte der Staatsanwalt sieben Wochen Gefängnis.

Die Dresdener Filiale des Metallarbeiter-Verbandes hat an Mitgliederzahl derart zugenommen, daß sich die Anstellung eines weiteren besoldeten Beamten notwendig gemacht hat.

# Soziales.

## Kerzte und Krankenkassen.

Eine von ca. 550 Personen (Arbeitgeber und Mitglieder der Allgemeinen Orts-Krankenkasse) besuchte Versammlung in Magdeburg nahm am Sonntagmittag Stellung zum Kerzestreit. Der Versammlung wohnten im amtlichen Auftrage Vertreter der Regierung und des Magistrats bei. Vom Referenten, Vorstandsmitglied Brandes, wurde mitgeteilt, daß die Verträge des Magistrats, eine Verständigung mit den Kerzten herbeizuführen, an der Hartnäckigkeit der Kerzte resp. ihrer „Vertrauenskommission“ gescheitert seien. Die Kerzte hätten erst dann verhandeln wollen, wenn der Rentand Wendland bereits entlassen sei. Darauf sei nicht ein einziger Vertreter im Vorstande — weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer — eingegangen. Der Vorstand denke gar nicht daran, W. zu opfern, schon weil er die angeblichen „Beleidigungen“ einmal bereits vor sieben Monaten und dann außerordentlich begangen habe. (W. Vertrag schreibt vor, daß bei groben dienstlichen Verstößen gegen das Interesse der Kasse zuerst eine zweimalige Verwarnung und dann erst, wenn die nichts helfen, die Entlassung resp. dreimonatliche Kündigung zu erfolgen hat.) — Sämtliche Redner billigten das Vorgehen des Vorstandes, und weiter verpflichteten sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer einstimmig, die im Interesse der Kasse getroffenen provisorischen Maßnahmen strikte einzuhalten und durchzuführen. — Der Vorstand hat aus der Reihe der bisherigen 120 Kerzte sich 40 herausgehoben und empfiehlt den Mitgliedern, nur diese zu konsultieren. Darauf erklärten in einer Zuschrift an die — Arbeitgeber die Kerzte, daß von Dienstag ab die Kampftage in Kraft trete (d. h. die dreifache Gehalts!), wenn bis dahin diese „Repressivmaßregel“ nicht wieder rückgängig gemacht sei! — In einer Erklärung gab Stdrat Lüddeckens als Magistratsvertreter indirekt seine Zustimmung dazu, daß der Vorstand weitere Konzessionen an die Kerzte nicht habe machen können und im Falle Wendland (die übrigen Forderungen der Kerzte standen nicht mit zur Debatte), fortreist verfahren sei.

In Pöln sollen jetzt auch die Apotheken von der Aufsichtsbehörde gegen die Krankenkassen mobil gemacht werden. Wie die „Rheinische Zeitung“ berichtet, verweigern die Apotheken die Ausfertigung der Rezepte, die von den für die Cricklaffen thätigen neuen Kerzten gegeben werden — und zwar soll das geschehen auf Anweisung des Beigeordneten Dr. Fuchs.

Die Paderinner einer Schuhwarenfabrik mit Ladengeschäft, deren Hauptbeschäftigung darin bestand, die Schnürsenkel in die Stiefel einzuziehen und die Stiefel in Kartons zu verpacken, erachtete das Kammergericht für gewerbliche Arbeiterinnen und nicht für Angestellte im kaufmännischen Teil des Betriebes. Die Chefes wurden auf Grund der Gewerbe-Ordnung zu Geldstrafen verurteilt, weil sie die Paderinner in ihrem Fabrikbetriebe des Sonntags noch nach 5½ Uhr beschäftigt hätten.

Gewerbegerichtswahl. Nach langem Bemühen ist es der organisierten Arbeiterchaft in Pöln gelungen, die Behörden zur Errichtung eines Gewerbegerichts zu veranlassen. Nachdem die städtischen Behörden dies Verlangen der Arbeiter stets abgelehnt, wandte man sich an die Regierung, und diese wies die Stadt an, ein Gewerbegericht ins Leben zu rufen. Am Montag, Dienstag und Mittwoch voriger Woche fanden nun die Vertreterwahlen, 36 an der Zahl, statt. Die vom Gewerkschaftsrat aufgestellten 18 Arbeiterkandidaten wurden glatt gewählt, während aus den Reihen der Arbeitgeber nur 3 von unrer Seite gewählt wurden, darunter Landtagsabgeordneter Paul Seige.

# Verammlungen.

Der Metallarbeiter-Verband hatte am Sonntag nach Kellersaal eine Versammlung einberufen, die der Aussprache über das Verhalten des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter diente. Der Referent Cohen sprach über das Thema: „Koalitionsrecht und Koalitionszwang“. Unter Hinweis auf eine Anzahl bekannter Einzelfälle polizeilichen Vorgehens gegen streikende Arbeiter, sowie gerichtlicher Urteile aus Anlaß der Metallarbeiterstreiks in Berlin zeigte der Redner, daß das Koalitionsrecht für die deutschen Arbeiter nur auf dem Papier steht, da dessen praktische Ausübung durch Behörden und Unternehmer fast unmöglich gemacht wird. Das Bestreben der Unternehmer geht dahin, das geltende, schon aufs äußerste beschränkte Koalitionsrecht noch weiter einzengt zu sehen. Der Zentralverband der Industriellen Deutschlands sammelt Material, um die Gesetzgebung nach dieser Richtung zu beeinflussen. Um für die Beiträgungen Stimmung zu machen, wird von Seiten der Unternehmer behauptet, die freien Gewerkschaften machen das Koalitionsrecht zu einem Koalitionszwang, sie üben, so wird gesagt, einen unerbörten Terrorismus auf Nichtorganisierte und Angehörige andrer Organisationen aus, um diese zum Beitritt in die freien Gewerkschaften zu zwingen. Alle diese Behauptungen, die sich entweder auf unwahre Angaben oder höchstens auf unbedeutende, maßlos aufgebaufachte Vorgänge stützen, haben keinen andren Zweck, als die Regierung zu gezielten Maßnahmen gegen die Gewerkschaften scharf zu machen. Alle Arbeiter ohne Unterschied haben die dringendste Veranlassung, sich gegen derartige Versuche, das Koalitionsrecht nach weiter zu beschränken, entschieden zu wehren. Nicht nur die freien Gewerkschaften, sondern auch die Hirschlichen und Hirsch-Dunderschen Organisationen müßten sich die Verteidigung des Koalitionsrechts angelegen sein lassen. Statt dessen haben wir gesehen, daß der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter am Freitag vor acht Tagen eine Versammlung abhielt, die keinen andren Zweck hatte, als den Metallarbeiter-Verband zu beschuldigen, daß er die Gewerbevereiner terrorisierte. Was als angeblicher Beweis für die Behauptung vorgebracht wurde, waren nichts als keine unbedeutende Reibereien, welche in Werkstellen, wo Mitglieder verschiedener Organisationen nebeneinander arbeiten, hier und da wohl vorkommen, die aber nie einen ernsten Charakter haben, und die nur in denunziatorischer Absicht zu terroristischen Handlungen aufgebaufacht werden können. Ja selbst auf völlig unwahre Angaben, die ihnen von irgend einem unzuverlässigen Gewährsmann zugebracht sind, kam es den Leitern des Gewerbevereins nicht an. So wurde in ihrer Versammlung behauptet, daß der Metallarbeiter-Verband durch unlautere Mittel Mitglieder werbe. Gelegentlich eines Schloßerstreiks in der Freesehnen Fabrik sollen zwei Mitglieder des Gewerbevereins zum Verbands hinübergezogen worden sein durch das Versprechen, ihre Mitgliedsdauer im Gewerbeverein werde ihnen im Verbands angedreht, und dies Versprechen sei nicht gehalten worden. Die Feststellungen haben nun ergeben, daß gelegentlich jenes Streiks nur ein Mitglied zum Verbands übergetreten ist, und der Bestreffende hat schriftlich erklärt, daß sein Uebertritt vollkommen freiwillig war, daß ihm keine Versprechungen gemacht worden sind und daß ihm gegenüber der Metallarbeiter-Verband seine Verpflichtungen erfüllt hat, sodas die von Hirsch-Dunderscher Seite aufgestellten entgegenstehenden Behauptungen aus den Fingern gesogen sind. Noch eine ganze Reihe ähnlicher haltloser Angaben des Gewerbevereins führte der Redner an und erwiderte, daß sie unwahr sind. Ferner erinnerte er an das unsolidarische Verhalten der Gewerbevereinsleitung bei dem Metallarbeiter Streik und andren Gelegenheiten, wo die Hirsch-Dunderschen die Interessen der Arbeiter geschädigt und die Geschäfte des Unternehmertums besorgt haben. Die Gewerbevereiner hätten am wenigsten Ursache, sich über Terrorismus zu beklagen, da sie, wo sie in der Mehrheit sind, selber den schärfsten Terrorismus gegen andre ausüben. So nehme der Meister in der Englischen Gasanstalt nur Arbeiter vom Radtwiel des Gewerbevereins an, so daß dieser

Betrieb den außerhalb des Gewerbevereins stehenden verschlossen sei. Die unbegründeten Denunziationen, welche die Gewerbevereiner gegen den Metallarbeiter-Verband richteten, sollen wohl zeigen, daß die Gewerbevereiner zu den staatsverhätenden Elementen gehören, denen die Interessen der Unternehmer mehr am Herzen liegen wie die Interessen der Arbeiter, und die man deshalb von etwaigen gegen die Gewerkschaften gerichteten Unterdrückungsmaßnahmen ausnehmen kann. Durch dieses verwerfliche Treiben haben sich die Gewerbevereiner selbst gerichtet. — Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat folgte eine lange Diskussion, hervorgerufen durch das Auftreten eines Gewerbevereinsmitgliedes, welches verschiedene herzlich unbedeutende und nichtsfagende Dinge nach der Art der besprochenen Gewerbevereinsversammlung gegen den Metallarbeiter-Verband ins Feld führte. Die Folge der Ausführung des Gewerbevereiners war, daß mehrere Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes seine Angaben in Einzelnen zerstückelten, als haltlos nachwiesen, und weiter ein Bild von dem arbeiterfeindlichen Verhalten des Gewerbevereins bei den letzten Streiks der Metallarbeiter entrollten. Nach mehrstündiger Debatte nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, in der gesagt wird: Da feststeht, daß der Central-Verband der Industriellen Deutschlands und die mit ihm sympathisierenden Kreise systematisch auf die Beseitigung oder doch auf die weitere Einschränkung des Koalitionsrechts hinarbeiten, und daß sie zu diesem Zweck alles ihnen tauglich erscheinende Material sammeln, so ist es geradezu ein Verbrechen der Sache der Arbeiter, und heißt es, den Scharfmachern Wasser auf die Mühle liefern, wenn der Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter (S. D.) gerade jetzt mit seinen noch dazu vollständig unbegründeten und unberechtigten Angriffen gegen den Metallarbeiter-Verband kommt. Eine Organisation, die so wie der Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter gegenwärtig handelt, kann nicht als Organisation betrachtet werden, die als Zweck hat, die Interessen der Arbeiter vorzunehmen. — Die Versammlung mannt deshalb alle Metallarbeiter vor dem Beitritt zu dieser Organisation.

# Der russisch-japanische Krieg.

London, 15. Februar. Die „St. James Gazette“ meldet aus Kobe vom Freitag, den 12. d. M.: Infolge des Angriffs der Russen auf unbewaffnete Kaufahrtschiffe beschloß die japanische Regierung alle ihr in die Hände fallenden russischen Schiffe ohne Rücksicht auf das Datum ihres Abganges wegzunehmen. Fünf in Saseho beschlagnahmte Kaufahrtsfahrer, welche man in einigen Tagen freigegeben wollte, wurden nun dem Kriegsgericht überwiefen.

## Russische Meldungen.

Petersburg, 15. Februar. Ein Telegramm des Statthalters Alzejew vom heutigen Tage meldet, daß nach telegraphischer Mitteilung des Chefs der Kreuzerabteilung Kapitän Reizenstein die Abteilung unweit der Tugurischen Straße einen Dampfer vernichtete und drei Tage lang einen starken Sturm bei 9 Grad Frost und Schneegestöber aushielt. Der Feind sei der Abteilung nicht begegnet. — General Pflug meldet aus Port Arthur von heute, im Laufe des gestrigen Tages war die Lage in Port Arthur unverändert. — Aus Inlau verlautet gerücheweise, die Japaner bereiteten die Landung in Tschingswanan vor. — Von der Grenzwahe ist eine Meldung eingetroffen, daß gestern unweit der Station Schabepu auf der Hsinmintuner Polstrasse eine reitende Patrouille sichtbar wurde, die man wegen ihrer Tracht für eine japanische hielt. Eine gleiche Meldung liegt auch von der Station Injatun vor. Wie die Nachforschungen ergeben haben, haben feinerlei japanische Panzerfahrer auf der Reede von Ladungou gelegen.

## Der russische Kreuzer „Kolob“ gesunken.

Tokio, 14. Februar. Der japanische Konsul in Tschifu meldet, daß der Kapitän des amerikanischen Dampfschiffes „Viades“, welches von Port Arthur eingelaufen ist, berichtet, daß der durch japanische Granaten beschädigte russische Kreuzer Kolob, der im inneren Hafen lag, am Sonntag des 13. Februar gesunken ist. Die russischen Verluste sollen sich, soweit bekannt, auf 29 Tote und 60 Verwundete auf den Schiffen und 2 Tote in den Befestigungen des Golden Hill belaufen.

Tokio, 15. Februar. Nahon Nagasaki, Saseho, Oussime, Salsade sind Belagerungszustand erklärt.

## Verhaftung und Mithendlung japanischer Flüchtlinge.

Mitsuhawang, 12. Februar. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Etwa fünfzig Japaner, die sich auf dem Wege nach Tientsin befanden, sind in Tschitschiao an der mandchurischen Bahn angehalten und nach Port Arthur gebracht worden. Ihre Frauen sind unter militärischer Bewachung hier eingetroffen. Der hiesige amerikanische Konsul Miller hat die Freilassung der letzteren erwirkt. Admiral Alzejew aber ihre Wiederinhaftnahme angeordnet. Sie sind sobam mit allen übrigen in der Mandchurei befindlichen Japanern ebenfalls nach Port Arthur geschafft worden. Konsul Miller hat sein Verhalten auf frühere Zusicherungen gegründet, welche die russischen Behörden dem japanischen Konsul erteilt hätten, daß nämlich alle Japaner gefaßt und ihnen gestattet werden solle, das Land zu verlassen, wenn sie es wünschten. Der Konsul hat ferner gegen die grausame Behandlung Einspruch erhoben, welcher die japanischen Flüchtlinge angeblich von russischen Soldaten ausgefetzt gewesen sind. Auch gegen einen ungarischen Reisenden hatten sich russische Soldaten grobe Ausschreitungen erlaubt, und den Konsul Miller, an den er sich gewandt hatte, bedroht. Der kommandierende Offizier hat den Beteiligten sein Bedauern über den Vorfall ausgedrückt. Was die Behandlung der Flüchtlinge anlangt, so hat nunmehr der russische Civiladministrator persönlich die Sorge für deren zweckmäßige Behandlung übernommen.

## Man freue sich nicht!

Konstantinopel, 15. Februar. Infolge einer Audienz des russischen Botschafters Sinowjew beim Sultan am Freitag wurde ein Trabe veröffentlicht, das den Russen an den Hals, ihre Genugthuung über die russische Niederlage auszudrücken.

# Letzte Nachrichten und Depeschen.

## Gebäude-Einsturz.

Köln, 15. Februar. In Patateillo stürzte gestern das neue Konsumvereins-Gebäude ein, wobei eine Frau getötet und drei Personen schwer verletzt wurden. Der Einsturz erfolgte durch die Erschütterungen des in dem Hause befindlichen, zum erstenmal in Betrieb gesetzten elektrischen Betriebes. (Köln. Ztg.)

## Die Aussperrung der Diamantarbeiter.

Amsterdam, 15. Februar. (B. Z. B.) Nachdem die Diamantenschleifer beschlossen haben, für diese Industrie eine Anzahl Lehrlinge zuzulassen, haben die Arbeiter heute nachmittag in einer Versammlung den Vorschlag gemacht, eine Kommission zur Untersuchung der Arbeitsbedingungen zu ernennen. Die Arbeitgeber haben darauf den Beschluß gefaßt, um Mitternacht vom 17. zum 18. d. M. die Aussperrung zu beginnen. Minister Kuyper hat eine Vermittelung zugefagt, um den bestehenden Differenzen ein Ende zu machen.

Barcelona, 15. Februar. (B. Z. B.) Ausfällige verurtheilte die Fabrik eines Wagenbauers in Brand zu stecken. Der Chef der Polizei sandte infolgedessen dem Gouverneur eine Mitteilung, in welcher er darauf hinwies, daß der Zeitpunkt gekommen sei, strengste Maßregeln gegen die Ausfälligen zu ergreifen. Es wurden zahlreiche Flugblätter verteilt, in welchen die Arbeiter gegen die Bürger aufgereizt werden.

Warschau, 15. Februar. Gelegentlich einer gestrigen Kundgebung an der zahlrechen Studenten, sowie eine große Volksmenge teilnahmen, schoß der irrsinnig gewordene Graf Demboky, der sich in der Wohnung eingeschlossen hatte, vom Balkon auf die Menge, wobei drei Personen getötet und zwanzig verwundet wurden. Erst nachdem es gelungen war, den Grafen selbst durch einen Schuß zu verwunden, konnte er festgenommen werden.

Reichstag.

33. Sitzung. Montag, 15. Februar 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky. Zum Mitgliede der Reichsschuldenkommission an Stelle des ausgeschiedenen Abg. Engelen (C.) wird auf Vorschlag des Abg. Dr. Spahn (C.) der Abg. Erzberger (C.) gewählt. Darauf wird die zweite Lesung des Etats fortgesetzt beim Etat des Reichsamts des Innern, Kapitel „Reichs-Versicherungsamt“.

Abg. Frickhoff (Soc.):

In der Spruchpraxis des Reichs-Versicherungsamtes bestehen noch wie vor außerordentlich gegenteilige Anschauungen bei den Arbeitervertretern auf der einen Seite und bei den Arbeitgebervertretern und Richtern auf der anderen Seite. Unsere gegenteilige Stellungnahme hat bisher nicht dazu geführt, die Ungleichheit zu beseitigen. Es ist auch vielfach Zufall, vor welchen Senat die Sache kommt, ebenso wie es Glück oder Unglück sein kann, ob eine Strafsache vor eine bestimmte Strafkammer kommt. Die einzelnen Senate der Reichs-Versicherungsämter sollten nicht mehr als fünfzehn Unfallsachen auf eine Tagung legen. Wenn die Akteure sich weiter so anhäufen, wird nichts übrig bleiben, als eine Vermehrung der Senate. Auch die Schiedsgerichte sind überlastet. Sie sollten höchstens zehn Sachen an einem Tage erledigen.

Graf Posadowsky hat mit Recht darauf hingewiesen, daß manche Baugewerks-Verusgenossenschaften ihren Pflichten in der Unfallverhütung durchaus nicht genügen. Zwar haben einzelne Baugewerks-Verusgenossenschaften, besonders auch die sächsische, gute Unfallverhütungs-Vorschriften, aber was nützt es, wenn diese auf dem Papier stehen bleiben? Die Vorschriften werden nicht durchgeführt, weil die nötige Kontrolle fehlt. Graf Posadowsky sagte mit Recht, daß seitens der Baugewerks-Verusgenossenschaften eine ungenügende Anzahl technischer Beamten zur Kontrolle bestellt sei. Noch wichtiger aber ist die Hinzuziehung der Arbeiter zur Durchführung der Unfallverhütungs-Vorschriften. (Sehr richtig!) Bei den Socialdemokraten.) Die Berufs-genossenschaften würden selbst sehr gute Geschäfte machen, wenn sie aus den Reihen der Versicherten sachverständige Kontrolloren den technischen Beamten als Assistenten zur Seite stellten. Mancher Arbeiter würde dann seine gesunde Knochen behalten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) In Bayern und speziell in München hat man einen Anfang damit gemacht. Erst dann bekommen die Arbeiter ein wirkliches Interesse an der Durchführung der Unfallverhütung.

Dr. Mugdan und Dr. Veder haben wieder nicht genug über die Schlichtigkeit der Socialdemokraten zeteren können, die den Arbeitern die schöne Socialreform verleben. Solche Reden haben schon viele Abgeordnete vor ihnen gehalten, aber es hat nichts genützt; denn Roß und Reiter sah man bei der nächsten Reichstagswahl nicht wieder. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten und Heiterkeit.) Ich prophezeie den Herren Dr. Mugdan und Dr. Veder, daß auch sie hier nur eine Gastrolle geben, obwohl sie wirklich keine Primadonnen sind. (Große Heiterkeit.) Dafür werden die Arbeiter sorgen. Dr. Mugdan hat seine Rolle als Regierungskommissar so vorzüglich gespielt, daß er sich ruhig neben Herrn v. Kardorff setzen könnte. Wir brauchen auf unserer Seite noch Platz, wenn wir die Nationalliberalen und das Centrum zermieren sollen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Gewiß sind die gegenwärtigen Verhältnisse besser als früher, aber man hat durchaus keine Ursache, soviel Aufsehens von der bisherigen Socialpolitik zu machen. Wenn mein Freund Stadthagen auch im einzelnen mal zu weit geht (Stadthagen ruft laut: Niemand! nie als!) — Große Heiterkeit! — aber dieses frühe Vorwärtsehen ist mir tausendmal lieber, als wenn man mit Striden nachhinkt, wie es Dr. Mugdan thut. Ich habe hunderte von öffentlichen Vorträgen in dem Sinne gehalten, daß die weiblichen Versicherten ihre Beiträge nicht zurückfordern sollen. Die freiwillige und Weiterversicherung ist in ganz Deutschland unzulänglich; wir müssen energisch für ihren weiteren Ausbau und weitere Ausdehnung eintreten. Herr Dr. Mugdan hat über die bösen socialdemokratischen Krankenkassen-Vorstände gezeiert, die den Ärzten die freie Arztwahl durchaus nicht geben wollen. Aber an welchem Streik ist denn eigentlich die Socialdemokratie besonders interessiert. Die Dresdener Arbeitgebervertreter verwarfen sich in einem offenen Schreiben dagegen, majorisiert worden zu sein, alle Beschlässe seien einstimmig gefaßt worden. Und bei dem einstimmigen Beschluß des Krankentages in Leipzig, waren dabei nur Socialdemokraten beteiligt? (Dr. Mugdan: Ja!) Dann haben wir Regierungsbeamte, Gemeindebeamte und Kommerzienräte massenhaft in unsrer Partei. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Generaldirektor Lehner, der Vorsitzende der Kölner Krankenkasse, ist doch auch kein Socialdemokrat. Und das Kaiser-Telegramm? Unsere Parteigenossen haben dagegen protestiert, daß man den Kaiser in diese Angelegenheit hineinzieht. Auch das Gros der Centrumsarbeiter ist gegen die freie Arztwahl. Als die Selbstverwaltung der Kassen eingeschänkt wurde, hat man auch den Centrumsarbeitern vorgeworfen, sie hätten bei der Kassenverwaltung aus parteipolitischen Rücksichten die schwersten Verbrechen begangen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ich könnte auch die betreffende Stadt nennen, wenn ich sie nicht durch private Mitteilungen eines Regierungsvertreters wüßte. Herr Schwallert vom evangelischen Arbeiterverein, ebenso die „Germania“, werfen den Ärzten einseitigen Standpunkt vor. Selbst die nationalliberale „Königliche Zeitung“ muß die Zuschrift dreier lautmännlicher Krankenkassen über die Wirkung der freien Arztwahl aufnehmen. Diese zählten bei freier Arztwahl in den Jahren 1897—1900 an Arzthonorar 20, 17, 18 1/2 M. pro Kopf und Kopf, als sie die beschränkte freie Arztwahl einführen, in den Jahren 1901—1903 nur 10, 9, 9 M.; an Krankengeld in den Jahren 1897—1900 18, 13, 17, 22 M., in den Jahren 1901 bis 1903 8 1/2, 9 und 6 M. pro Kopf und Mitglied. Bekanntlich ist auch der Eisenbahnminister Budde ein Gegner der freien Arztwahl. Bei der Zusammenkunft der Eisenbahnärzte in Leipzig wollte man über die freie Arztwahl reden, aber der vorstehende Beamte verbot darüber zu sprechen, weil Excellenz Budde davon nichts wissen wolle. Bei der Reichs-Versicherungs-Krankenkasse in Jena, die 1700 Krankenversicherungspflichtige zählt und seit langen Jahren die freie Arztwahl hat, ging in den neunziger Jahren, als nur drei Ärzte in Jena waren, alles gut. Inzwischen stieg die Zahl der praktischen Ärzte auf 14. Dazu kamen 10 Akademiker und 5—6 Zahnärzte. In gleichem Verhältnis stieg das Arzthonorar z. B. von 1898 bis 1902 von 11,57 auf 17,53 M., die Ausgaben für Medikamente in den gleichen Jahren von 3,12 auf 7,03 M., für Krankengeld von 9,17 auf 12,75 M. Und der Reichliche Betrieb ist doch kein socialdemokratischer. Die Herren dort haben in der objektivsten Weise nachgewiesen, daß die freie Arztwahl für die Krankenkassen ruind ist. In Berlin soll alles aufs beste eingerichtet sein. Warten Sie nur ab, Herr Dr. Mugdan, wir werden auch hier Erhebungen anstellen und das Ergebnis dem Hause mitteilen. Man hat den Arbeitern Terrorismus vorgeworfen. Wir haben wirklich Terrorismus nie in Schach genommen, aber die Ärzte gehen jetzt in einer Weise vor, die bei den Arbeitern sofort mit dem Erpressungsparagrafen bestraft werden würde. Bei der Arbeitseinstellung in Magdeburg haben die Ärzte neben freier Arztwahl und Bezahlung der Einzelleistung auch die Entlassung des Rentanten nachgedacht, vielleicht, weil er einzelnen ein unangenehmer Aufpasser ist, oder einem einmal die Wahrheit gesagt hat. Ebenso in Pasing bei München. Da nicht da noch die Selbstverwaltung der Kassen? Die Ärzte wollen aus der

Kasse nehmen, soviel sie mögen und außerdem noch den Vorstand einsetzen. Auch in Köln ist die Sache gegenwärtig noch nicht entschieden. Infolge des Kaiser-Telegramms soll die dortige Behörde zur Neuprüfung angehalten sein. Dann wollen wir sehen, ob die Kasse die Konventionalstrafe für Nichtinnehaltung der Verträge, die vor dem Eingreifen der Behörde von ihrem Vorstand rechtsgültig abgeschlossen sind, nicht tragen müssen oder nicht. Wir haben ja auch in Grimnitzau ein Eingreifen der Behörden bei dieser Gelegenheit gesehen: Dort haben die Behörden wiederrechtlich eingegriffen — ich gebe zu, daß ich als Kassenvorstand den Betrag, um den es sich handelte, ohne weiteres bewilligt hätte — und Verträge mit den Ärzten abgeschlossen gleich am sieben Jahre, sie haben gleich ein Septennat zu stande gebracht. (Heiterkeit.) Im Grimnitzauer Textilarbeiterstreik griffen die Behörden auch ein, aber nicht zu Gunsten der Streikenden; beim Krankentagesstreik stellen sie sich auf Seiten der Ärzte, weil es sich um Anhänger der besitzenden Klassen handelt! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Dr. Veder hat mir gegenüber behauptet, auch die Dresdener Ärzte seien unzufrieden. Ja, allerdings rebellieren dort diejenigen Ärzte, die von der Ortskrankenkasse nicht angestellt sind und auch bei ihr praktizieren möchten. In Dresden giebt es 400 Ärzte, von der Ortskrankenkasse sind ungefähr 180 angestellt. Nicht die Kassenzurückgebliebenen, sondern die Kassenzurückgebliebenen haben vielmehr einen Verein gegen freie Arztwahl gegründet, um den Ansturm ihrer Kollegen abzuwehren zu können. Sie werden von der Kasse anständig bezahlt und behandelt und verlangen nichts mehr. Der sächsische Geheimrat Fischer hat sich ja über die Ausführungen Dr. Veders sehr gefreut, er lachte über das ganze Gesicht; ich habe ihm leider seine Freude zerstören müssen. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Socialdemokraten.)

Kun ist ja wieder manches über die Beteiligung der Socialdemokraten bei Krankenkassenfabuliert worden. Von den über 0 1/2 Millionen Krankenversicherten gehören aber nur etwa 4 1/2 Millionen den Orts-Krankenkassen an, die übrigen entfallen — abgesehen von Doppelversicherungen — auf die Betriebs-, Innungs-, freie Hilfskassen usw. Danach ist die größte Zahl der Krankenkassen vor socialdemokratischem Einfluß von vornherein gesichert. In den Betriebs-Krankenkassen haben wir so gut wie gar nichts zu sagen; dort regieren die Unternehmer fast absolut. Aber auch von den Orts-Krankenkassen steht nur eine verhältnismäßig sehr geringe Zahl unter socialdemokratischem Einfluß. Noch nicht 20 Proz. der trankenversicherungspflichtigen Personen werden durch socialdemokratische Kassenbeamte oder -Vorstände „regiert“, wenn ich so sagen darf: Die Dreimillionen-Partei eigentümlich einen weit größeren Einfluß im Krankenkassenwesen haben, als es tatsächlich der Fall ist. (Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Kun hat Genosse Erzberger — (Große Heiterkeit), Herr Erzberger auch wieder gesagt, daß die Socialdemokratie die guten Posten in den Krankenkassen für sich in Anspruch nehme. Wenn ein Socialdemokrat fähig ist, warum soll er, zumal ihm jede Anstellung in Gemeinde, Staat und Reich verschlossen ist, nicht ebenso gut ein Anrecht auf Anstellung bei den Krankenkassen haben wie jeder andre? In erster Linie kommt für uns die Befähigung in Betracht. Wir sind ja keine Engel (Kaute Puse im Centrum und rechts: Sehr richtig!) — Große Heiterkeit! — das hat schon Webel gesagt, aber wenn wir die Amsthatigkeit der socialdemokratischen Kassenbeamten mit der Thätigkeit von andern Parteien zugehörigen Kassenbeamten vergleichen, so brauchen wir uns nicht zu schämen. (Sehr richtig! b. d. Soc.) Auch über die Thätigkeit von Beamten, die dem Centrum angehören, sind ja Klagen genug vorhanden. Aber es wäre thöricht, das Centrum dafür verantwortlich zu machen. Jedenfalls lassen die socialdemokratischen Beamten sich von niemand an Unparteilichkeit und Objektivität übertreffen.

Dr. Mugdan sagte, die Angriffe der Ärzte richteten sich nicht gegen die Krankenkassenmitglieder, sondern gegen die hochbeinigen Kassenvorstände. So liegt die Sache nicht, wir haben in diesen Fragen die Mitglieder hinter uns. Wollen wir die Probe machen, Herr Dr. Mugdan, und in das größte Lokal Berlins eine Versammlung der Versicherten einberufen? Wenn Sie dann 10 Proz. der Versicherten auf Ihrer Seite haben, so gebe ich 20 M. in den freistimmigen Wahlfonds. (Heiterkeit.) Wenn die Versicherten nicht hinter uns ständen, so könnten wir uns mit unsrer Stellungnahme gar nicht halten, wir würden hinweggefegt, und auch die Gewerkschaften würden gegen uns Kassenvorstände Stellung nehmen. Herr Dr. Mugdan, Sie werden nicht allein mit den Kassenvorständen zu thun bekommen, sondern auch mit den Gewerkschaften. (Abg. Dr. Mugdan ruft: Ich habe keine Angst!)

Wir Kassenvorstände wollen keineswegs, wie Herr Dr. Mugdan meinte, „Herren im Hause“ sein, wir vertreten keine persönlichen Interessen, sondern es handelt sich um die Existenz der Kassen, um die Wahrnehmung der Interessen der Versicherten! Wir kämpfen um Idealismus im Interesse anderer, die Ärzte aber kämpfen für sich selbst, vielfach aus nachstem Egoismus. (Gravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Frhr. Deyl zu Herrnsheim (natl.):

Bei der zweiten Lesung des Wudergesetzes haben von den Socialdemokraten bei der wichtigsten Abstimmung 29 Herren gefehlt; einzelne der Herren haben in der That dafür gestimmt. Für Artikel IV haben achtzehn der Herren gestimmt, während fünfzehn dagegen stimmten. Herr Stadthagen behauptet, daß in der dritten Lesung anders abgestimmt worden sei. Da in dieser Lesung keine namentliche Abstimmung erfolgte, ist man auf einem Indizienbeweis angewiesen. Es ist ja möglich, daß einzelne der Herren sich für das Wudergesetz ausgesprochen haben. Wir standen aber immer noch unter dem Eindruck einer Rede, worin der Socialdemokrat Schweiger gesagt hat, er würde aus Bescheidenheit für das Gesetz stimmen, um die Auffassung des kleinen Kapitals zu fördern. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Angesichts dieser Aeußerung und angesichts der erwiesenen Teilnahmlosigkeit der Socialdemokratie bei der Frage der Zinsbeschränkung ist meine Auffassung von der damaligen Haltung der Partei erklärlich. Abgeordneter Dr. David hat mir weiter vorgeworfen, daß ich Müllerand unrichtig citiert hätte. Ich habe aus den Reden Müllerands einzelne Ansprüche zusammengestellt und sie dem Inhalt nach mitgeteilt. (Aha! bei den Socialdemokraten.) Ich habe nie daran gedacht, diese Stellen als ein wörtliches und zusammenhängendes Citat zu bezeichnen. (Aha! bei den Socialdemokraten.) Ich muß den Vorwurf der Unwahrheit, den Abg. Dr. David gegen mich erhoben hat, aufs allerenergischste zurückweisen. Müllerand hat die Versicherungs-gesetze das höchste Recht des Arbeiters, das Recht auf Leben, genannt, während Abg. Webel in Worten eine höchst geringe Meinung von den Versicherungsgesetzen ausgedrückt hat. Müllerand hat in einer weiteren Rede gesagt, auf die Utopien in der Richtung auf den Zukunftsstaat müsse Verzicht geleistet werden, weil sie durch die Wirklichkeit jeden Tag widerlegt würden. Das steht ebenso im Widerspruch zu dem socialdemokratischen Manifest und dem Erfurter Programm, wie die Aeußerungen Müllerands über das Eigentum, die Redner französisch citiert. Müllerand erklärt darin das Eigentum für die Grundlage der Freiheit, während die Socialdemokraten die Konfiskation des Eigentums nicht bloß von Grund und Boden und der Produktionsmittel, sondern auch der Werkzeuge verlangen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Müllerand hat weiter in einer Aeußerung über die französische Armee große Begeisterung für die historische Vergangenheit dieser Armee an den Tag gelegt. Ich behaupte, daß ich die löbliche Zeit des Reichstags durch die Erörterung dieser Frage fortnehmen muß, aber

wenn ich nicht Widerspruch erhebe, geht es durch die ganze socialistische Presse. Weiter hat Abg. Stadthagen behauptet, Finanzminister Gnauch habe mir eine sogenannte Abfuhr zu teil werden lassen.

Ich habe behauptet, daß der Abg. Ulrich in der Darmstädter Kammer einen Antrag eingebracht hätte, wonach die Stempelsteuer in Hessen, die unter andrem auch eine sehr hohe Fideikommisssteuer in sich schließt, aufgehoben werden und durch eine Progression der Einkommensteuer und eine erneute Progression der Vermögenssteuer ersetzt werden soll. Ich habe Bezug darauf genommen, daß bei der Ausrechnung dieses Antrages eine bestimmte Stala zu Grunde gelegt werden muß, weil die bestimmte Summe von drei Millionen Mark, die jetzt von 7000 Steuerzahlern aufgebracht wird, durch diesen Antrag ersetzt werden soll. Hieraus ergab sich für jeden verständigen Menschen von selbst, daß dem Antrage eine bestimmte Stala zu Grunde lag. Ein Mitglied des Finanzausschusses der hessischen Kammer hat mir den Ulrichschen Antrag und die Verhandlungen darüber mitgeteilt. Außer diesem Antrage aber hat Ulrich auch noch aus dem Handgelenk eine Stala entworfen, als deren Wirkung man mir die Progression der Einkommensteuer bis auf 118 angab. Nun ist es richtig, daß die Stala, die Ulrich vorgelegt hat, nicht der Stala entspricht, die in dem Antrag Ulrich vorhanden war. In der später vorgelegten Stala wurde die Progression nach oben abgeschwächt, dafür aber eine Belastung des Mittelstandes bis auf äußerste vorgenommen. Die Ulrichsche Stala ist deshalb noch viel gefährlicher als sein Antrag, der auch einen vollständigen Raubzug gegen die höheren Klassen bedeutet. (Lachen bei den Soc.) An rechnerische Einzelheiten hat Herr Ulrich bei seinem Antrage kaum gedacht. Es genügt ihm, die Abschaffung der Stempelsteuer und ihren Ersatz durch eine progressivere Einkommensteuer zu beantragen. Er dachte, abgelehnt wird mein Antrag ja doch, aber ich erfülle das socialdemokratische Programm. Der hessische Finanzminister Gnauch aber hat in seiner klugen Art sofort eine Ausrechnung vornehmen lassen und hat dabei festgestellt, daß die Durchführung des Ulrichschen Antrages eine Progression von 118 Proz. bewirken würde. Die Ulrichsche Stala sah eine Progression von 60 Proz. vor. Herr Ulrich hat in einer sehr aufgeregten Rede in der hessischen Kammer mich der wissentlichen Unwahrheit geziehen. Herr Gnauch hat, um ihn zu beruhigen, gesagt, daß ich in einer Beziehung unrecht hätte, insofern die Stala mit den 118 Proz. nicht von Ulrich herrührt, daß aber auf der andern Seite die Konsequenz des Ulrichschen Antrages eine außerordentliche Bedrückung der besitzenden Klassen bis zu einer Einkommensteuer von 118 Proz. bedeute. Herr Ulrich ist nach dem Rezept vorgegangen, die Ausarbeitung der Gesetzentwürfe den geheimen Räten zu überlassen.

Bei der Expropriation wollen die Socialdemokraten keine Entschädigung gewähren, aber ich habe für mein Gut eine solche gewährt. Sonst könnte man ja schließlich auch sagen, Webel habe den früheren Besitzer seiner Villa expropriert. (Heiterkeit rechts.) Darum ist der Vergleich zwischen der jetzigen und der zukünftigen Expropriation falsch. Im kommunistischen Manifest wird z. B. die Konfiskation des Eigentums aller Emigranten gefordert. Diesem Grundsatze folgend, müßten wir auf das Schärfste gegen diese Partei vorgehen. Herr v. Elm schreibt in den „Socialistischen Monatsheften“: Wer nicht gerade so denkt wie Webel, nicht widerspruchlos anerkennt, was er sagt, muß abgesetzt werden.“ Wenn die bürgerlichen Parteien so dächten, müßten sie Herrn Webel rasch und gründlich „absetzen“. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Ich siehe ja nicht auf dem Standpunkt, daß dies auf dem Wege der Gesetzgebung geschehen muß (Lachen bei den Socialdemokraten); aber nachdem wir gesehen haben, daß es den Volksvertretern gelungen ist, 3 Millionen Stimmen zu gewinnen (Aha! bei den Socialdemokraten), müßten alle bürgerlichen Parteien sich um so fester zusammenschließen und glauben, daß jeder socialdemokratische Angriff auf einen deutschen Mann ein Ehrenzeichen ist, das er auf seiner Brust trägt. (Dehfter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Robert Schmidt-Berlin (Soc.):

Ich will weder über die hessische Einkommensteuer, noch über den Modus der Expropriation sprechen, sondern zum Reichs-Versicherungsamt zurückkehren. Graf Posadowsky hat sich einigen Anregungen aus dem Hause gegenüber sehr entgegenkommend verhalten. Er versprach, die Abmessung der Rente die lokalen Verhältnisse mehr zu berücksichtigen. Dadurch kann ein verletzter Arbeiter, der in seiner ganzen Gegend keine Arbeit mehr findet, höher entschädigt werden. Wenn er aber in seiner Gegend noch lohnende Arbeit findet, gering entschädigt wird und nachher aus der Gegend fort muß, so liegt die Sache ungelehrt. Da müßte ich doch aber lieber den bestehenden Zustand festhalten. Vor allem aber darf das Reichs-Versicherungsamt in seiner Rechtsprechung keineswegs zu Gunsten der Lokalinstanten beschränkt oder engeengt werden. Das wäre ein sehr großer Rückschritt in der Socialgesetzgebung. Ich unterschreibe zwar, was über die unsoziale Judikatur, insbesondere über die enge Umgrenzung des Betriebsunfalls gesagt worden ist. Aber andererseits habe ich die Erfahrung gemacht, daß ein großer Teil der dortigen Beamten auf socialpolitisch vorgeschrittenem Standpunkt steht. Bei einigen Vorstehenden ist das Interesse in jeder Weise gewahrt und deshalb haben wir ein großes Interesse daran, daß der Einfluß des Reichs-Versicherungsamts nicht zurückgeht. Die zweite Anregung bezog sich auf die Hinzuziehung eines ärztlichen Gutachters zu den Spruchsenaten des Versicherungsamts. Dagegen habe ich eine große Zahl von Bedenken. Es liegt eine große Gefahr darin, daß dieser Arzt den Verletzten nur nach dem Anblick beurteilt, daß gegenüber seiner Autorität die der andern Gutachten zurückträte, daß seine eventuell abweichenden theoretischen Anschauungen sich durchsetzen.

Auch das Verfahren vor dem Reichs-Versicherungsamt, das sich bisher vorteilhaft von dem bei den Schiedsgerichten auszeichnet, darf durch eine bloß aus fiskalischen Interessen erfolgende Herabsetzung der Richterzahl von fünf auf drei nicht gefährdet werden. Es ist behauptet worden, wir müßten alle Rentenempfänger unzufrieden. Die 10 oder 15 Proz. Rente erhalten, sindgewöhnlich durchaus zufrieden. Aber daß die, denen 50 Proz. Rente zugesprochen worden ist, sich meist in sehr unglücklicher Lage befinden, dafür ist wieder dies Gesetz, noch die Rechtsprechung in dem Maße verantwortlich, wie unsere ganze Gesellschaftsordnung. Der halb erwerbsfähige Mann findet eben keine Beschäftigung mehr. Wenn er z. B. nur sieben Arbeit verrichten kann, wie soll er diese Arbeit sich verschaffen? Wie soll er sich die Arbeit verschaffen, die eine Ausnutzung seiner geringen Erwerbsfähigkeit gestattet? Zu uns kommen eine große Anzahl von Leuten, die wir beruhigen und nach Hause schicken, sonst gäbe es 100 oder vielleicht 1000 Renten-Streitverfahren mehr. Viel Ungünstigeres ist, wie ich glaube, mit Recht über die Vertrauensärzte gesagt worden. Sie listen sich so eng mit den Berufs-genossenschaften, daß diesen das objektive Urteil verloren geht. Wichtiger als ihre Beseitigung ist das Recht des Verletzten, auch ein Gutachten beizubringen. Das ist heute noch nicht immer möglich. Die Arbeitersekretäre, die vom Reichs-Versicherungsamt anbeauftragt zugelassen werden, werden von den Schiedsgerichten zurückgewiesen. Ich bitte den Herrn Staatssekretär, eine Interpretation des Gesetzes dahin zu veranlassen, daß die Arbeitersekretäre, die für den einzelnen Fall keine Entschädigung nehmen, wenn sonst keine Bedenken vorliegen, zugelassen werden. Auch das Centrum sollte im Interesse der katholischen Arbeitersekretäre dafür eintreten.

Redner regt in weiteren den Erlaß einer Bundesrats-Verordnung an, wodurch die Interessen von Versicherten, die einen Unfall etwa in einer ausländischen Filiale eines inländischen industriellen Unternehmers erlitten haben, gewahrt werden. Eine

zweite Anregung betrifft die Bestimmungen des § 84 des Gewerbe-  
Unfallgesetzes betreffend das Wiederaufnahme-Verfahren. Die Zeugenaussagen in Rentenfragen sind in erster Instanz unendlich. Nach der  
Civilprozess-Ordnung aber kann ein Wiederaufnahme-Verfahren nur  
erfolgen, wenn eidliche Aussagen als falsch nachgewiesen  
werden. Das bedeutet eine Benachteiligung der Unfall-  
verletzten. Es müßte eine Bundesrats-Berordnung erlassen  
werden, wonach in diesem Rentenfeststellungs-Verfahren auch  
uneidliche Zeugenaussagen, wenn sie als falsch nachgewiesen  
werden, eine Wiederaufnahme rechtfertigen.

Daß die socialdemokratischen Krankenkassenmitglieder sich social-  
demokratische Beamten und Vorstände wählen, halte ich für ganz  
selbstverständlich. Das machen die Centralvereine doch ebenso. Die  
freie Arztwahl ist theoretisch gewiß viel besser als das System der  
Zwangswahl. Das Schlimme ist nur der böse Zwist, der von den  
Ärzten in die Sache hineingetragen ist. Die Ärzte haben den  
Kassen den Kampf gegen die freie Arztwahl skroniert. Die Re-  
gierung sollte doch den Arbeitern der Betriebskassen überall die  
Ergänzungen der freien Arztwahl einmal vor Augen führen! Das  
tut eben die Regierung nicht. Ich bedaure auf das lebhafteste die  
Festigkeit der Agitation in dem ganzen Kampfe. Aber die Kassen  
können Aufschlagsforderungen der Ärzte von 50 oder 100 Proz.  
nicht bewilligen. Wären die Ärzte sich mit den Kassen ver-  
ständigen und die finanzielle Lage der Kassen berücksichtigen, dann  
würde wieder Verjährung eintreten. (Bravo! bei den Socialdemo-  
kraten.)

#### Abg. Stadthagen (Soc.) mit Unruhe empfangen:

Mein Freund Frähdorf hat in Bezug auf meine Aeußerung, ich  
würde den Kranken nur gute Verstecke verschreiben, bemerkt, ich  
stellte doch manchmal etwas übertriebene Forderungen. Vom Stand-  
punkt eines Kassenvorstandes mag er recht haben. Im übrigen sind  
alle meine Freunde darin einig, daß die Arbeiter das gleiche Recht  
haben wie alle Kranken, sich ihre ärztliche und medizinische Hilfe zu  
holen, wo und wie sie wollen. Dazu gehört aber in erster  
Linie gute Nahrung und gute Luft. Die Krankenkassen  
können das leider bei der heutigen Organisation nicht  
leisten.

Herr v. Heyl ist auf viele Dinge eingegangen, die  
mit dem Wortwurf, daß er das Gegenteil der Wahrheit gesagt  
habe, nur in sehr losen Zusammenhängen standen. Auf heute hat  
er wieder — selbstverständlich objektiv im besten Sinne (Heiterkeit)  
— durch 1 das Gegenteil der Wahrheit gesagt. Ich fange an das  
Wort z. begreifen, die Hesse seien blind. (Heiterkeit.) Auf die  
Ordnung, die Herr v. Heyl an die Brust jedes deutschen Mannes ge-  
setzt zu sehen wünscht, der von der Socialdemokratie angegriffen  
ist, könnte man etwa schreiben: „Hony soit qui mal y pense“,  
oder es könnte ein Orden Philipps des Großmütigen sein. (Heiterkeit.)

Herr v. Heyl hat auch wieder von Webers Villa gesprochen.  
Weber hat sein bejagendes Häuschen schon längst zum Kauf ange-  
boten, so nehmen Sie es ihm doch ab. (Heiterkeit. Aue: Zu teuer!) Nun, ich glaube, Sie würden es zurückweisen, in der  
Dachstube zu wohnen, in der dort Weber arbeitet. (Heiterkeit.) Sie  
kommen ja mit solchen Einwänden nur, weil Ihnen sachliche Gründe  
fehlen. — In der Angelegenheit Ulrich stellte es dann Herr v. Heyl  
so dar, als ob er in allen wesentlichen Punkten recht gehabt habe.  
David hat bereits dargelegt, daß das, was Herr v. Heyl gesagt  
hatte, in allen Punkten in der That nicht mit der Wahrheit  
harmonisiert. Wenn Herr v. Heyl sagt, der heftige Finanzminister  
habe den Irrtum Davids in recht humoristischer Weise ausgeklärt,  
so weiß ich nicht, was Herr v. Heyl unter dem Begriff  
humoristisch versteht. Aus der Erklärung des heftigen Finanz-  
ministers geht hervor, daß Ulrich die Stala nicht entworfen hat, wie  
Herr v. Heyl behauptet hatte. Diese immer wiederkehrende Be-  
hauptung des Herrn v. Heyl ist also falsch. Auch im Falle Millerand  
hatte David glänzend dargelegt, daß Herrn Heyls Darstellung in  
allen wesentlichen Punkten unrichtig war. Herr Heyl aber ist nicht  
im Stande, wenn sich einmal ein Irrtum in seinem Innern fest-  
gesetzt hat (Heiterkeit), die Wahrheit zu erkennen. Der  
Sag Millerand: „Eigentum ist die Grund-  
lage der Freiheit“, soll nach Herrn v. Heyl im  
Gegensatz stehen zum Erbsen-Programm. Eine den  
Thatsachen widersprechende Behauptung habe ich noch  
nie gehört. Wir sagen ja gerade, die große Menge ist heute  
nicht frei, weil das Eigentum an Produktionsmitteln nur wenigen ge-  
hört. Genau wie Millerand: Um frei zu werden, muß das Eigentum  
in den Besitz der Allgemeinheit und damit jedes Einzelnen übergehen,  
nur dann ist die Grundlage der Freiheit gegeben. Herr v. Heyl ist  
sich jedenfalls des Gegenstandes zwischen Wahrheit und Unwahrheit  
nicht bewußt. (Lode des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Wir sind jetzt beim Kapitel „Reichs-  
Versicherungsamt“. Sie haben bereits über eine halbe Stunde  
darauf gesprochen, ob Herr v. Heyl im Stande ist, Wahrheit und  
Unwahrheit zu unterscheiden, und wiederholen das immer. Ich bitte  
Sie, nun zur Sache zu sprechen.

Abg. Stadthagen: Ich bin verpflichtet, diejenigen Behauptungen,  
die Herr v. Heyl mir gegenüber aufgestellt hat, zurückzuweisen.  
(Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) So wenig vorher  
Herr v. Heyl unterbrochen ist, so wird auch mir der Herr Präsident  
gestatten müssen, zu antworten, ich habe lange noch nicht alles widerlegt.  
(Große Heiterkeit.)

Vizepräsident Paasche: Ich habe nur die Bitte ausgesprochen,  
sich kürzer zu fassen und nicht immer die eine Behauptung zu wieder-  
holen, daß Herr v. Heyl die Unwahrheit gesagt hat.

Abg. Stadthagen: Ich werde bei jedem einzelnen Punkte, wo die  
Unwahrheit gesagt ist, das feststellen. Kommt das häufig  
vor, so liegt das nicht an mir, sondern an Herrn  
v. Heyl. (Große Heiterkeit.) Es gibt keine Bestimmung der Ge-  
schäftsordnung über die Dauer einer Rede.

Vizepräsident Paasche: Sie haben keine Kritik an meiner Ge-  
schäftsordnung zu üben. Ich rufe Sie hiermit zur Sache.

Abg. Stadthagen: Herr v. Heyl, der Fraktionsgenosse — der  
Nationalliberalen.

Vizepräsident Paasche: Sie haben nicht mit dem Wort Fraktions-  
genosse zu insinuieren, als ob ich hier zu Gunsten meines Fraktions-  
genossen Freiherrn v. Heyl handelte.

Abg. Stadthagen (Soc.): Herr v. Heyl hat die irtümliche Be-  
hauptung wiederholt, daß die Socialdemokratie gegen das Wucher-  
gesetz gestimmt habe, obgleich ihm wiederholt attemmäßig das Gegen-  
teil nachgewiesen ist. Obgleich sich auf Druckseite 202 ein von uns  
unterschiedener Antrag befindet, der als Artikel IV Gesetz geworden  
ist, behauptet Herr v. Heyl entgegen der Wahrheit, man könne aus  
dem Akt nicht ersehen, ob die Socialdemokratie für das Gesetz ge-  
stimmt habe. All diese Verschleiernungen der Wahrheit bleiben be-  
stehen, das Urteil überlasse ich der Öffentlichkeit. (Lebhafte Beifall  
bei den Socialdemokraten.)

#### Graf Posadowsky:

Es sind im Laufe der Debatte heftige Angriffe gegen die Recht-  
sprechung des Reichs-Versicherungsamtes gerichtet worden. Ich habe  
mich freuent, daß heute ein Mitglied der socialdemokratischen  
Partei umgekehrt sich im großen und ganzen doch anders  
über diese Rechtsprechung geäußert hat im Gegensatz  
zu seinen Fraktionsgenossen. Es ist mir nicht eingefallen,  
anzudeuten, daß für die Zukunft das Reichs-Versicherungs-  
amt eingengt werden soll. Ich habe nur ausgesprochen, daß, nachdem  
nun einmal 14 000 Mark im Jahre vorgekommen sind, man ernstlich  
erwägen müsse, ob man nicht für die Renten von kleineren  
Beträgen den Rekurrs beseitigt und statt dessen die Revision  
einführt. Es ist ja leicht gesagt, es werden zu viel Sachen an einem  
Tage erörtert. Jedenfalls aber ist es unmöglich, daß bei dieser Un-  
menge von Rekurren bei dem großen Beamtenpersonal eine Gleichheit  
der Rechtsprechung zu erzielen ist. Es wird eine zwingende Not-  
wendigkeit sein, nach einigen Jahren eine Reform nach irgend einer  
Seite hin anzustreben. Was die Zulassung der Arbeitersekretäre als  
Vertreter bei den Schiedsgerichten betrifft, so habe ich ausdrücklich  
den Grundfah des Reichs-Versicherungsamtes vorgelesen, wonach aus  
Abkap 2 des § 9 eine Verechtigung zur allgemeinen Ausschließung  
nicht abgeleitet werden kann; es muß ein positiver Grund vor-

liegen. Was den Schutz der Interessen der Arbeiter, die in aus-  
ländischen Filialen inländischer Unternehmungen beschäftigt sind,  
anbetrifft, so stehen wir gegenwärtig in Unterhandlung darüber  
mit Oesterreich, den Niederlanden und Luxemburg. Der Herr  
Borredner hat auch einen Fall angeführt, der mich aller-  
dings bedenklich gemacht hat. Das Wiederaufnahmeverfahren sei  
danach abgelehnt, weil es nur eintreten könnte, wenn festgestellt ist,  
daß ein bereideter Zeuge ein Meineid geleistet hat. Ich kann  
ohne weiteres meine Auffassung dahin klarlegen: ob der Zeuge  
bereidet war oder nicht, wenn eine solche Zeugenaussage eine nach-  
weislich irrige war und der Zeuge später seine Aussage ändert und  
wenn auf die erste Aussage hin die Entscheidung gegründet worden  
war, dann ist allerdings meines Erachtens nach allgemein mensch-  
licher Auffassung eine Grundlage für das Wiederaufnahmeverfahren  
gegeben. Denn die Thatsache, daß nicht bereidigt worden ist, kann  
dem Verletzten nicht zur Last gelegt werden. Ich werde den Fall  
nachprüfen lassen.

Nach ein Wort zur Villa des Herrn Abg. Weber. Ich  
bin der Ansicht, daß die bürgerlichen Parteien sich freuen sollten, wenn  
Mitglieder der Socialdemokratie Willen besitzen. Ich gehe noch  
weiter: ich wünschte, Herr Weber und seine Freunde würden sogar  
Mittlergutsbesitzer, dann würden sie, davon bin ich fest überzeugt, die  
landwirtschaftlichen Verhältnisse anders beurteilen, aus eigener Er-  
fahrung, wie sie es jetzt oft thun. (Heiterkeit und sehr richtig! rechts,  
Abg. Wamp: Das habe ich ja auch immer gesagt. Heiterkeit.)

#### Abg. Mollenbuhr (Soc.):

Der Fall, der den Herrn Grafen Posadowsky bedenklich  
machte, steht doch nicht vereinzelt da. Ich erinnere mich  
eines Falles, wo ein Bergmann verunglückte. Seine Kameraden  
stellten es so dar, als ob er Selbstmord begangen hätte, und der  
Witwe wurde, trotzdem die Leute später ihre Aussage änderten, die  
Rente entzogen nur aus dem Grunde, weil damals die Zeugen  
nicht bereidert waren. Wenn das im Wege der Bundesrats-Berordnung  
geändert werden kann, so wäre es dringend erwünscht, daß es ge-  
schehe. Herr Mugdan sagte, der Kampf spiele sich keineswegs ab  
zwischen den Ärzten und den Kassenmitgliedern, sondern zwischen  
den Ärzten und den Kassenverwaltungen, die sich nicht scheuen,  
Ärzte anzustellen, die mit Zuchthaus oder mit Gefängnis vorbestraft  
sind usw. Dann würde ich doch vorschlagen, daß man sowohl in der  
Kranken-, Unfall-, wie Invaldengesetz eine Bestimmung einfügt, wo-  
nach Ärzte, die mit Zuchthaus vorbestraft oder notorische Schwindler  
sind, zu irgend einer Praxis bei der Versicherung nicht  
angelernt werden. (Sehr gut! bei den Socialdemo-  
kraten.) Herr Dr. Mugdan behauptet immer, daß die Ärzte  
so sehr viel Interesse für die Arbeiter haben. Er soll mir doch nur  
einen Fall nachweisen, wo falsche Rechtsprechung der Berufsgenos-  
schaften nachgewiesen ist, und wo die Ärzte nicht die Hand im Spiel  
gehabt haben. Stets sind die Ärzte bereit gewesen,  
die Renten zu kürzen oder abzuerkennen. So ist es  
dahin gekommen, daß bei gewöhnlichen Unfällen nur noch bei einem  
Prozent der Unfälle Vollrente gezahlt wird.

Die Ärzte tragen die Verantwortung für die Anhäufung der  
Prozesse beim Reichs-Versicherungsamt. Entspricht ein solches Ver-  
halten ihrem Ansehen und Standesinteresse? Manchmal beweisen  
Ärzte eine völlige Unkenntnis über die Anforderungen eines Be-  
rufes. Ein Arzt in hervorragender Stellung erklärte in seinem  
Gutachten, daß ein Zimmerer mit einem infolge eines  
Schädelbruchs vollkommen zerrütteten Nervensystem noch fähig  
zum Tabakarbeiter sei. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)  
Und die famose Bau-Verufsgenossenschaft gewährt  
ihm 40 Proz. Rente! So zerstören die Ärzte selbst die Autorität,  
die sie in ihrem Beruf so nötig haben! (Lebhafte Beifall bei den  
Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.): Herr Mollenbuhr hat fast  
wörtlich gesagt, daß die Ärzte regelmäßig beschuldigen,  
was die Berufsgenossenschaften wünschen und daß es keine  
schädliche Handlung der Berufsgenossenschaften gebe, an der  
nicht Ärzte mitwirken. Das sind unerhörte Vorwürfe,  
gegen einen ganzen Stand von denselben Leuten, die es  
sehr unrecht finden, wenn man nur ein Wort gegen das Proletariat  
sagt. Der Abgeordnete Mollenbuhr hat auch zurückgegriffen auf meine  
Aeußerung, daß es sich nur um den Streit zwischen den Kassen-  
verwaltungen und Ärzten handelt, und daß die Kassenverwaltungen,  
wenn sie nur ihre Rechte aufrecht erhalten und ihren Willen durchsetzen,  
sich nicht scheuen, Ärzte anzustellen, die mit Zuchthaus oder Gefängnis  
bestraft sind. Ich habe natürlich nicht gemeint, daß alle Kassen-  
verwaltungen alle Tage Ärzte anstellen, die im Zuchthaus gefesselt  
haben. So viele Ärzte von der Art giebt es erfindlichweise nicht.  
Es war eine deutliche Anspielung auf die Kölner Kassen-  
verwaltung. (Widerpruch des Abg. Mollenbuhr, der sich  
zum Wort meldet.) Dort wollte die Kassenverwaltung nicht  
nur einen Arzt anstellen, der mit Zuchthaus bestraft  
war, sondern nicht einmal die bürgerlichen  
Ehrenrechte bejah, infolgedessen die Approbation verloren  
hatte und die Verwendung zurückziehen mußte. Thatsächlich hat sie  
einen Arzt angestellt, der im Zuchthaus gefesselt  
aber die bürgerlichen Ehrenrechte bereits wieder erlangt hatte, und  
vier mit Gefängnis Vorbestrafte. Sie hat einen Arzt  
angestellt, der thatsächlich am Vormittag in Köln Spezialarzt in  
einem anderen Fach ist, als am Nachmittag in Wülfrath.

Das Eingreifen des Regierungspräsidenten in Köln kann ich  
freilich nicht ganz billigen. Er war auf Grund des § 56a in der  
Lage, den Krankenkassen die Anstellung von mehr Ärzten vor-  
zuschreiben. In welcher Weise die Kassenverwaltungen dieser Ver-  
pflichtung nachkommen, müßte ihm gleichgültig sein. Bei der starken  
Organisation der Kölner Ärzte wäre es auf dasselbe hinaus-  
gekommen. Aber diese Form des Eingreifens war nicht be-  
rechtigt.

Herr Frähdorf hat den phänomenalen Witz von dem „frei-  
willigen Regierungskommissar“ gemacht und mir vorgeschlagen, mich  
zu Herrn v. Kardorff zu setzen. Nun, Herr Frähdorf ist heute mit  
dem Minister Dudde Arm in Arm gegangen, und ich überlasse Ihnen  
(zu den Socialdemokraten) zu entscheiden, ob das für einen Social-  
demokraten nicht viel schlimmer ist. (Große Heiterkeit und Beifall  
bei den Freisinnigen.)

Abg. Mollenbuhr (Soc.): Ich muß entschieden bestreiten,  
daß ich dem ganzen Kerzlerstand einen Vorwurf gemacht habe; ich  
habe nur von einzelnen Ärzten gesprochen. Ich kenne sehr be-  
deutende Chirurgen, von denen die Berufsgenossenschaften gleich  
sagen, der macht's ja viel schlimmer, als es in Wirklichkeit ist.

Einer Verallgemeinerung hat sich nur Dr. Mugdan  
schuldig gemacht, indem er den einen Fall aus Köln so darstellte,  
als sei das bei allen von Kassen angestellten Ärzten der Fall.  
(Lebhafte Beifall bei den Soc., Widerspruch des Abg. Mugdan.) Sie  
(zu Dr. Mugdan) haben kein Wort, keine Silbe von Köln gesagt.  
(Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Sie haben es so dargestellt, als  
ob sämtliche Kassenvorstände nichts danach fragen, ob ihre Ärzte  
mit Zuchthaus bestraft sind. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)  
Ich würde das für eine schwere Beleidigung auch des Kerzlerstandes  
gehalten haben, aber da der Vertreter des Kerzlerstandes sie selbst  
ausgesprochen hat, so kann ich nur sagen: er weiß es wohl besser!  
(Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion und das Kapitel „Reichs-  
Versicherungsamt“ wird bewilligt.

Beim Kapitel „Kanalamt“ trägt

Abg. Hoed (fr. Sp.) lokale Beschwerden aus Albersdorf, das  
etwa an der Mitte des Kanals liegt, vor.

Abg. Dr. Leonhart (fr. Sp.) beschwert sich über die Bau-  
inspektoren am Kaiser Wilhelm-Kanal, ihre Bevorzugung vor den  
Hafenkapitänen, ihre Willkürlichkeiten gegenüber dem Bauverein in  
Trambüttel und gegenüber der Betriebs-Krankenkasse. Die Arbeiter-  
verhältnisse geben Anlaß zu Klagen. Redner beantragt, Kapitel 13a  
der Budgetkommission zu überreichen.

Staatssekretär Graf Posadowsky sagt Untersuchung der vom  
Borredner vorgebrachten Beschwerden zu. Gegen eine Erhöhung der  
Gebühren für Schleppschiffahrt habe ich mich immer gesträubt.  
Allerdings würde das Defizit des Kaiser Wilhelm-Kanals

sofort in einen Ueberschuß verwandelt, wenn die Schleppgebühren  
vom Kanalamt auf den Betrag der Selbstkosten erhöht würden. Aber  
ich halte das socialpolitisch nicht für richtig.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Dr. Leonhart wird  
gegen die Stimmen der Freisinnigen abgelehnt. Das Kapitel wird  
bewilligt.

Beim Kapitel 73d, „Aufsichtsdienst für Privatversicherung“, nimmt  
das Wort

Abg. Werner (Antik): Die Bezüge der Sekretäre beim Privat-  
Versicherungsamt müßten erhöht werden. Bei der Versicherung  
„Victoria“ in Berlin scheint mir manches bedenklich zu liegen. Ich  
habe nichts gegen das System der Volkerversicherung (Heiterkeit) —  
Pardon! Volkerversicherung, aber bei der „Victoria“ sind die Prämien  
unverhältnismäßig hoch gegenüber den Leistungen der Gesellschaft.

Abg. Dr. Bethoff (Holl. der fr. Sp.) wünscht, daß die Ver-  
sicherten im Veirat des Privatversicherungsamtes durch Sach-  
verständige vertreten sein möchten und beschwört eine darauf ge-  
richtete Eingabe des Feuerversicherungs-Schulverbandes.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Was die vom Abg. Werner  
erwähnte Versicherung „Prometheus“ anlangt, so erachtet sich das  
Aufsichtsdienst für nicht befugt, seine Zuständigkeit auf die Angelegen-  
heiten des „Prometheus“ auszudehnen. Das ist vielmehr eine  
preuzische Angelegenheit. Das, was der Borredner über die  
„Victoria“ sagte, werde ich zum Gegenstand eines amtlichen Be-  
richtes des Aufsichtsdienstes machen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Damit ist das Ordinarium bewilligt.

Es folgt das Extra-Ordinarium.

Beim Titel „Unterstützung an die Gesellschaft für deutsche Er-  
ziehungs- und Schulgeschichte“ erlennt

Abg. Schrader (fr. Sp.) die kulturhistorische Bedeutung der  
wissenschaftlichen Forcungen dieser Gesellschaft an und wünscht eine  
Aenderung der Organisation in der Art, daß die einzelnen Gruppen  
der Gesellschaft einen höheren Einfluß im Centralvorstand haben.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Wir haben über diese Organi-  
sation die deutschen Akademien gutachtlich gehört und werden die  
Anregung des Borredners berücksichtigen.

Beim Titel: „Vierte Rate zur Wiederherstellung der Hofkönigs-  
burg 150 000 Mark“ ergreift das Wort

Abg. Dr. Siedem (Soc.): Wenn auch diese Rate nur in Kon-  
sequenz früherer Reichstagsbeschlüsse gefordert wird, so möchte ich  
doch noch einmal Protest einlegen gegen die nutzlose Devastierung  
eines interessanten Bauwerkes. Ich berufe mich dabei insbesondere auf  
die Untersuchungen des Dr. Pieper in München. Bis jetzt ist nur  
der Burgfried und die äußere Umwallung der Burg wieder her-  
gestellt, das Schlimmste ist also noch verhängt. Es wäre  
sonit an der Zeit, daß der Reichstag diese 150 000 M. einfach ver-  
weigerte, umso mehr, als die Voraussetzungen der ersten Bewilligung  
garnicht erfüllt worden sind. Die Burg wird nämlich gar nicht  
genau so wiederhergestellt, wie sie war, sondern es wird ein reiner  
Ehrentempel errichtet. Daran ändert auch das Gutachten der  
königlich preussischen Akademie für Baukunst nichts. Denn dieser hatten  
verschiedene Rekonstruktionspläne vorgelegen, und eine Gestalt laun  
die Burg doch nur gehabt haben. In Wirklichkeit handelt es sich um  
nichts anderes, als um die Vergebung vor einem höheren Willen,  
der hier eine Rolle spielt, nachdem die Stadt Schlettstadt dem  
Kaiser die Burg geschenkt hat. (Sehr richtig! bei den Socialdemo-  
kraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Von dem Aufbau einer  
Ghantastenburg kann keine Rede sein. Es steht noch der ganze  
Grundriß, die Baumaterialien sind fast vollständig erhalten. Der  
Architekt Bodo Ehardt ist ein genauer Kenner der italienischen,  
deutschen und schweizer Burgen jener Epochen. Dr. Pieper, dessen  
Vorschläge ich eingehend gelesen habe, ist allerdings anderer  
Meinung. Das Bauwerk ist mit der Geschichte des Elsaß innig  
verbunden und bedeutet eine Lebensquelle für die ganze Um-  
gebung.

Abg. Henning (L.): Kein Land ist durch Kriege so verwüstet wie  
Deutschland. Es ist ein nationaler Gedanke, die Trümmer, die im  
Deutschen Reiche noch erhalten sind, wieder aufzurichten. (Rufen  
bei den Socialdemokraten.) Das erfordert die deutsche Ehre! (Bravo!  
bei den Konservativen.)

Abg. Dr. Siedem (Soc.): Mit der deutschen Ehre hat das gar  
nichts zu thun. Es handelt sich darum, ob man der Devastierung  
einer interessanten Ruine noch vorbeugen will. Mit uns halten sehr  
viele den Plan Bodo Ehardts für ganz verfehlt und glauben, er  
verwüste geradezu das Bauwerk. Aber diese Leute trauen sich nicht  
hervor, weil sie die Angelegenheit als eine persönliche Angelegenheit  
des Kaisers ansehen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten, Un-  
ruhe rechts.)

Abg. v. Kardorff (Sp.): Ich muß entschieden gegen diese letzten  
Aeußerungen Protest einlegen. Wir haben der Wiederherstellung  
der Burg mit vollem Bewußtsein zugestimmt aus den Gründen, die  
Herr Henning angegeben hat.

Damit schließt die Debatte. Die Summe wird gegen die  
Stimmen der Socialdemokraten und der Freisinnigen Volkspartei  
bewilligt.

Es folgt der Titel: Beteiligung des Reiches an der Welt-  
ausstellung in St. Louis: 500 000 M. in Verbindung mit dem  
aus dem Ordinarium zurückgestellten Titel: 20 000 M. als Unter-  
stützung für die Beteiligung der deutschen Kunst an internationalen  
Ausstellungen.

Der Berichterstatter Abg. v. Nischhofen-Dahmsdorf weist in seinem  
Referat darauf hin, daß in der Kommission behauptet worden sei:  
der deutschen Kunst sei eine angemessene Vertretung in St. Louis  
nicht zu teil geworden, weil die Secession mit Absicht zurückgestellt  
sei. Es seien sehr verschiedene Urteile über den Wert der Seccesion  
zur Sprache gekommen, zu denen er als Referent keine Stellung  
nehmen wolle.

#### Abg. Dr. Spahn (L.):

Der vorliegenden Position für die Weltausstellung werden wir  
zustimmen. Außer dieser Position sollen weiter 20 000 Mark  
ausgegeben werden für die internationale Kunst-  
ausstellung. Ueber die Verwendung dieser Summe sind  
in der Kommission Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck  
gekommen. Ich meine, die Streitigkeiten zwischen den  
künstlerischen Richtungen haben für die Ausstellung in St. Louis  
für den jetzigen Zeitpunkt nur eine untergeordnete Bedeutung. Jetzt  
kann an der Berücksichtigung der einzelnen Richtungen nichts  
mehr geändert werden. Der Herr Staatssekretär hat nun  
in der Kommission eine Erklärung abgegeben, worin  
er äußerte, daß die Seccesion wohl nicht den  
richtigen Weg zur Veredelung der Kunst führe. Ich  
meine, um die Frage der Seccesion handelt es sich nicht allein.  
Wir wissen, daß sich neben der Kunstgenossenschaft jetzt der deutsche  
Künstlerbund in Weimar gebildet hat, der für sich  
in Anspruch nimmt, mindestens ebenso viele Künstler zu  
umfassen, nicht bloß seccesionistische, wie die Kunstgenossenschaft.  
Ausfallen ist mir nur, daß die Künstler in den süddeutschen Staaten,  
in Stuttgart, München, Karlsruhe, Weimar nicht die genügende Be-  
rücksichtigung gefunden haben. Hierbei scheint sich das einzel-  
staatliche Moment bemerkbar gemacht zu haben. — Was aber die  
Bemerkung des Herrn Staatssekretärs über die Seccesion betrifft,  
so meine ich doch, die Regierung sollte sich nicht  
in den Streit der künstlerischen Richtungen ein-  
mischen. (Sehr richtig! links.) Künstlerische Richtungen, die sich  
zu einer gewissen Bedeutung durchgerungen haben, sollten  
auch bei Ausstellungen gleichmäßig behandelt werden.  
Die Verbredungen der Seccesion knüpfen an an Manet,  
sie sind ausländischen Ursprungs. Wir sind durch Manet  
geleitet worden — und das ist jetzt in Fleisch und Blut auch  
von uns Laien übergegangen — auch so zu leben, wie er gelebt  
hat, daß es darauf ankommt, das Objekt der Natur  
so darzustellen, wie es von Licht und Luft umgeben  
auf uns einwirkt. Das ist das Problem Manets, der Kern-  
punkt der Verbredungen der Seccesion. Manet hat recht,  
wenn er sagt, es sei eine That Manets, daß er uns eine  
neue Art des Anschauens der Natur gegeben hat. Dieser Art des

Anschauen der Natur kann sich heute kein Künstler entziehen, auch die alten Maler, die jetzt noch leben, können es nicht, wenn sie überhaupt noch Beachtung finden wollen. Vielleicht kann ich zugeben, daß der Weg, den ein großer Teil der SeceSSIONisten einschlägt, nicht der richtige ist, auch unter den Malern der alten Richtung giebt es eine ganze Anzahl, die nicht den richtigen Weg gegangen sind. Es ist nicht jeder ein Plafast, ich gebe auch zu, daß der richtige Plafast für die neue Kunstrichtung noch nicht geboren ist. Jedenfalls aber muß diese Richtung anerkannt werden als eine, die den Weg aufwärts führt. Der Staatssekretär machte der neueren Kunst den Vorwurf, daß sie ihre Sujets direkt aus der Natur, nicht aus dem Idealen hole. Ich glaube, daß jede neue künstlerische Richtung sich zunächst an die Darstellung der Objekte halten muß, wie sie in Licht und Luft schweben. Ich habe gerade in den letzten Tagen einige seceSSIONistische Sachen gesehen. Wir dürfen doch nicht verkennen, daß in vielen dieser Sachen ein Höchstmaß von Fleiß, Kunst, Technik und Farbeninn besteht. Da ist z. B. ein Bild von Liebermann: „Die Allee“, das mit einer ganz besonderen Aufmerksamkeit der Natur abgelauscht ist. Es ist geradezu frappant, wie sich da Licht und Luft auf jedem einzelnen Blatte wiederfinden.

Aus dieser Auffassung und aus dieser Werthschätzung der verschiedenen Richtungen heraus glauben wir, daß wir, da wir jetzt zwei Künstlerorganisationen haben, nicht mehr fortfahren sollten, der Kunstgenossenschaft allein die Verwendung der vom Reich bewilligten Gelder für die einzelnen Künstler zu überlassen. Ich will jetzt keinen Vorschlag in dieser Richtung machen, aber ich möchte doch anregen, daß in Zukunft für das Geld, das wir neu bewilligen, ein neuer Plan aufgestellt wird, der der Gerechtigkeit entspricht. (Lebhafte Beifall.)

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß 6 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

19. Sitzung, Montag, den 15. Februar 1904, 11 Uhr.

Am Ministertische: Müller.

Zunächst wird die Wahl des Präsidenten v. Kröcher (L.) und der beiden Vicepräsidenten Dr. Porisch (L.) und Dr. Krause (nat.) für die Dauer der Session definitiv bestätigt.

Hierauf wird die zweite Verlesung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung fortgesetzt.

Abg. Hübsch (nat.): Als sich 1901 zeigte, daß die Wurmkrankheit wieder weiter um sich griff, ist man energisch eingeschritten. Die Arbeitgeber haben sich nie gestraut, die von ihnen verlangten Maßnahmen zu erfüllen und große Geldopfer zu bringen. Daß die Arbeitgeber Schuld an der Ausbreitung der Wurmkrankheit tragen, ist lediglich ein sozialdemokratisches Märchen, denn die Socialdemokratie schlägt leider auch diese Krankheit zu politischen Zwecken aus. Vier Millionen haben die Vergewaltigten aufgebracht, was sollen dagegen die 33 000 M. belegen, welche den Knappschaftsassen nach den Angaben des Herrn Hue im Reichstag zur Last gefallen sind. — Das einzige Mittel zur wirksamen Bekämpfung der Wurmkrankheit ist die größtmögliche Reinlichkeit in den Gruben.

Den Antrag Hirsch auf Abänderung des Tit. 7 des allgemeinen Vergesetzes von 1865 über die Knappschaftsvereine brauchen wir nach der Erklärung des Herrn Ministers nicht mehr anzunehmen. Ein solches Gesetz kommt bestimmt. Der Entwurf befindet sich bereits in meiner Hand, er ist den beteiligten Korporationen zugegangen. Mit den Forderungen des Entwurfs sind wir durchaus einverstanden, auch die geforderte Beitragserhöhung werden die Unternehmer gern zahlen. Dagegen gehen die Forderungen der Arbeiter viel zu weit. Eine Vereinfachung der Kostenverbände ist bei der Verchiedenheit der Verhältnisse in den verschiedenen Bezirken nicht möglich. Eine Erhöhung der Leistungen der Knappschaftsassen wird natürlich verlangt, von einer Erhöhung der Beiträge ist aber keine Rede. Am ungeheuerlichsten ist die Forderung, daß jeder Bergarbeiter, ob invalide oder nicht, nach 25jähriger Beitragsleistung eine Rente erhalten soll, d. h. also in den allermeisten Fällen mit 39 bis 41 Jahren. Die Selbstverwaltung wird auch hier gefordert; wozu sie führt, hat man ja bei den Krankenkassen gesehen, sie sind eine Brutstätte für die Socialdemokratie, ein Versorgungshaus für ihre Agitatoren geworden. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Herr Brust verlangte die achtstündige Arbeitszeit. Diese besteht heute noch und es ist nicht richtig, daß der lange Weg einzelner Vergleute in der Grube bis zu ihrer Arbeitsstelle ihre Arbeitszeit zu einer neun- bis neunehnhalfstündigen macht. Dieser Weg wird immer vielmehr angedeutet. Ich hoffe, daß die Verhältnisse des Bergbaues sich auch in Zukunft immer besser gestalten werden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Hirsch (fr. Sp.): Nach der neuen Erklärung des Herrn Ministers hoffe ich bestimmt, daß der bereits ausgearbeitete Entwurf uns noch in dieser Session zugehen und von dem Hause verabschiedet wird. Jeder Tag ist hier kostbar, wo es sich um die Interessen von 550 000 Arbeitern handelt. Da uns bisher noch nicht das Versprechen gemacht ist, daß der Entwurf uns noch in dieser Session zugeht, so bitte ich Sie, meinen Antrag, der dies verlangt, möglichst einstimmig anzunehmen. (Bravo! links.)

Was die Wurmkrankheit anlangt, so können wir dem Handelsminister nur unseren Dank ausdrücken, daß besonders in der letzten Zeit mit rühmender Energie gegen diese Plage vorgegangen worden ist. Die Regierung möge die Maßnahme aus dem Verlauf dieser Krankheit ziehen, Wünsche und Beschwerden der Arbeiter nicht von vornherein abzulehnen. Hätte man auf die Klagen der Arbeiter über die Wurmkrankheit bereits vor acht Jahren gehört, so hätte die Seuche zweifellos nicht diese ungeheure Ausdehnung erlangt. Um so mehr sollte man die Forderung der Arbeiter nach genügendem Trinkwasser in den Gruben jetzt wenigstens erfüllen. Man sollte sie auch nicht mit den Kosten der wärmereinsten Zeugnisse belasten. Diese Zeugnisse werden im Interesse der öffentlichen Gesundheit erteilt, und daher hätte der Staat die Mittel zu tragen. Ruß der Arbeiter die Kosten tragen, so liegt darin eine thätigkeitsbeschränkung der Freizügigkeit, wenn ich auch zugebe, daß dies nicht die Absicht der Maßregel ist. Eine weitere berechtigte Forderung ist, daß die Maßnahmen der Behörden zur Bekämpfung der Wurmkrankheit auch in polnischer Sprache veröffentlicht werden, damit sie auch den doch nun einmal vorhandenen polnischen Arbeitern verständlich wird. Es ist nötig, daß man auch Arbeiterdelegierte in die Gruben zur Kontrolle sendet. Grundsätzlich ist ja die Regierung im vorigen Jahre im Saarrevier auf unsre Forderung der Arbeiterkontrollen eingegangen und ich bitte den Herrn Minister um Auskunft, wie sich diese Einrichtung bewährt hat. Eine wesentliche Klage der Arbeiter geht dahin, daß das Geld, das die Arbeiter nicht auf Vereinbarung beruht, sondern einfach von dem Steiger festgesetzt wird und daß dann die Arbeiter häufig direkt gezwungen sind, häufig und unvorsichtig zu arbeiten, um nur einen halbwegs ausreichenden Lohn zu erarbeiten. Leider ist von der Einrichtung von Arbeiterausschüssen im Bergbau noch sehr wenig Gebrauch gemacht. Eine solche Einrichtung würde dazu beitragen, die Stimmung in den Kreisen der Vergleute, die heute zum Teil eine recht traurige ist, zu heben und eine Verständigung zwischen Arbeitern und Unternehmern zu ermöglichen. In der Frage der Arbeitszeit bin ich anderer Meinung wie der Herr Vorredner. Es besteht thätigkeitsmäßig zum Teil eine 10- bis 11stündige Arbeitszeit, die größte Skalamität aber sind die überaus vielen Ueberstunden, die ständig gemacht werden und die Gesundheit der Arbeiter genau so ruinieren wie eine längere Arbeitszeit. Ich bitte den Herrn Minister, dafür zu sorgen, daß diese Mittel möglichst bald verschwinden. Und die Herren Kollegen, welche Vergewaltigte sind, möchte ich davor warnen, der Stimme des Herrn Vred zu folgen, der sie zum Zusammenschluß auffordert gegen ihre Arbeiter. Mögen Sie sich vielmehr die Erfahrungen, die z. B. im Buchdruckgewerbe mit

dem Tarif gemacht worden sind, zum Muster nehmen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. Schulz-Wechum (nat.) tritt für eine Erhöhung der Gehälter der höheren Bergbeamten ein und polemisiert gegen den Abg. Hirsch. Die Arbeiter wissen manchmal selbst nicht, was sie wollen. Bei dem letzten Streik machten ganze Delegatschaften nur aus Sympathie mit, obwohl sie gar keine Beschwerden hatten. Ein Bergarbeiter erwiderte auf die Frage, warum er denn streike: Ja, Herr Obersteiger, das weest wir selber nich, oder nächsten Sonntag sollt wir dat in da Verammlung hören. (Heiterkeit.) Redner wendet sich gegen das Institut der Arbeiterkontrollen. Diese haben nicht die genügenden technischen Kenntnisse und scheuen sich außerdem Anzeigen zu erlassen, die eine Bestrafung der Kameraden zur Folge haben würden — dazu kommt, daß man für diese Arbeitervertreter allgemeine, gleiche und geheime Wahl verlangt. Wohin sollte es führen, wenn polnische Arbeiter, so auf diese Weise polnische Delegierte in die Bergwerke senden sollten. Und dann bedenken Sie: wir haben es bei den letzten Wahlen erlebt, daß Tausende und Abertausende ehemals vaterlandstreue Arbeiter der internationalen, vaterlandlosen Socialdemokratie gefolgt sind. Diese Arbeiter haben sich unter die Führung einer Macht begeben, die sich offen als republikanisch und revolutionär bekant hat. Es ist unzweifelhaft, daß die Wahlen zu den Arbeiterdelegierten die Macht der Socialdemokratie weiter in unser Bergwerke hineintragen. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) Alle Parteien haben Schulter an Schulter zu stehen gegen die Socialdemokratie, und vor allem erwächst der königlichen Staatsregierung die Aufgabe, eine Institution abzuwehren, durch welche nur die Macht der Socialdemokratie vermehrt wird. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Handelsminister Müller: Der letzte Wohnung des Herrn Vorredners an mich bedurfte es nicht. Ich betrachte jede Maßregel auf dem Gebiete der Beaufsichtigung der Gruben immer von dem Gesichtspunkt aus, ob sie voranschreitlich eine Förderung der Socialdemokratie sein wird oder nicht. Für mich sind die Arbeiterkontrollen deshalb nicht acceptabel, weil wir in der Arbeiterschaft eine politische Bewegung haben, die auch die allgemeine direkte Wahl zu den Arbeiterkontrollen nur zu politischen Zwecken ausnutzen würde. Dagegen hat sich das Einfahren gut bewährt und werden wir auf dem beschrittenen Weg weiter fortfahren. Etwas Ähnliches wie die Arbeiterkontrollen haben wir dadurch geschaffen, daß wir den Vorständen der Arbeiterauschüsse, deren Ergebnis mich übrigens bisher enttäuscht hat, das Recht geben, in die Grube zur Kontrolle zu fahren. Die Arbeiter haben aber nur einen sehr geringen Gebrauch davon gemacht. Ich werde dahin streben, sie zur Erfüllung dieser Pflicht anzuhalten und hoffe, in einem oder zwei Jahren ein abschließendes Urteil über diese Einrichtung fällen zu können. Mit der Bekämpfung der Wurmkrankheit haben wir die besten Erfolge gehabt. Weitergehende Erleichterungen wie die von Herrn Hirsch geforderte Bezahlung der wurmfreien Zeugnisse durch den Staat halte ich im Interesse der Ausrottung der Krankheit selbst für nicht erwünscht.

Abg. Graf v. Strachwitz (L.): Dem Antrag Hirsch stimmen wir zu, da durchaus noch nicht festgestellt, ob die Novelle zum Vergesetz noch in dieser Session kommt. Bisher ist nur das Reichs-Unfallgesetz auf die Bergarbeiter ausgedehnt, das Kranken- und Invaliditätsgesetz noch nicht in allen Punkten. Wir verlangen das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht bei der Wahl der Knappschaftsämter ganz ohne Rücksicht auf die eventuelle Wirkung zu Gunsten der Socialdemokratie. Wir sind noch wie vor bereit, den berechtigten Wünschen der Arbeiter Geltung zu verschaffen, unbeeinträchtigt durch Angriffe eines Teiles der Arbeiter gegen uns, unbeeinträchtigt aber auch durch Angriffe von gewissen Kreisen der Arbeitgeber. (Bravo! im Centrum.)

Ein Regierungskommissar erklärt, die Uebersetzung der Krankenkassenbestimmungen allein auf die Knappschaftsassen sei sehr schwierig. Die Frage könne besser bei einer allgemeinen Revision des Vergesetzes erledigt werden.

Abg. Dr. Volk (nat.) wendet sich gegen die geheime Abstimmung bei den Knappschaftswahlen, da nur die Socialdemokratie Vorteile davon haben würde. Redner bittet, daß die Vergewaltigte für Arbeiter unter 16 Jahren verboten ist. Die 14- bis 16-jährigen Arbeiteröhne hungern auf den Straßen herum und verbummeln. Es müßten mindestens für jugendliche Arbeiter Ausnahmestimmungen erlassen werden. Man möge die Industrie endlich unbeschäftigt lassen durch neue sociale Gesetze und politische Bestimmungen.

Abg. Frhr. v. Vossfeld (L.): Die Regierung soll es sich reichlich überlegen, ob es nicht recht bedenklich sei, eine fundamentale Aenderung des Knappschaftswesens herbeizuführen. Zum geheimen und direkten Wahlrecht geben meine politischen Freunde ihre Zustimmung unter keinen Umständen.

Abg. v. Chlapowski (Vole): Die Gründe der Nationalliberalen gegen die geheime Wahl sprechen Vände für die Notwendigkeit ihrer Einführung. Wir treten auch für die achtstündige Schicht ein, Ein- und Ausfahrt mit eingerechnet. Redner beschuldigt die Bergverwaltung, auf die Saalbesitzer während der Wahlzeit einen Druck ausgeübt zu haben, die Säle der polnischen Partei zu verweigern. Auf Grubenarbeiter seien wegen angeblicher großpolnischer Agitation entlassen worden. Der Erlass der bergpolizeilichen Verordnungen auch in polnischer Sprache sei notwendig.

Handelsminister Müller: In Oberschlesien werden die Verordnungen auch in polnischer Sprache veröffentlicht. Abgelehnt habe ich die doppeltsprachige Veröffentlichung für die reindeutschen Bezirke in Westfalen.

Abg. Brömel (fr. Sp.): Herr Schulz-Wechum hat dem Abg. Hirsch Förderung der Socialdemokratie vorgeworfen. Es sollte ihm doch bekannt sein, daß gerade Dr. Hirsch seit Jahrzehnten den gefährlichsten Angriffen der Socialdemokratie ausgesetzt ist. Auch wir bekämpfen die Socialdemokratie, nur wollen wir andere Mittel wie Sie anwenden. Das Auftreten des Abg. Dr. Volk in dieser Frage zeigte, wie rückschrittlich man bei socialistischen Dingen in gewissen Arbeitgeberkreisen noch denkt. Die geheime Abstimmung, die in der ganzen Versicherungsgebung von Kassenverbänden durchgeführt ist, muß auch für die Wahl der Knappschaftsämter gelten. Schlimme Folgen befrachte ich nicht. Ich hoffe, daß die Mehrheit des Hauses den Antrag Hirsch annehmen wird.

Die Weiterberatung wird auf Dienstag 11 Uhr vertagt.

Schluß 4 1/2 Uhr.

## Gerichts-Zeitung.

Das verkannte Kleinod. Eine aus Golddraht geflochte, mit Brillanten und Perlen besetzte Börse, welche einen Wert von über 1000 M. hatte, wurde am Abend des 10. Oktober 1902 von dem Schneidermeister Hermann Dzemski vor dem Eingange zu Dreifels Restaurant, Unter den Linden, gefunden. Der Finder nahm an, daß die Börse aus Messing und beinahe wertlos sei, zu Hause angelangt, warf er das Ding in einen Kasten, der zur Aufnahme von allerlei Gerümpel diente und auf dem Ofen stand. Die Besitzerin war eine reiche Kaufmannsrau aus Moskau, welche der Polizei Anzeige erstattete. Es wurde eine Zeichnung beschafft von dem Fabrikanten in Pforzheim, welcher die Börse angefertigt hatte, und die Verfolgung wurde jedem Zweifel zugunsten mit der Aufgabe, den Verkäufer einer solchen Börse anzuhalten. Kurz vor Weihnachten v. J. sah Dzemski in dem Schaufenster eines Juweliers eine goldene Börse liegen. Dabei fiel ihm wieder die von ihm gefundene Börse ein, ihm kam der Gedanke, daß sie doch von Gold sein könnte. Nach Hause zurückgekehrt, suchte er alle Behälter durch, bis er endlich die Börse in dem Kasten auf dem Ofen fand. Er ging zu einem Juwelier, welcher den Wert der Börse auf 4-500 M. angab. Dzemski gab dabei an, daß er das Kleinod als Pfand für eine Schuld angenommen habe. Einige Tage später wurde Dzemski auf der Straße verhaftet, er führte die Börse bei sich. Der Juwelier, welcher die Börse abgeholt hatte, hatte der Polizei hiervon Mitteilung gemacht. Dzemski erhielt eine Anklage wegen Fundunterschlagung. Er blieb im Kerker dabei, daß er die Börse für wertlos gehalten habe, sonst würde er sich den Finderlohn nicht habe entgehen lassen. Der Staats-

anwalt glaubte dem Angeklagten nicht, sondern nahm vielmehr an, daß er so lange Zeit habe verstreichen lassen, weil er glaubte, den wertvollen Fund dann ungefährlich veräußern zu können. Er beantragte zwei Monate Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schmidt, wies darauf hin, daß die Darstellung des Angeklagten doch viel Wahrscheinlichkeit für sich habe. Jedenfalls sei das beantragte Strafmaß viel zu hoch. Der Gerichtshof beließ es bei einer Geldstrafe von 50 M.

Aus dem Reich der Harmonien. Oscar Strauß und die Sängerin Vozena Bradsky traten gestern vor dem dritten Strafkammer des Landgerichts I als Belastungszeugen in einer Anklagesache wegen unbefugter Aufführung eines Musikwerkes auf. Die Anklage richtete sich gegen die Sängerin Anna Leiskner, die beschuldigt war, zwei zum Repertoire des Zcl. Bradsky gehörige, von Oscar Strauß komponierte Lieder, nämlich „Das müde Mädchen“ und „Didel-Dudel“ in ihr eigenes Repertoire widerrechtlich übernommen zu haben. Der Staatsanwalt beantragte 300 Geldstrafe, der Gerichtshof verurteilte die Angeklagte zu 50 M. Geldstrafe. — Zu derselben Zeit als diese Strafsache verhandelt wurde, wurde vor dem Schöffengericht eine Privatbeleidigungssache des Herrn Erich Sachs, Mitinhaber der Kongressdirektion Jules Sachs, gegen den Hofopernsänger Paul Knüpfer erörtert. Hier war außer anderen auch Frau Knüpfer-Egli als Zeugin geladen. Es handelte sich um einen auf Grund eines Mißverständnisses entstandenen Briefwechsel zwischen den Parteien. Ein Brief des Herrn Knüpfer, in welchem ein scharfer Ausdruck vorkam, hatte Herrn Sachs Veranlassung zur Anführung der Privatklage gegeben. Nach längeren Bemühungen des Vorstehenden und der beteiligten Rechtsanwälte kam ein Vergleich zu Stande, durch welchen die Streitart begraben wurde.

## Vermischtes.

In Würzburg ist eine aufsehenerregende Verhaftung erfolgt. Der dortige Konsul des Königreichs Griechenland, Großaufmann Ott, wurde, wie uns ein Privattelegramm meldet, unter dem Verdacht, 190 000 M. unterschlagen und einen Meineid begangen zu haben, in Untersuchungshaft abgeführt. Auch werden ihm Defraudationen und Beschleissigungen zur Last gelegt.

Aus Elbing wird der Einsturz eines Leuchtturmes gemeldet: Der Leuchtturm auf den Molen im Haff, gegenüber Reimannselder-Banklau, der sich etwa 4800 Meter entfernt von demjenigen auf dem Molenkopf befindet, ist umgeworfen worden. Durch den gewaltigen Andrang einer Eisfläche von 5800 Quadratmetern geriet, wie die „Elbinger Zeitung“ meldet, das massive Fundament des Turmes ins Wanken; einige Eisbollen gingen über das Fundament hinweg und warfen den Turm um. Der Turm hatte Blitzfeuer, welches dazu diente, den vom oberen Haff nach Elbing und Danzig fahrenden Schiffen den Weg zu weisen.

Hochwasser und Unwetter. Der Rheinpegel zu Köln zeigte gestern Morgen nahezu sechs Meter über Null; dabei wird vom Oberrhein noch weiteres Steigen gemeldet, sodaß nun auch im Mittelrhein gebiet die Hochwassergefahr naheher. Die Rheinfähren stellen den Dienst ein, auch die Seifahrt ist sehr behindert. Oberhalb Offenbach (Hunstrud) riß der stark angeschwollene Mainfluß eine Holzbrücke fort, wobei ein Mann ertrank. Die hochgehende Sauer verursachte einen Erdrutsch, wodurch das Geleise der Prinz Heinrich-Bahn verschüttet wurde. Der Verkehr wird durch Umfahrungen aufrechterhalten. — Durch das Hochwasser des Rheins ertranken bei Herdingen ein Schiffer, bei Niebe ein Mädchen und bei Elten zwei junge Leute. Eine mit 50 Personen besetzte Fähre, deren Drahtseil zerriß, wurde stromabwärts getrieben; es entstand großes Entsetzen, doch wurden die Insassen später von zwei Dampfern mit Mühe gerettet.

Auch noch andre Ströme und Flüsse zeigen in den letzten Tagen Anfänge von Hochwasser. So ist das Wasser der Elbe stark gestiegen und steigt noch immer. Auf der Weichsel erfolgte heute früh, wie gedreht wird, von der russischen Grenze bis Bromberg der Eisaufbruch unter auf 2,50 Meter steigendem Wasser. Der Eisgang verläuft regelrecht.

Durch Lawinen verschüttet. Aus Paris wird gemeldet: Die Ortschaft Aragnouet in den Pyrenäen ist durch Lawinstürze verschüttet worden. Das Steingeröll und Eis bedeckt 10 Meter hoch die Ebene. Das Vieh ist ohne Futter und die Einwohner leiden an Lebensmitteln Not.

Ein Eisenbahnunglück wird aus Brüssel gemeldet: Heute morgen um 8 1/2 Uhr erfolgte dort in der Nähe des Nordbahnhofes ein Zusammenstoß zwischen einem Zuge, der von Ostende kam, und einem, der nach Antwerpen fuhr. Eine Person wurde getötet, sieben verletzt.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 16. Februar 1904.

Ein wenig kälter, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

<b>Centralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands.</b> Verwaltungsstelle Berlin I. Am Sonntag, den 14. Februar, verstarb unser Mitglied, der Leitergerüstbauer <b>Rudolf Reichwehr</b> nach schwerem Leiden an der Proletariatskrankheit. Seine Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. d. Mts., nachm. 17 Uhr, vom Trauerhause Bergmannstr. 14 aus nach dem Kirchhof der Delligkreuz-Gemeinde in Rariendorf statt. 67/6 Die Ortsverwaltung I.	<b>Dr. Simmel,</b> Prins-Str. 41, Spezialarzt für [70/13] Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4
<b>Rudolf Reichwehr</b> nach schwerem Leiden an der Proletariatskrankheit. Seine Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. d. Mts., nachm. 17 Uhr, vom Trauerhause Bergmannstr. 14 aus nach dem Kirchhof der Delligkreuz-Gemeinde in Rariendorf statt. 67/6 Die Ortsverwaltung I.	<b>Dr. Schönemann</b> Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9. 1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8. Sonnt. 9-11
<b>Dankfagung.</b> Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer einzigen, geliebten Tochter, sagen wir allen Freunden, Bekannten und Bewandten unsern innigsten Dank. Die Trauernden Hinterbliebenen: 18385 C. Rott und Familie.	<b>Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer.</b> nur Mariannen-Strasse 2. Bereits-Kränze, Palmen- u. Blumenarrangements, Bouquets, Gullanden usw. werden fein u. preiswert geliefert
<b>Dankfagung.</b> Allen denjenigen, die bei der Beerdigung des Steinträgers Wilhelm Sorge und ihre Teilnahme bewiesen haben, sagen wir unsern innigsten Dank. Die Hinterwandten.	<b>Streng reell!!</b> Neues Parzellierungsterrain I 2 1/2, Meisen u. Centrum Berlin, Mark pro Rate !! Strahlenland gratis, feinsten Gartenboden, herrliche, gesunde Lage, vert. Schulz, Ritzdorf, Renaustr. 12, Burkhardt, Ober-Schöneweide, Siemensstr. 9. Vom 22. Februar ab Preis-erhöhung!
<b>Kranz- und Blumenbinderei von H. Rodewald,</b> Alexandrinenstrasse 1a. Kranze mit Widmungsschleifen, Kranz zu Festlichkeiten, Bouquets, Topfgewächse jeder Art u. preiswert.	<b>Feigenpillen.</b> Bewährte Abführ- u. Nutreinigungspillen a. Schachtel 1 Mark. Apothek. a. gold. Adler, S. Alexandrinenstr. 41. (Extr. Caric. Ext. Casc. Sarg. 9: 0.1.)

Donnerstag, den 18. Februar, abends 8 Uhr  
finden für Berlin und Umgegend

# Protest-Versammlungen

in folgenden Lokalen statt:

1. Kreis: Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
2. " Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53.
3. " Dresdener Kasino, Dresdenerstr. 96.
4. " (Südost): Urania, Brangelstr. 11.  
(Ost): Brauerei Friedrichshain, Am Königsthor.
5. " Schützenhaus, Linienstr. 5.
6. " Berliner Proter, Kastanien-Allee 8/9.  
Weimanns Volksgarten, Badstr. 56.  
Eiskeller, Chausseest. 88.  
Brauerei Vahrenhofer, Turmstr. 25/26.

Schöneberg: Obst's Festsäle, Meiningen- u. Martin Lutherstraßen-Ecke.

Wilmerisdorf: Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40

Nixdorf: Victoria-Säle, Hermannstr. 49/50.

Rummelsburg: Café Bellevue, Hauptstr. 1.

Tages-Ordnung:

## Russische Polizei in Deutschland.

Referenten: Genossen Alberty, Bernstein, R. Fischer, Förster, Gradnauer, Haase, Kaliski, Ledebour, Liebhuecht, Pfannkuch, Scheidemann, Singer, Wurm, Zubeil.  
Um zahlreichen Besuch bitten

209/13

Die sozialdemokratischen Vertrauensleute.

**Socialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Osten).**  
Dienstag, den 16. Februar cr., abends 8 Uhr, in den **Andreas-Festsälen**,  
Andreasstraße Nr. 21:

### Grosse Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Gen. **Ströbel** über: **Russisch-japanischer Krieg.**  
2. Diskussion. 3. An den Vorstand gelangte Anträge.  
Um zahlreichen Besuch ersucht

Der Vorstand.

**Socialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (SO.)**  
Dienstag, den 16. Februar, abends 8 Uhr:

### Versammlung

im Saale des Herrn Otto (Drahtenburg), vor dem Schlichten Thor.  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Alberty über:  
"Die Kulturherrschaft in Preußen und der Socialismus in Russland."  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Um zahlreichen Besuch ersucht

Der Vorstand.

### Achtung! Achtung!

Dienstag, den 16. Februar 1904, abends 8 1/2 Uhr,  
im **"Hofjäger-Palast"**, Hasenheide 52/53:

### Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: "Unsere Waffen im Befreiungskampfe des Proletariats". Referent: Genossin **Steinbach-Hamburg**.  
Diskussion.  
Am Mittwoch, den 17. Februar, spricht Genossin Steinbach-Hamburg im **"Berliner Proter"**, Kastanien-Allee 7/9.  
Um zahlreichen Besuch bittet

Der Einberufer.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Morgen Mittwochabend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer 15:

### Vertrauensmänner - Versammlung

fämtlicher Bezirke und Branchen.  
Tages-Ordnung: Aus der Praxis der Versicherungs-  
gewerbe. Referent: Genosse **Rob. Schmidt**. Streits und Differenzen.  
Verbandsangelegenheiten.  
Vertrauensmännertaxe nebst Mitgliedsbuch legitimiert.  
Jede Werkkatt entsendende Delegierte. Die Ortsverwaltung.

### Achtung! Portefeuller! Achtung!

**Verband der Portefeuller, Zahlstelle Berlin.**  
Mittwoch, den 17. Februar 1904, abends 8 Uhr, in Graumanns  
Festsälen, Rannistr. 27:

### Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Die Notwendigkeit des Heimarbeiters-Schutzes. Referent:in:  
Frau **Lily Braun**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Zur Deckung der Unkosten findet eine Zellerhebung statt.  
Wegen der wichtigen Tages-Ordnung ist jedes Mitglied verpflichtet,  
in dieser Versammlung bekümmert zu erscheinen. Außerdem ist auch jeder  
mit uns sympathisierende Kollege und alle Kolleginnen, welche nicht Mit-  
glieder sind, freundlichst eingeladen.  
Die Einberufer.

**Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk.**  
**Anzüge nach Mass von 25 Mk. an.**

**M. Schulmeister**, **Dresdenerstr. 4**  
am Kottbuser Thor.  
Schneidermeister.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 3358.

Mittwoch, den 17. Februar 1904, abends 8 1/2 Uhr, in der  
Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47-48:

### Bezirks-Versammlung für Moabit.

Tages-Ordnung:  
1. Gewerkschaftliche Kämpfe und Unternehmer-Verbände. Referent:  
Reichstags-Abgeordneter Genosse **Veitgen**. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der  
gesamten Bezirksleitung. 4. Verschiedenes.

Sonntag, den 21. Februar 1904, vormittags 10 Uhr,  
in der Neuen Welt, Hasenheide 108-114:

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht der Ortsverwaltung. 2. Kassenbericht und Bericht der  
Revisorin. 3. Diskussion. 4. Neuwahl des 1. Bevollmächtigten, des  
2. Kassierers, eines Revisors sowie zweier Beisitzer. 5. Neuwahl von vier  
Bureaubeamten. 6. An die Verwaltung gelangte Anträge.  
Ohne Mitgliedsbuch keinen Zutritt. 111/10  
Um zahlreichen Besuch ersucht Die Ortsverwaltung.

### Verband der Schneider u. Schneiderinnen.

(Filiale Berlin).  
Mittwoch, den 17. Februar 1904, abends 8 1/2 Uhr:

### Mitglieder-Versammlung

in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20.  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Schriftstellers Herrn **W. G. Saage** über:  
Entwicklungsgeschichte des Weltalls und der Erde. 2. Neuwahl des  
Beitragsammalers und Bestimmung der Ortsverwaltung.  
Die Mitglieder aller Branchen werden ersucht, zahlreich und pünktlich  
zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch legitimiert! Ohne dasselbe  
oder mit über dreizehnwöchentlichem Rückstand kein Zutritt.  
162/4 Die Ortsverwaltung.

### Achtung! Schuhmacher. Achtung!

Mittwoch, den 17. Februar 1904, abends 8 1/2 Uhr:

### Grosse öffentliche Versammlung

fämtlicher in der Schuhindustrie und dem  
Schuhmachergewerbe beschäftigten Personen  
in den **Residenz-Sälen**, Landsbergerstraße 31.

Tagesordnung:  
1. Der bevorstehende Heimarbeiterschutz-Kongress und seine  
Bedeutung für unsere Industrie. 2. Diskussion. 3. Die Lohnabhängigen bei  
den Herren-Schuhfabrikanten und die Haltung des Fabrikantenverbandes.  
4. Verschiedenes.  
Um zahlreichen Besuch ersucht Die Agitations-Kommission.

Sonntag, den 20. Februar, hält der Verein deutscher Schuh-  
macher im Schweizer-Garten seinen diesjährigen Maskenball ab.  
Billets a 50 Pf. sind bei den Kassieren, den Vertrauenspersonen, in den  
Zahlstellen und im Bureau, Wilmannsstraße 10, zu haben.  
169/7 Die Ortsverwaltung.

### Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Berlins

(G. N. 88, Berlin).  
Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Freund, Weinstr. 11:

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Rechnungslegung pro 1903. 2. Neuwahl des gesamten Vorstandes  
3. Neuwahl des Ausschusses. 4. Innere Kassenangelegenheiten.  
187/2 Der Vorstand: **Karl Butry**, Vorsitzender.

### Arbeiter-Radfahrer-Verein Berlin.

Sonntag, den 20. Februar d. J., in den Gesamtträumen des  
"Schmiedischen Brauhauses", Landsberger Allee 11/13:

### Grosser Wiener Maskenball.

Ausführung einer humoristischen Radfahrer-Pantomime,  
Reigenfahrten, humoristische Vorträge, humoristisches Radrennen  
auf unterirdischen Rädern etc. 11/19  
Billets sind im Vereinslokal Andreasstr. 26 zu haben.  
Anfang 9 Uhr. Eintritt 50 Pf.  
Es ladet freundlichst ein Das vergnügte Komitee.

Berlin. Filialen. Stettin.  
**Anzüge nach Mass**  
**Paletots nach Mass**  
24 und 30 Mark.  
Liefere bei peinlichster gewissenhafter Anprobe mit guten  
Zutaten von prima **Mass-Stoffen** die elegantesten  
**Anzüge nach Mass** zu obigen Preisen. 4274L  
Kein Zwang zur Abnahme, wenn der Anzug nicht sitzt.  
**Sonnenscheins Partie-Waren-**  
Haus  
und Herren-Moden nach Mass.  
Chausseest. 54, I. Lindenstr. 95, I.

**Jede Uhr**  
an reinigen kostet  
bei mir unter Garantie nur 1,50 Mk., außer Bruch. Kleine Repara-  
turen billiger. **Trauringe** in jedem Gold und Doublet zu billigen  
Preisen in jeder Preislage und Nummern stets am Lager. **Großes**  
**Ketten-Lager** zu allen Preisen.  
**Emil Rothert**, Uhrmacher und Goldarbeiter,  
Andreas-Strasse 62. - Frankfurter Allee 114.

**Vereine.** Zimmer für 80 und 20 Personen, auch für Gelan-  
gung. **Neues Pianino**, Dittichstr. 39, I. Etage.  
**Karl Grosser**, (Stollens Bahnhofs Börse und  
Weganderplatz) Telefon: Amt III, 1813. Vertretungslokal des Verbandes  
deutscher Gastwirtsgewerkschaften. 4200/2

**Vollständige Jahrgänge**  
diverser Zeitschriften  
berleht bittigt 38922  
**Journal-Lesezirkel**  
**German**,  
SW., Solmsstraße 41.  
Abonnements von 20 Pfennig an  
pro Woche. - Prospekt gratis.

**Achtung! Lackierer! Achtung!**  
Mittwoch, 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Wendts Klubhaus,  
am Königsgraben 14a (unmittelbar am Alexanderplatz):  
**Oeffentliche Versammlung**  
aller in Lackierereien beschäft. Personen Berlins u. Umg.  
Tagesordnung:  
1. Arbeiter und Klassenkampf. Referent Genosse **S. Bartels**. 2. Dis-  
kussion. 3. Rechnungslegung des Vertrauensmannes Kollegen **D. Barthe**.  
4. Verschiedenes. 107/3  
Kollegen, Kolleginnen und sonstige Mitarbeiter, erscheint alle! Niemand  
darf fehlen! Der Einberufer.

**Verband der Möbelpolierer.**  
Mittwoch, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Koppenstr. 29:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Fortsetzung der Diskussion über die Arbeitslosen-Unterstützung. 2. Be-  
schlußfassung über die Anstellung eines Kollegen. 3. Wahl. 4. Die Differenz  
bei der Firma Wendelsohn, Köpcke-Str. 128, und das Verhalten des  
Zwischenweilers König. 5. Anträge: a) Den Heimarbeiterschutz-Kongress  
durch einen Delegierten zu beschicken. b) Einen Delegiertenentwurf einzu-  
bringen. 6. Verschiedenes.  
Die Herren Wendelsohn und König sind schriftlich eingeladen.  
Die Kollegen, welche nähere Angaben machen können, wo Heimarbeit  
angelernt wird, werden ersucht, dieses schriftlich beim Vorstande anzugeben.  
Das Mitgliedsbuch muß an der Kontrolle vorgezeigt werden.  
Die Versammlung findet im großen Saale statt. Dasselbst Ausgabe der  
Jahresberichte. Da jedes Mitglied ein neues Mitgliedsbuch erhält, werden  
die Kollegen ersucht, recht früh zu erscheinen. 143/10  
Sonntag, 5. März, in L. Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:

**Maskenball.**  
Billets a 50 Pf. sind bei den Zahlstellen-Kassieren zu haben.  
Der Vorstand.

**Landparzellen (Baustellen),**  
Vorortverkehr, Bahnhof bequem gelegen, landschaftlich  
hervorragende Gegend, Angelegenheit, steigende Grund-  
preise in schnell aufblühender Kolonie, in jeder Preislage  
und Größe zu verkaufen. Offerten an **Rudolf Mosse**,  
Berlin SW., Leipzigerstrasse 103 sub **G. R. 315**. 69/8

**Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik**  
Reichenbergerstraße 5. **A. Schulz**, Reichenbergerstraße 5.  
Empfehle Einrichtungen von 240 bis 5000 Mk. in nur anerkannt gelegener Ausführung, auch einzelne Stücke,  
Strenge reelle und gewissenhafte Bedienung. (42502\*) zu äusserst billigen Preisen. Coulanteste Zahlungsbedingungen.

Generalversammlung des Bundes der Landwirte.

Berlin, 15. Februar 1904.

Gegen 12 1/2 Uhr mittags eröffnete der Bundesvorsitzende Dr. Köpcke-Sördsdorf die Generalversammlung mit etwa folgender Rede: Als wir im vorigen Jahre unsere Generalversammlung abhielten, da zitterten die Kämpfe des Reichstages über den Zolltarif noch nach. Was wir damals prophezeiten, ist leider eingetroffen. (Rufe: Sehr richtig!) Noch immer ist an eine Aenderung der Wirtschaftspolitik der Regierung nicht zu denken. Der Ausfall der Reichstagswahlen ist für den Bund verhängnisvoll beurteilt worden. Von den auf der Linken stehenden Zeitungen waren es nur zwei, die nicht behaupteten, der Bund der Landwirte habe bei den Wahlen eine Niederlage erlitten, das waren die „Freisinnige Zeitung“ und der „Vorwärts“. (Lebhaftes Bravo!) Bedauerlich ist es ja, daß die Großgrundbesitzer sich noch immer nicht in der gewünschten Weise dem Bunde angeschlossen haben, umso größer ist die Zahl der mittleren und kleinen Landwirte, die dem Bunde im letzten Jahre wieder beigetreten sind. Aber besser ist es leider noch nicht geworden. Auch die Vorgänge in der Sozialdemokratie haben dieser Partei noch keinen Abbruch getan. So lange in der Wirtschaftspolitik keine Aenderung eintritt, ist daran nicht zu denken. Erfreulich ist ja das Vorgehen des Reichsanzlers Grafen Bilow gegen die Sozialdemokratie. Allein es ist nur bedauerlich, daß hinter den Worten nicht die That steht. Das war zu Zeiten des Fürsten Bismarck anders. Man nennt uns den notleidenden Bund der Landwirte. Die Kollage der Landwirtschaft ist allerdings die Ursache gewesen, daß im Jahre 1893 der Bund ins Leben gerufen wurde. Wir haben uns aber niemals Bund der notleidenden Landwirte genannt und müssen daher gegen diese Namensunterstellung mit voller Entschiedenheit protestieren. Graf Folladownsky sagte: Kein vernünftiger Mensch wird es den Arbeitern verdenken, wenn sie die Besserung ihrer sozialen Lage anstreben. Allein was dem Arbeiter recht ist, das ist doch dem Bauer auch billig. (Rufe: Sehr richtig!)

Freiherr v. Waldhahn erstattete danach den Geschäftsbericht. Der Vorsitzende schlägt vor, von einer Verlesung abzusehen, da der Bericht schon gedruckt vorliegt und auch schon durch den „Vorwärts“ veröffentlicht worden sei.

Nittergutsbesitzer, Reichstags-Abgeordneter Graf v. Reventlow (Mülshagen, Schleswig-Holstein) sprach danach über die Börsenreform. Eine gewisse Klasse verlangt eine Aenderung des Börsengesetzes, damit Treue und Glauben wieder an der Börse platzgreifen könne. (Heiterkeit.) Wir können nur bedauern, daß der Terminhandel nicht mit scharfen Strafbestimmungen belegt ist, denn der Terminhandel, der zur Auspörierung des deutschen Volkes geschieht, wird nach wie vor von einer Anzahl Schwindlern betrieben. Dieses Verfahren kann nur durch scharfe strafrechtliche Bestimmungen verhindert werden. Der jüdische Sozialdemokrat Parvus hat die Börse eine Bande von Schwindlern genannt. Aber trotzdem hat die Börse eine große Macht. Der Tanz um goldene Kalb droht unser Volksleben immer mehr zu vergiften. Und hinter der Börse steht fast die gesamte liberale Presse. Sollte dem schaffenden deutschen Volke durch eine Aenderung der Börsengesetzgebung Gefahr drohen, dann wird es notwendig werden, von den gegebenen parlamentarischen Hilfsmitteln den erforderlichen Gebrauch zu machen. (Stürmischer Beifall.)

Mit stürmischem Beifall begrüßt, nahm danach Abg. Dr. Diederich Hahn das Wort über die wirtschaftspolitische Lage: Es ist bereits ausgeführt worden, daß unsere wirtschaftspolitische Lage noch immer nicht besser geworden ist; die Getreide- und Viehzölle, die der Landwirtschaft hätten aufhelfen können, wären im vorigen Jahre vom Reichstage angenommen worden, sie sind aber gescheitert an dem Widerstande des Reichsanzlers Grafen Bilow, des „Freundes der Agrarier“. (Lebhaftig! Sehr richtig!) Graf Bilow hat leider das Erbe der Caprivischen Politik angetreten. Und Graf Bilow verfolgt leider diese Politik weiter. Ich will den Grafen Bilow diesmal nicht so scharf angreifen wie im vorigen Jahre. Damals sind mir in der Erregung, die noch aus den Kollkämpfen nachzitterte, einige heftige Worte entfallen. Wir wollen dem Reichsanzler zürnen: Bilow, werde hart und schaffe uns wieder gute Handelsverträge. (Stürmischer Beifall.) Der Kampf um die Handelsverträge wird im Reichstage erst beginnen. Sollten dieselben, was nicht unmöglich ist, abgelehnt werden, dann wird ein neuer Kampf beginnen und dann hoffen wir, daß wir mehr als 1/2 Millionen Bundesmitglieder haben werden.

Abg. Freiherr v. Wangenheim-Al. Spiegel erklärt den Bund für die zuverlässigste Truppe vor dem Throne der Hohenzollern. (Stürmischer Beifall.)

In der alsdann erfolgten Besprechung lagte Ahmann-Holzengel (Thüringen) über die schlechte Lage der Landwirte in seiner Heimat.

Chefredakteur Schreyff (Stuttgart) führte aus: In Württemberg seien selbst die Minister des Königs den Agrariern in den Rücken gefallen. (Hört! hört!)

Nittergutsbesitzer Bunde-Waekern (Ostpreußen) wendet sich gegen die Arbeitslosen-Versicherung. Dadurch würde die Flucht der Landarbeiter in die Städte noch größer werden.

Nittergutsbesitzer aus dem Winkel (Logau, Schlesien): Man nemi die Agrarier Reaktionen. Wer die Auspörierung des deutschen Volkes und den Umsturz alles Bestehenden will, der trete ein für die moderne Entwicklung. Wer solche Verhältnisse nicht will, der sorge dafür, daß wieder die alten Verhältnisse, wie sie unter dem Fürsten Bismarck vorhanden waren, wiederkehren. Darauf nahm, mit stürmischem Beifall begrüßt, Chefredakteur Dr. Dertel-Berlin das Wort: Man bezeichnet die Sozialdemokratie als den größten Feind aller Staats- und Gesellschaftsordnung, dessen Bekämpfung nicht energisch genug betrieben werden könne. Ich bin der Letzte, der das leugnen wollte. Aber man kann die Sozialdemokratie weder tödend noch tödlich schlagen. Die professionierten Scharfmacher befinden sich ebenso auf dem Holzwege wie die Verlöbnungs- und Rauferspropaganden. (Stürmischer Beifall.) Es wird gesagt: in der Bekämpfung der Sozialdemokratie sollten alle bürgerlichen Parteien in Einigkeit zusammenstehen. Ich bin gewiß für diesen gemeinsamen Kampf. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie in den Großstädten den besten Nährboden hat. Die Sozialdemokratie hat ihre Wurzel in den Großstädten. Der neue, moderne Mittelstand, bestehend aus den Rahoucks von Reichthum und Sieg und aus den Laifundien von Woffe und C o h u liefern die besten Offiziere und Unteroffiziere für die Sozialdemokratie. (Beifall und Heiterkeit.) Wir werden den Kampf führen in Vertrauen auf unsern Gott. Unter diesem Zeichen wollen, werden und müssen wir stehen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Gutsbesitzer Abg. Stauffer (Oberjülzen, Pfalz) wendet sich gegen den Reichsanzler Grafen Bilow.

Nittergutsbesitzer Abg. v. Oldenburg-Jamischau (Westpreußen): Er bezweifle, daß man mehr bekommen würde, als die Minimalzölle. Sollten wir Handelsverträge erhalten, die unsre Lage verschlechtern, dann muß unsre Parole sein: An die Wand mit diesen Zolltarif! (Stürmischer Beifall.) Man sagt: es ist unmöglich, eine Partei von drei Millionen Reichstagswählern unter ein Ausnahmegezeis zu stellen. Diese Leute vergessen nur, daß von den drei Millionen 2 999 000 keine Sozialdemokraten waren. Zum mindesten müßte das Wahlrecht eine Revision erfahren. Wir führen in Wahrheit einen Kampf für unsre Pflichten. (Stürmischer Beifall.) Es sprachen noch Schneidemeyer, Donner-Berlin, Hirt (Schlesien) u. a. Danach wurde mit einem dreifachen Hoch auf den Sieg der Landwirte die Generalversammlung geschlossen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Spandau. Mittwochabend 8 Uhr findet im Rumleischen Lokale, Schönwalderstr. 80, eine Volksversammlung statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Wandert-Koldas über das Thema referiert: „Die Konsumgenossenschaften und die Arbeiter.“ Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Wilmerdorf. In der bei Witte, Berlinerstr. 40, am Donnerstagabend stattfindenden Protestversammlung gegen den Auslieferung hält Genosse Eduard Bernstein das Referat. Parteigenossen, agitiert für zahlreicheren Besuch dieser Versammlung. — Dienstagabend 7 Uhr ist Handzettel-Verteilung. Es versammelt sich der 1. und 2. Bezirk bei Ratusch, Hlbrandstr. 71, der 3., 4. und 5. Bezirk bei Witte, Berlinerstr. 40, der 6. Bezirk bei Rudloff, Bruchsalstr. 14, der 7. Bezirk bei Hilpert, Galensee, Kurfürstendamm 129.

Schöneberg. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung des Wahlvereins bei Döb, Weiningerstr. 8. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Simon Kayenstein: „Alkohol und Arbeiterkass“. Außerdem Bericht von der Generalversammlung des Kreises. — Frauen haben Zutritt.

Romow. Mittwoch, abends 1/2 9 Uhr, findet im Bernhardtischen Lokale, Priesterstraße, eine Volksversammlung statt. Tages-Ordnung: Der Sozialismus in Russland und die Verfolgung der russischen Freiheitskämpfer in Preußen. Referent: Dr. Max Albert. Um diese Protestversammlung gegen den Sozialismus in Preußen zu einer recht imposanten zu gestalten, erfragen wir die Genossen, für zahlreicheren Besuch Sorge tragen zu wollen.

Lokales.

Der Stadthaushalts-Etat für 1904.

liegt jetzt im Entwurf vor. Der von den Verwaltungsdeputationen bzw. dem Magistratskollegium in den letzten Monaten und Wochen aufgestellte Plan, nach dem die Kommune Berlin im Etatsjahr 1904 wirtschaften soll, bedarf nun noch der Prüfung und Genehmigung durch die Stadtverordneten-Versammlung. Er ist den Stadtverordneten zugegangen und wird in ihrer nächsten Sitzung einer ersten Beratung unterzogen werden.

Der Etat schließt diesmal ab in Einnahme mit 134 1/2 Millionen Mark, in Ausgabe mit über 135 1/2 Millionen Mark. Die Differenz von reichlich 1 Million Mark soll gedeckt werden aus Beiträgen, die schon durch frühere Etats bewilligt sind (für Verlängerung der Mantuffelstraße und Bau einer Spreckbrücke nach der Fruchtstraße), aber in absehbarer Zeit nicht verwendet werden können. Zum Stadthaushalts-Etat kommen noch hinzu die eignen Etats der städtischen Werke (Gas, Wasser usw.), die in Einnahme und Ausgabe mit 103 1/2 Millionen Mark abschließen.

Ohne die aus dem allgemeinen Stadtkat zu deckenden Zuschüsse zu einigen Werken (Kanalisation, Hafen) und ohne die Aufwendungen für die Steuerverwaltung beläuft sich die Ausgabe des Stadthaushalts-Etats für 1904 auf 132 1/2 Millionen. Ohne die dem allgemeinen Stadtkat zuzuführenden Ueberschüsse aus einigen Werken (Gas, Wasser, Viehhof) und ohne die Einnahmen aus Steuern steht der Ausgabe von 132 1/2 Millionen nur eine Einnahme von 58 1/2 Millionen gegenüber. Es sind also noch 73 1/2 Millionen Mark Ausgabe zu decken. Aus den Werken werden 5 1/2 Millionen Ueberschuss erwartet, denen 2 Millionen Zuschuß gegenüberstehen, so daß der Reinerüberschuß der Werke 6 1/2 Millionen beträgt. Von den 73 1/2 Millionen Mark Ausgabe bleiben dann noch 66 1/2 Millionen, die anderweitig zu decken sind. In Anrechnung soll hier kommen die oben erwähnte 1 Million (Mantuffelstraße usw.); die übrigen 65 1/2 Millionen Mark sind durch Steuern auszubringen. Da die Steuerverwaltung 1 1/2 Millionen Mark Ausgaben haben wird, so müssen 67 Millionen aus den Taschen der Steuerzahler herausgeholt werden. Es wird angenommen, daß das möglich sein wird, ohne über die bisherigen Sätze von 100 Proz. für die Gemeinde-Einkommensteuer und 150 Proz. für die Grund- und Gewerbesteuer hinauszugehen.

Daß es wiederum gelinge, diese Klippe zu umsegeln, das wird den Etatmachern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung als das wichtigste Stück ihrer Arbeit erscheinen; die Sorge um die „Kulturaufgaben“ der Stadt hat dem Berliner Preifinn allezeit erst an zweiter Stelle gestanden. Im vorigen Jahre schlug der Magistrat eine Ueberschreitung der bisherigen Sätze vor, aber die Stadtverordneten-Versammlung lehnte das ab, und sie stellte das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe des Etats durch jenes bekannte Valancierungs-kunststück her. Diesmal hat schon der Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung die Wäse abgenommen. Es bleibt also wiederum bei den bisherigen Sätzen, und für die nächsten Jahre ist mit noch größerer Sicherheit ein gleiches zu erwarten. Die endlich genehmigte 228 Millionen-Anleihe macht das auf den Sand geratene Schiffelein der Kommune Berlin wieder flott. Fragt sich nur, was werden wird, wenn die Zeit herankommt, wo mit der Abzahlung der Schulden begonnen werden muß.

Mißerfolge bei der Zwangsverziehung. Magistratsoffiziers wird berichtet: Die städtisch verwahrlosten, meist der Schule entwachsenen Mädchen verurachten in den letzten Jahren der städtischen Verwaltung weit mehr Mühe als die Knaben. Die Mehrzahl, die fast sämtlich der gewerbemäßigen Unzucht anheimgefallen sind, werden nicht erst dem Waisenhause Berlin, sondern sofort Privatanstalten überwiesen. Ueber den erzieherischen Erfolg bei den jugendlichen Prostituierten ist wenig Günstiges zu berichten; in den höheren Altersklassen, besonders von 17. Lebensjahre aufwärts, ist die städtische Verwahrlosung so erschreckend weit vorgeschritten, daß die angewendeten Erziehungsmaßregeln mit geringen Ausnahmen gänzlich verfallen. Es stellt sich mehr und mehr heraus, daß der Wert der Anstalts-erziehung bei diesen Elementen weniger in dem Erziehungs-zweck zu suchen ist als darin, daß diese Mädchen für eine Reihe von Jahren ihrem unethischen Gewerbe entzogen werden. Ja selbst diese Internierung ist nicht dauernd, denn die Mehrzahl der Mädchen entzieht sich wiederholt der Anstaltsklausur, um ihrem schimpflichen Gewerbe wie vordem nachzugehen. Nach den vorliegenden Erfahrungen ist allgemein zu sagen, daß durch das Herausheben der für die Unterbringung in Fürsorge-Erziehung zulässigen Altersgrenze bis zum achtzehnten Lebensjahre besonders für die jugendlichen Prostituierten erzieherische Erfolge kaum erwartet werden dürfen. Den im vorgeschrittenen Alter befindlichen Minderjährigen, Knaben nicht ausgenommen, ist mit den Mitteln der Fürsorge-Erziehung schwerlich zu helfen. Will man daher dem sozialpolitisch hoch bedeutsamen Befehl volle Geltung verschaffen, so müssen alle die Schwierigkeiten beseitigt werden, die der Einbeziehung gerade der jüngsten Altersstufen immer noch entgegen stehen.

Diese traurige Litanie drängt ebenfalls zur Erörterung der Frage, ob denn das ganze auf Kirchenfrömmigkeit beruhende System der heutigen Zwangsverziehung nicht selbst an seinem Bankrott schuld ist. Wir beklagen sehr, daß die Art, wie jetzt dies Erziehungs-system geübt wird, nicht allein bei den herangewachsenen, sondern auch bei den jugendlichen Jünglingen Misserfolge über Misserfolge aufweisen wird.

Ein Reitergericht über achtzehn Professoren der Berliner Universität hat unser lieber Hofprediger Stöder abgehalten. Zur Zeit der Landtagswahlen haben, wie erinnerlich sein wird, achtzehn Professoren der königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität unter allen patriotischen Vorbehalt, im übrigen aber mit gelindem Grausen erwogen, daß es die Grundpfeiler eines modernen Staatswesens dem doch aufs ärgste erschüttert heißt, wenn wie in Preußen, das arbeitende Volk zu Gunsten einer raffigierigen Schlot- und Krautjunkerlaste von der Vertretung im Parlament ausgeschlossen bleibt. Weiter sagten sich die Herren folgerichtig, daß dieser Staat jämmerlich zusammenkrachen muß, wenn abermals, wie zur Zeit der Gründung der Universität eine starke Erschütterung von außen über ihn kommen sollte. Um das himmelstreichende Unrecht, unter dem das preussische Volk schmachtet, mit einem Pfästerchen zuzudecken, haben die achtzehn Professoren dann weiter erwogen, ob es im Landtagswahlkreise Teltow nicht doch möglich sei, einen Vertreter der Unterdrückten in den Landtag zu schicken. Als es aber zur That kommen sollte, haben sie sich mit Schauern von der Vertretung dieses revolutionären Gedankens abgemant. Immerhin hat die Partei, deren historischer Beruf es ist, Preußen einem neuen Jena entgegenzuführen, das Beginnen der Professoren übel bemerkt; und eine drohliche Ironie liegt darin, daß der Mann, der vor zwanzig Jahren sich in dem Jertbahn wogte, eine mit der Sozialdemokratie konkurrierende Volksbewegung schaffen zu können, zu Gunsten der konservativen Partei die Ablagerung der Professoren übernahm. Es stand der Demagogie des Herrn Stöder prächtig an, daß er die Kühnheit hatte, sich auf einen Mann zu berufen, der mit seinem ganzen sittlichen Ernst das heutige Landtagswahl-Unrecht bekämpft hätte, auf den Philosophen Fichte. Stöder machte sich die Bekämpfung der Professoren bequiem und führte deren Verhalten auf den — Unglauben der Zeit zurück, von dem leider auch die Wissenschaft angesteckt sei. Ein größeres Unglück noch als die Sozialdemokratie sei die Areligiosität der Gebildeten. Das Vorgehen der Professoren sei ein trauriger Beweis dafür, daß äußerlich sehr gebildete Leute von dem, was der Nation frommt, keine Ahnung hätten. Einige Parteigenossen nahmen Herrn Stöder ernst und machten sich die Mühe, ihn zu widerlegen. Sie hatten aber nicht mit dem christlichen Geist der Versammlung gerechnet, der ihnen in Aeußerungen wie „unerschämter Freigel“ zc. entgegentrat. Man ging um Mitternacht unter dem Einbruch nach Hause, daß das Dreiklassen-Wahlrecht und die heutige Ordnung der Dinge in Preußen nichts Besseres verdienen, als von einem Stöder in Schutz genommen zu werden. Sie sind einander wert.

Nach dem amtlichen Bericht der Direktion des städtischen Vieh- und Schlachthofes stellte sich der Preis für Schweine im Dezember v. J. im Durchschnitt auf 40 bis 40 P. für 100 Pfund Schlachtgewicht, oder bei Lebendgewicht mit 20 Proz. Tara Vergütung. Im Engros-Handel wurde für Schweinefleisch 46—50 1/2 P. und für Rindfleisch 40—63 P. bezahlt. Diese Preise sind inzwischen weiter gefallen.

Ein heftiger Kampf zwischen Naturheilkundigen und Vertretern der Medizin wird im nächsten Monat wieder einmal vor der hiesigen Strafkammer ausgedacht werden. Nach längerem Vorverfahren ist jetzt Anklage erhoben worden gegen eine Frau Aube und zwei praktische Ärzte wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung, deren durch berufliche Auen an Patientinnen der von Frau Aube geleiteten privaten Heilanstalt. Einer der hier in Frage kommenden Fälle ist von Prof. Dr. Briesen in der Nr. 6 des „Hygienischen Volksblattes“ vom 15. März v. J. eingehend behandelt worden, dann hat sich die Ärztekammer der Angelegenheit bemächtigt und die Strafverfolgung veranlaßt. In dem für den nächsten Monat zu erwartenden Termine zur Hauptverhandlung werden acht medizinische Sachverständige auftreten und es dürfte zu interessanten Auseinandersetzungen zwischen den Parteien kommen, da die Angeklagten behaupten, keinerlei Kunstfehler begangen zu haben. Die Angeklagten werden von den Justizräten W o n k e r und Dr. S e l l o und Rechtsanwält Dr. W e r t h a u e r verteidigt werden.

Eine neue Droschkenordnung wird voraussichtlich im April d. J. für Berlin in Kraft treten. Bei einer kürzlich im Polizeipräsidium abgehaltenen Besprechung zwischen Vertretern der Polizei und den Vorständen der Droschkenfahrerinnen und Kutschervereine wurde dem Bernehmen nach beschlossen, den bisher bestehenden Vorortstarif fallen zu lassen. Für Droschkenfabriken von Berlin nach den zum postalischen Berliner Bezirk gehörigen Vororten und umgekehrt soll hiernach die bisher gebräuchliche Zuschlagstaxe wegsfallen. Ferner soll der Doppeltarif zwischen Droschken erster und zweiter Klasse beseitigt werden. Auch die Uniformen der Droschkenkutscher sollen eine Aenderung erfahren; die rote Weste wird wegsfallen und die schwarze Hose mit Seitenschößen durch ein blaues Beinkleid ohne Knöpfe ersetzt werden. Der Uniformrock wird im Sommer blauen Litewken mit rotem Kragen und weißer Rige weichen.

Arbeiterrisiko im Eisenbahnbetriebe. Einem Betriebsunfall auf dem Lehrter Güterbahnhof ist der 20 Jahre alte Rangierer Gustav Thimian aus der Birkenstraße 19 zum Opfer gefallen. Er war nachts mit dem Anhängen abgehobener Wagen beschäftigt und blieb bei dieser Arbeit an der Spurstange hängen. Von dem nachfolgenden Wagen wurde Thimian dann umgriffen und an den Weinen schwer verletzt. Der Unglücksfall wäre nach sachmännischer Ansicht vermieden worden, wenn die Spurstange vorschriftsmäßig bedeckt gewesen wäre. Die an sich schon lebensgefährliche Arbeit des Rangierens wird in stodunkler Nacht verrichtet; die Geleise sind von Lagerplätzen und aufgestapelten Materialien so eingeeengt, daß es der größten Vorsicht bedarf, um nicht mit dem zu rangierenden Wagen in Verührung zu kommen. Dazu vergewaltigt man sich, daß von den Arbeitern ein zwölfstündiger, äußerst aufreibender Dienst zu verrichten ist. Die Weichensteller, die früher die Handweichen zu bedienen hatten, sind durch den Sparerlaß des Ministers Thielen aus dem Dienst gezogen und deren Arbeit muß vom Rangierpersonal mit geleistet werden. Damit die Unfallgefahr verringert werde, ist es notwendig, daß die Anlagen ordentlich beleuchtet werden und daß die Arbeitszeit ganz erheblich verringert wird; ebenso muß neben besserer Vergütung eine erhebliche Vermehrung der Rangiermannschaften erfolgen. Es würde die Eisenbahn-Angestellten außerordentlich freuen, wenn Herr Wudde sich die hier kurz erörterten Zustände mit der Laterne betrachten und für die dringend notwendige Abhilfe sorgen wollte. Seine Reden gegen die Sozialdemokratie sind gewiß etwas sehr Schönes, namentlich da sie für diese oben anscheinend immer noch nicht gern gesehene Partei sehr viel unfreiwillige Propaganda machen. Aber notwendiger noch als diese Aufreißung im politischen Kampfe wäre eine wirkliche Arbeiterfürsorge im Eisenbahn-Betriebe, mit der es heute noch ganz bedenklich hapert.

Erklärung. Die in Nr. 224 vom 25. September 1903 des „Vorwärts“ enthaltene Notiz über „Arbeiterrisiko“ betreffend den Schulneubau in der Putzbuscherstraße entspricht nicht den Thatsachen; dagegen enthält die in Nr. 232 vom 4. Oktober 1903 veröffentlichte Schilderung des Herrn Baumeisters Max Richter den wahren Sachverhalt. Wir haben Herrn Richter unser Bedauern über die Veröffentlichung der Notiz in Nr. 224 ausgedrückt, und darauf hat Herr Richter den gegen uns gestellten Strafantrag zurückgezogen.

Beim Fensterreinigen ist Sonnabendnachmittag in der Fabrik der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft in der Akerstraße ein im Institut der Glasreinigung beschäftigter Fensterputzer abgestürzt. Der Mann wurde schwer verletzt ins Kranenhaus gebracht. Augenzeugen berichten, daß bei der Arbeit alte Sicherheitsmaßnahmen

aufgehört gelassen wurden. Vielleicht bringt eine Untersuchung des Vorfallses Aufklärung.

Aus dem Jahresbericht des Asylvereins. Ueber fünf Millionen der Armen, die keine bleibende Stätte ihr eigen nennen, hat der Berliner Asylverein für Obdachlose während der 35 Jahre seiner segensreichen Thätigkeit nützliche Unterstüfung gewährt. Von 1811 im Jahre 1894 wuchs die Zahl seiner Schutzbefohlenen auf 58 284 im letzten Jahre! Und dabei mußten oft noch große Scharen hungernder und friererder Menschen wegen Ueberfüllung abgewiesen werden! Zwar haben sich die Beiträge und Legate in erfreulicher Weise vermehrt, indes steht der Verein vor einer neuen großen Aufgabe: die Vergrößerung des Männerasyls und der Neubau des Frauenasyls erweitern den Wirkungskreis des Vereins um mehr als die Hälfte des jetzigen Umfangs; es können dann 1000 Männer und 500 Frauen Aufnahme finden! Diese Mehrleistung kann natürlich nur durchgeführt werden, wenn auch im neuen Verwaltungsjahr die Opferfreudigkeit der Berliner Bevölkerung dem Verein erhalten bleibt.

Die geraubte Brieftasche. Eine unerwartete Entdeckung hat die Berliner Kriminalpolizei gemacht. Es ist ihr gelungen, eine sensationelle Diebstahlsaffäre, die seiner Zeit viel besprochen wurde, aufzuklären. Vor etwa 13 Jahren hatte der Fabrikant S. die Bekanntheit der unerschütterlichen Fanny Harnisch gemacht, die ihm während eines Schäferhundens in der Wohnung ihrer Freundin Tappert in der Stralauerstr. 57 seine Brieftasche raubte. Die Harnisch machte einen Ausflug nach Wittenberge und Kottbus zu Angehörigen und wurde von ihrem Bräutigam, einem Schlichter Richter, dem sie von Rixdorf aus ihren Reichtum mitgeteilt hatte, der Polizei verraten. Bei ihrer Verhaftung hatte sie nur 1400 Mark und wollte von nichts weiter wissen. Es konnte auch nirgends Geld ermittelt werden, so daß man annahm, die Harnisch habe den Rest vergraben. Sie erhielt damals anderthalb Jahre Gefängnis und hat die Strafe in Breslau verbüßt. Im vorigen Herbst heiratete das 24 Jahre alte Mädchen den Kaufmann H. und wohnt auf demselben Platz des Hauses Dreslauerstr. 30, wo ihr Stiefvater Gehl mit ihrer Mutter seit elf Monaten ein Schankgeschäft betreibt. Wegen des noch fehlenden Geldes wurden nun beide Familien fortwährend beobachtet. Dabei ergab sich zunächst, daß die Harnisch eine wertvolle Wohnungseinrichtung beschafft hatte und daß ihr Stiefvater bis zu seiner Ueberführung nach Berlin ein mittellose Pferdeshere in Kottbus gewesen war. Dazu kam, daß zwischen den beiden Familien oft Streitigkeiten, wahrscheinlich um die Diebstahlschuld, entstanden. Bei einer solchen Gelegenheit hatte die Harnisch ihren Stiefvater daran erinnert, daß sie ihm 6000 Mark zum Ankauf der Wirtschaft überlassen hätte. Nun wurden beide Seiten zur Vernehmung gezogen und die Harnisch, die für die verübte Straftat auch den Rest des Geldes behalten wollte, gestand nun ein, daß sie ihrem Stiefvater die 6000 Mark abgegeben hätte. Außerdem wurden aber der Schlichter Richter und ein verwandter Grünkrämmer in Kottbus von dem Schankwirt Gehl belästet. Der Grünkrämmerhändler hatte in Kottbus eine Summe erhalten. Der saubere „Bräutigam“ Richter, der die Harnisch der Polizei verriet und unter Thronen darlegte, daß er durch das Mädchen zum Richterthum verleitet und deswegen von seinem in Köthen lebenden Vater verstoßen wurde, sollte mit seinem Gewissen vereinbaren können, während seiner Soldatenzeit von der Harnisch 1000 M. Zulage einzustrecken. Das Geld hatte die Harnisch früher in Kottbus bei den Eltern in einer Salzblüde unter dem Salz verpackt. Die Eltern wurden jetzt verhaftet, die Mutter aber später entlassen. Gegen den Grünkrämmerhändler und Richter ist ein Verfahren anhängig gemacht worden.

Die Eierfahrt mit Hindernissen. Eine gefährliche Eierfahrt unternahmen am Sonnabend Mitglieder des Berliner Ruderklubs „Germania“ auf dem Boot „Martha“. Dem Herkommen gemäß besteht für die Wirtin, bei denen die Sportvereine anlegen, die Verpflichtung, daß der Klub, der als erster in jedem jungen Jahre bei ihnen ankommt, eine Mandel Eier als Preis entgegennimmt. Die „Martha“ machte sich abends um 8 Uhr von Grünau nach Schmüdewitz auf. Die Insassen (Vöse, Krüger, Reubert und Kuhn) wurden hinter Karolinenhof von Gieschollen derart bedrängt, daß sie sich selbst retten und das Fahrzeug an das Land ziehen mußten. Von da erreichten sie zu Fuß ihr Klublokal, das bekannte Wirtshaus am Seddiner, von wo sie am Sonntagmorgen um 5 1/2 Uhr ihr Boot wieder aufsuchten, um nunmehr die Fahrt nach Schmüdewitz glücklich zurückzulegen. Dort wurde den Herren in einem zierlichen Körchen der Preis durch Fräulein Noack feierlich überreicht. Darauf setzten die klugen Fahrer ihren Siegeslauf nach Zeuthen und Neumnitzsee fort. Zwei Stunden nach ihnen traf ein anderer Ruderklub am Seddinersee ein.

Ein Millionenbetrug, der jahrelang betrieben wurde, ist jetzt zur Kenntnis der Strafbehörden gekommen. Der 53 Jahre alte Bodenmeister Mattes hatte bei der Victoria-Speicher-Aktien-Gesellschaft in der Köpplerstraße 24a 22 Jahre lang seinen Posten inne, bis vor 1 1/2 Jahren der eine Direktor starb, der andre ins Ausland ging. Bei dem letzteren hatte er unbegrenztes Vertrauen, das er dazu mißbrauchte, doppelte Lohnlisten zu führen und Wägescheine sowie die Namen der Wäger zu fälschen. Als Direktor Vipschitz die Leitung übernahm, führte er eine andre Geschäftsführung ein und entließ Mattes wegen Unregelmäßigkeiten. Mattes sollte den Schaden durch Abschlagszahlungen decken und hatte bereits damit begonnen. Von dem defraudierten Gelde hatte Mattes einem Sohn in Ungarn eine Brauerei, seiner Ehefrau eine Bäckerei und Konditorei eingerichtet, in der er den Verkauf spielte. Zum Schein war er oft Reisender in einem „Gerichtsvollzieher-Quartier“ gemeldet. Seine Veruntreuungen sollen sich auf etwa eine halbe Million Mark belaufen. Während die Gesellschaft nichts gegen ihn unternahm, ging von unbeteiligter Seite eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft ein. Diese führte jetzt zu seiner Verhaftung.

Von der Plattform eines Straßbahnwagens sind Sonntagmittag in Nichtenberg zwei Damen abgehört. An der Herzbergerstraße wurde der aus drei Wagen bestehende Zug mit einem heftigen Aufstoß zum Stehen gebracht, so daß die Fahrgäste durcheinander gerüttelt wurden und eine Frau Christiane Böhm vom Grünen Weg 65 so unglücklich vom Perron auf die Straße stürzte, daß sie mit schweren Verletzungen in eine Heilanstalt gebracht werden mußte, während die mit ihr abgestürzte Frau Karoline aus der Heinersdorferstraße 13 mit leichteren Verletzungen davonkam.

Italien in Berlin. Ein Messerkampf zweier Nebenbuhler wird aus dem italienischen Viertel in der Buchholzerstraße gemeldet. Der Italiener Partaglia und der Russler Papa waren eng befreundet. Partaglia war zu einer glücklichen Italienerin in Liebe entbrannt und hatte auch die Reizung des Mädchens für sich, das aber auch dem Freunde oft zärtliche Worte zuwarf. Das weckte die Eifersucht Partaglias, die bei einem Streit um eine Zichharmonika eine greifbare Form annahm. Beide waren Meister auf dem einen Instrument, das plötzlich beschädigt und fortgenommen wurde. Partaglia wurde von seinem Freund der That beschuldigt, und der hieraus entstehende Streit artete in einen Kampf mit Messern aus. Partaglia, dem die eigentliche Schuld zufällt, erhielt einen Stich in den linken Oberarm und einen in den Rücken, so daß er zunächst in einem Krankenhaus Aufnahme finden mußte. Papa wurde durch einen Stich in den linken Arm verwundet und wanderte, nachdem er einen Verband erhalten hatte, in Untersuchungshaft.

Bei einem Diebstahl abgefaßt wurden zwei „Athleten“, der 21jährige Fritz Bilmert und der ein Jahr ältere Karl Lehmann. Die „Kunst“ wollte bei dem unscheinbaren Körperbau beider nicht recht gehen, und beide nährten sich eine Weile kümmerlich aus Schauständersnack. Dann entschlossen sie sich zu größeren Einbrüchen. In der Nacht zum Sonntag statten sie dem Univerfium in der Kommandantenstraße, wo sie bekannt waren, einen Besuch ab. Dabei wurden sie ergriffen und eingesperrt.

Eine Messerfehde ereignete sich in der Nacht zum Sonntag im städtischen Obdach in der Frobelstraße. Wegen Belegung des Raumes kamen einige Asylisten miteinander in Streit, in dessen Verlauf von dem Angreifer das Messer gezogen wurde. Zwei Personen erhielten

schwere Stichwunden in die Brust; sie wurden, da es im Krankenhaus am Friedrichshain an Platz fehlte, ins Krankenhaus Noack gebracht. Der Messerheld wurde verhaftet.

Der Sauerstoff-Apparat. Am Sonntagmittag wurde auf Anordnung eines Arztes ein Samariter der Feuerwehr mit einem Sauerstoff-Apparat nach dem Wöhnerinnenheim in der Urbanstraße 22/23 entsandt. Leider ohne Erfolg. Die Wöhnerin war inzwischen schon gestorben. Auch in der Marfilusstraße 12 wurde ein Sauerstoff-Apparat erfolglos angewandt, dagegen in der Turnstr. 58 mit Erfolg.

Der Verein zur Förderung der Kunst hat sich in letzter Zeit mehr auf die Vororte zurückgezogen, um dort unter dem Schutz diverser Magistrats für Sonntagunterhaltung zu sorgen. Rixdorf, Charlottenburg und Schöneberg sind seine Hauptquartiere, und da seinen Unternehmungen die Schuljule freudwillig zur Verfügung gestellt werden, kann er einem nicht allzu anspruchsvollen Publikum das Verständnis dieses und jenes Dichters gegen billiges Geld erleichtern. Am letzten Sonntag war der Verein in Schöneberg in der dortigen Hohenzollernschule und da fastnacht in der Luft lag, hatte man das Programm „fröhliche Kunst“ getauft. Große und minder große Männer mußten die Kosten bestreiten; unter den Dichtern ging die Stala von Goethe bis Stinde, unter den Komponisten von Schubert bis zu neueren Leuten, die ihre eigene „Vertonung“ deutscher Gedichte selber zu Gehör brachten. Keines großen Apparates bedarf es, um so einen Abend auszufüllen. Herr Robert Koppel, wohlbelannt aus der präfröhen Zeit des Ueberbretts, sang einige Lieder, darunter Loewes prächtiges „Mädchen und wie der Wind“ und teilte sich die Arbeit des Vortrags mit einem Fräulein Martha Altenberg. Herr Koppel erwarb sich den meisten Beifall mit einer prächtigen Erzählung von Max Dreper „Pastor Helms“, und eine Frau Irma du Motta sang unter Begleitung ihres Gemahls vortrefflich Lieder, die teils von diesem, teils von anderen Tonbildnern komponiert waren. Ueber Stindes „Buchholzens“ und Buchsens „Fromme Helene“ hinweg ging es dann zu Parliedern „Geschichte vom abgerissenen Knopf“ und zu Oskar Straußens „Die Kunst kommt“. Das war aber das äußerste an Pölschungsart; doch wenn man erwidert, daß diese Kunst in einem Schulhause und unter dem ausdrücklichen Schutze des Magistrats von Schöneberg zu stande kam, so darf man billigerweise auch nicht mehr verlangen. Bemerkenswert ist noch, daß der Saal überfüllt war und das Publikum sich vortrefflich amüsierte.

Capans Panoptikum. Das Wesen des Krieges zwischen Japanern und Russen im fernen Ostasien wird augenblicklich in Capans Panoptikum durch eine große Sammlung von japanischen Kriegsbildern, Gefechts-scenen zu Wasser und zu Lande darstellend, zur Veranschaulichung gebracht. Eine zweite Novität befindet sich in einem Nebenalon des Hauptrestaurants und Konzertsaales. Dort hat eine Sammlung von modernen Gemälden Auffassung gefunden, welche kürzlich auf der Kunstausstellung der „Männlichen Ostertage“ aufsehen erregten, Gemälde secessionistischer Natur, die in durchweg humorvoller Weise bekannte und geschätzte Werke berühmter Maler karikierten. Die Herulesknaben wie der indische Riese Pianto Karoo bleiben nur noch bis zum Schluß dieses Monats.

Im Berliner Zoologischen Garten wurde Anfang Januar eine Sumpfs-Antilope geboren, die im Antilopenhauke jetzt den Hauptzuchtungsplatz bildet. Genau wie die Mutter in Figur und den bunten, weißstreifigen Zeichnung, bewegt sich das ungemein zierliche Geschöpf in derselben merkwürdigen Weise wie die Eltern: mit gespreizten Hüfen und krummen Rücken durch sein Gehege. Der Ueingekehrte glaubt es kaum, daß der danebenstehende mächtige Kopf der Vater des Tierchens ist; er ist nicht braunrot mit weißer Zeichnung wie die hornlose Mutter, sondern braunschwarz mit weißer Rückenlinie und im Gewicht wohl drei mal so schwer. Das weibliche Tier kann dem alten Männchen fast unter dem Bausche hindurchgehen: wohl einer der bedeutendsten geschlechtlichen Größenunterschiede in der Säugetierreihe. Ein schön geschwungenes Gehörn ziert den Kopf, der in seinen verschiedenen geographischen Formen ein beliebtes Jagdwild der Afrikaner darstellt.

Erfindungen auf dem Gebiete der Telegraphie wurden in der Urania von Herrn Prof. Dr. Cerebotani aus München vorgeführt. Eine seiner Erfindungen ist der Teleautograph, der schon vor acht Jahren hier von ihm gezeigt wurde, jetzt aber bedeutend vervollkommenet und zu einem Faksimiletelegraphen erweitert ist. Man kann damit nicht allein alle beliebigen Schriftzüge, sondern auch Zeichnungen telegraphieren. Die Bewegung geschieht durch Fixierung zweier rechtwinkliger Koordinaten. Eine Zeichnung, welche ein Portrait des Kaisers darstellt, ist von Berlin nach München telegraphiert worden; andre ebenso wohlgelungene Versuche wurden zwischen München und Augsburg, zwischen Turin und Mailand z. unternommen. Auch die drahtlose Telegraphie läßt sich für die Erfindung verwenden; da die Apparate aber fehlten, konnte Herr Cerebotani diese Versuche nicht vortführen. Sie werden heute, Dienstag, in der Urania veranschaulicht werden. Ein von demselben Erfinder gezeigter Typendruck-Apparat zeichnet sich durch seine überraschende Einfachheit aus. Er kann auch von Laienhänden benutzt werden und ist aus diesem Grunde Quinquolibet genannt worden. Der Apparat läßt sich mit dem Telefon verbinden und arbeitet selbst dann zuverlässig, wenn niemand auf der Empfangsstelle anwesend ist. Nicht nur einzelne Typen, sondern ganze Sätze lassen sich mit dem Quinquolibet übertragen. Der Vortrag fand lebhaftes Anerkennen.

Von der Leitung der freien Fortbildungskurse in der Oberrealschule zu Charlottenburg wird uns mitgeteilt, daß der Vortrag am Mittwoch ausfallen muß, da die Schule zu einer Schulfestlichkeit benutzt wird.

Zuspielhaus. Unter diesem Namen wird am 1. September d. J. das neue Theater in der Friedrichstraße 238 eröffnet werden, für welches Dr. Martin Jidel als Director engagiert ist. Bereits Anfang April wird mit dem Bau des Theaters nach den Plänen des Baumeisters Walter Hentschel begonnen.

### Aus den Nachbarorten.

Steglich. Durch den Bau und Betrieb des Teikowianais erwachsen den anliegenden Gemeinden nicht unbeträchtliche dauernde Ausgaben; es wurde deshalb vor längerer Zeit hiesigen Gemeinden von der Ausschichtsbehörde nahegelegt, zur Deckung der Ausgaben einen sogenannten Kanalbauausgaben anzufordern. Bei Veratung dieser Angelegenheit im Gemeindeparlament wurde der Antrag gestellt und auch angenommen, für die im „Interessengebiet“ des Kanals gelegenen un bebauten Grundstücke eine erhöhte Umsatztsteuer zu erheben, um auf diese Weise der Gemeinde an der zu steuernden Grundversteigerung resp. an dem mühevollen Gewinn der Grundstückspekulanten auch einen kleinen Anteil zu sichern, als Äquivalent für die zu tragenden Lasten. Dieser Beschluß fand jedoch ebensovienig die Bestätigung der Ausschichtsbehörde, wie der später gefaßte, die Umsatztsteuer auf un bebauten Grundstücke im allgemeinen von 1 auf 2 Prozent zu erhöhen. Aus diesem Grunde hatte sich die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung abermals mit der Sache zu beschäftigen. Die Statskommission schlug vor, die Umsatztsteuer für un bebauten Grundstücke auf 1 1/2 Prozent festzusetzen, und der Referent, Gemeindevertreter Wuhrow, befürwortete diesen Vorschlag mit der Begründung, daß es bei dem Kleinwertswechsel der Regierung in dieser Frage zweifelhaft sei, ob später die Bestätigung zu einer Erhöhung überhaupt zu erlangen wäre, während man augenblicklich sich ere Aussicht dazu hätte. Diese Aussicht schien der Grundbesitzer-Mehrheit derartig verlockend, daß von ihrer Seite schleunigst der Antrag gestellt wurde, die Beschlußfassung zu vertagen. Die Thatsache, daß sämtliche Redner der Mehrheit ihre Sympathie für eine Erhöhung der Umsatztsteuer Ausdruck gaben, kann unter diesen Umständen wohl nur wie die Krangpende des lahenden Erben beim Begräbnis des Goldonkels bewertet werden. Daß die Vertagung beschloffen wurde, ist bei der

Zusammensetzung der Gemeindevertretung selbstverständlich. — Nachdem die Zustimmung zu dem Bebauungsplan der Geseffchen Plantage ausgesprochen war, wurde noch für das Gymnasium eine Oberlehrerstelle mit 4200 M. Gehalt und eine Vorwullehrerstelle mit 2300 M. bewilligt. Der Punkt: Anderweitige Regelung der Beamtenbefolgungen stand leider auf der Tagesordnung der geheimen Sitzung.

Aus der Spandauer Stadtverordneten-Versammlung. Vor Eintritt in die Verhandlungen erstattete Oberbürgermeister Köhlye den Bericht über den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten, aus dem nur das eine hervorging, daß die Finanzen der Stadt auch in dem zu Ende gehenden Jahre um nichts bessere geworden sind, weshalb an eine Herabsetzung der Gemeindefteuer gar nicht gedacht werden könne. Aber deshalb sei die Stadt immer noch nicht etwa arm zu nennen, denn ihr buchmäßiges Vermögen, vorwiegend in dem ausgedehnten Grundbesitz bestehend, beziffere sich nach Abzug der Anleihe-schulden auf 14 785 304,87 M. Dabei liegen dieser Zahl noch die Schätzungen der Bodenwerte von vor zehn Jahren zu Grunde; der heutige Wert des gesamten städtischen Grundbesitzes werde sicherlich doppelt so hoch sein. Eine Verringerung in der städtischen Finanzlage werde erst dann eintreten, bis die Stadt nicht größere Terrains verkauft haben werde. Bei der Veratung des Haupt-Etats brachten unsere Genossen bei den einzelnen Etatsrubeln eine Reihe von Vorschlägen vor, so zum wiederholtenmale über die Mangelhaftigkeit der amtlichen Bautenkontrolle, über die Verwendung der städtischen Polizei zu politischen Diensten für die Direktionen der Staatsbetriebe, Verteilung der Salowreden durch Polizeibeamte usw. In der Debatte hierüber kündigte Stadts. Hanne mann (L.) einen Antrag auf Verstatallung der Polizei an.

Fast debattelos wurden hierauf die Steuerzuschläge für das kommende Etatsjahr, gemäß dem Vorschlage des Statsausschusses in gleicher Höhe wie im laufenden Jahre festgelegt, d. i. 200 Proz. Gemeindecinkommen-Steuerzuschlag und 3,60 M. pro Wille Grundwertsteiner. Gegen die Stimmen unserer Genossen wurde hierauf der Haupt-Etat in Höhe von 2 406 140 M. in Einnahme und Ausgabe festgesetzt. Die weitere Vorlage betreffend „Aenderung der Umsatztsteuer-Ordnung“ kann nur deshalb wieder auf die Tagesordnung, weil der Magistrat dem in voriger Sitzung mit äußerster zweifelhafter Majorität gefaßten Beschluß, betreffend Verwendung von einem Drittel der Mehrerträge zur Herabminderung der Reallasten keine Zustimmung versagt. Die Versammlung erledigte diese Vorlage sehr schnell, indem der damalige Antragsteller, Stadtverordneter Liedeke, seinen Antrag zurückzog. Hierauf beschäftigte sich die Versammlung volle zwei Stunden mit dem Projekt des Fortverkaufs. In der Debatte über diese Vorlage plähten die tiefgehenden Gegenläge zwischen den bürgerlichen und proletarischen Weltanschauungen heftig aufeinander. Von unserer Seite vertrat Genosse Nieger in längerer Rede den ablehnenden Standpunkt der Fraktion. Das Schlussergebnis war, daß die Versammlung mit allen gegen die 11 socialdemokratischen und eine bürgerliche Stimme dem Verkauf von 2000 Morgen Fortgelände im Prinzip zustimmte. Ein Eventualantrag unserer Genossen, mindestens die Hälfte des zu erzielenden Kaufpreises einzig für die Herabsetzung der Steuerlasten festzusetzen, wurde mit allen gegen 11 socialdemokratische und 3 bürgerliche Stimmen abgelehnt. Die Fortführung der Unterhandlungen mit dem kaufstüchtigen Consortium wurde einer gemischten Kommission übertragen.

### Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 20. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der russisch-japanische Krieg. — Ueber den Revolutionäres. Von Karl Kautsky. II. Revolutionserbe. — Immanuel Kant. Von Franz Mehring. (Schluß). — Staatliche Maßnahme zu den Reichstags-Bahlen. Von Mademius. (Schluß). — Eine neue Erscheinung aus dem Gebiete der Tarifvereinbarungen. Von J. Schmetter. — Der Heimarbeitersongreß. Von Paul Reichhaus. — Sind Verzelekreits möglich? Von Dr. A. M. — Literarische Rundschau: Dr. Ludwig Bernhard, Privatdozent an der Universität Berlin, Die Arbeit in Deutschland. Von ad. Dr. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspresseliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5575 eingetragen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Im Verlag von J. H. W. Dieß Nachf. ist soeben der Schlußband (4. Band) des nachstehenden Werkes erschienen, so daß das Gesamtwerk nunmehr vollständig vorliegt.

Die Geschichte der Deutschen Socialdemokratie von Franz Mehring. Zweite, verbesserte Auflage. Erster Band: Bis zur März-Revolution. — Zweiter Band: Bis zum preussischen Verfassungskrieg. — Dritter Band: Bis zum deutsch-französischen Krieg. — Vierter Band: Bis zum Erfurter Programm. Die neue Ausgabe ist in handlichem Format und auf hochwertigem Papier gedruckt. Preis pro Band broschiert M. 4.—, elegant gebunden M. 5.—.

Für die zweite Auflage ist das ganze Werk einer eingehenden Durchsicht und Revision unterzogen worden. Neben stilistischen Verbesserungen, die sich über alle Kapitel erstrecken, ist eine Anzahl von Berichten beibringt, eine Reihe von Büchern ausgearbeitet, und namentlich alles, was inzwischen an neuen Forschungen über die Geschichte der Socialdemokratie erschienen ist, in dem Text verarbeitet worden. Um den Gebrauch des Buches für praktische und wissenschaftliche Zwecke zu erleichtern, ist die innere Gliederung des Stoffes übersichtlich gestaltet und in jedes Buch geteilt worden, die den modernen wissenschaftlichen Kommunismus, die März-Revolution und ihre Folgen, die Agitation der Parteien, den Streit der Fraktionen, die Einigung der Partei und ihre Geschichte unter der Herrschaft des Socialdemokratie behandelnd. Ein Blick auf die neueste Entwicklung der deutschen Socialdemokratie schließt das Werk, das auch noch um ein Personenregister vermehrt worden ist.

### Briefkasten der Redaktion.

999. Ceteris paribus oder caeteris paribus, lat., wenn alles übrige gleich ist, wenn sonst nichts verändert wird, unter sonst gleichen Bedingungen und Umständen, bei verhältnismäßiger Gestaltung des übrigen. — **Reifenfeldstraße.** Beide Rängen ohne höheren Wert. Wechsler zahlen ein paar Groschen darüber. Wo Kautung? — **B. G. Guter Handball** für 12,50 M. durch die Vorwärts-Buchhandlung zu beziehen. — **D. 2. 193.** Sie sind schwierigen Umständen verfallen. Erklären Sie einen Arzt um Rat. — **H. P. 1. Rein.** 2. Der vierte Teil einer deutschen Reile. 3. Unbestimmt, hängt vom Wetter, der Tageszeit zc. ab. — **Generalkrieg.** Berücksichtigt zurückgestellt worden. Eine zusammenhängende Darstellung fehlt: Material finden Sie da und dort, in den diversen Jahrgängen der „Neuen Zeit“, der „Soz. Monatshefte“, sowie in Nachschlagewerken aller Art. Zu weiterer mündlicher Auskunft genü gen bereit. — **Kinow.** (A. G.) Es beruht nicht „hauptsächlich“, sondern hauptsächlich auf geschichtlicher Wahrheit. — **Vintenschiff.** Großes Panzerschiff, rund 25 Millionen Mark. Kategorie: Allgemein gefaßter Begriff; Kategorie: unbedingt, festlich, kategorischer Imperativ; unbedingt; Voraussetzung der Kantischen Philosophie. — **Japan.** Regierungsform: konstitutionelles Kaiserreich. — **J. 14.** Wenden Sie sich an den Buchhändler Ernst Basanisch, Marktgrabenstr. 35.

**Ch. P. M. Kapstadt.** 1. und 2. Ob das Gericht in Hindubh zuständig ist und ob Sie dort verurteilt werden können, läßt sich nur nach Einsicht prüfen. 3. Innerhalb einer vom Gericht zu bestimmenden Zeit nach Zustellung (14 Tage bis etwa 2 Monate). Ihre früheren Anfragen sind bereits durch Brief am 12. Januar zc. beantwortet.

### Marktpreise von Berlin am 13. Februar 1904

nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums.

*Weizen, gut D. Gr.	16,65	16,60	Kartoffeln, neue D. Gr.	7,00	6,00
mittel	16,55	16,50	Rindfleisch, Reale 1 kg	1,80	1,20
gering	16,45	16,40	do. Bauz	1,40	1,10
*Roggen, gut	13,05	13,03	Schweinefleisch	1,60	1,00
mittel	13,01	12,99	Kalb fleisch	1,80	1,20
gering	12,97	12,95	Hammelfleisch	1,80	1,20
†Gerste, gut	13,80	12,80	Butter	2,60	2,00
mittel	12,70	11,80	Eier	60 Stück	5,00 3,00
gering	11,70	10,80	Karphen	1 kg	2,40 1,20
†Hafer, gut	15,40	14,40	Kale		3,00 1,40
mittel	14,30	13,30	Bander		3,00 1,20
gering	13,20	12,30	Hehle		2,40 1,20
Richtstroh	3,82	3,30	Borke		1,80 0,80
Heu	7,20	4,80	Schleie		3,00 1,40
Erbsen	40,00	28,00	Viele		1,40 0,30
Erbsenbohnen	50,00	28,00	Rehle	per Schod	15,00 3,00
Küsen	60,00	20,00			

\* ab Waßn. † frei Wagen und ab Waßn.



